

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



9. April 1983
Jg. 4 Nr. 7

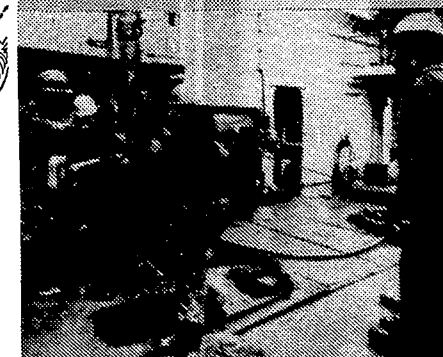
G 7756 D Preis:
2,50



Koalitionsvereinbarungen: CDU/CSU/FDP-Ausgewogenheit: Milliarden von den Ärmsten, ein paar Brocken für's Fußvolk Seite 3



Volkszählungsgesetz: Die Bundestagsdebatte über die Volkszählung Seite 10



OPEC: Die Imperialisten wollen die Ölreserven der Dritten Welt wieder in ihren Besitz bekommen Seite 13

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Koalitionsvereinbarungen: CDU/CSU/FDP-Ausgewogenheit: Milliarden von den Ärmsten, ein paar Brocken fürs Fußvolk	Seite 3
Die Koalition bereitet umfassende Lohnsenkungen für den öffentlichen Dienst vor	Seite 4
SPD-Opposition will Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
Friedenskongreß der DGB-Jugend: Ein Versuch, nationale Positionen in der Gewerkschaftsjugend unterzubringen	Seite 7
Lohnabschluß Metall: Kapitalisten wollen weiter nachfassen	Seite 7
Arbeitsschutz: ÖTV fordert von Blüm Anhebung der gesetzlichen Mindestbestimmungen	Seite 8
US-Rüstung: Neue Waffen gegen das „Reich des Bösen“	Seite 9
Belgien: Neue Ausnahmegesetze gegen Ausländer	Seite 9
Volkszählungsgesetz: Die Bundestagsdebatte über die Volkszählung	Seite 10
Todesschüsse: Nach dem Wechsel frisch motiviert	Seite 11
ASEAN-Staaten: Genscher und die „Deutschland“ voraus	Seite 12
OPEC: Die Imperialisten wollen die Ölreserven der Dritten Welt wieder in ihren Besitz bekommen	Seite 13
Die Mineralölkonzerne sind brutale Ausbeuter der Erdölarbeiter und Seeleute auf den Tankern	Seite 14
Die Imperialisten verlagerten die Öl-Importe und verstärken den Druck gegen OPEC-Länder	Seite 16
Die Imperialisten wollen die Verschuldung der Entwicklungsländern für rabiate Erpressung nutzen	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
Fichtel & Sachs: Geschäftsleitung: „VW-Abschluß können wir nicht wegstecken“	Seite 19
Billigflaggen: Husumer Gericht hilft griechischem Reederei	Seite 19
Hamburger Aluminium Werk: Betriebsrat in Auseinandersetzung um Einhaltung des Achtstundentages	Seite 20
„Rheinische Post“: Belegschaft kämpft gegen Entlassungen	Seite 21
KKW Wyhl: Späths „Vor-Ort-Gespräch“ in Wyhl	Seite 21
Nationalsozialismus im Unterricht: Kultusminister: Eine kämpfende Arbeiterbewegung habe es nicht gegeben ...	Seite 22

Heimatliebe und Nationales an den Schulen	Seite 23
CDU-Familienpolitik: Wenn nicht die eigene, Hauptsache Familie	Seite 23
Atomkriegsgegner: Dritter Medizinischer Kongreß	Seite 23
Westberlin: Ausführungsvorschriften zur Zwangsarbeit ..	Seite 24
Katholische Kirche: Gegen Schwangerschaftskonfliktzentrum	Seite 24
Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“: Geschichte, Kampfaufklärung und der tägliche Dienst — Luftaufklärung für „dynamische Vorwärtsverteidigung“	Seite 25
Aufklärungsgeschwader „Immelmann“ — Name und Tradition	Seite 26
Stichwort: Luftwaffe	Seite 27
Internationale Nachrichten	Seite 28
Kanadische Indianer und Inuit: Verfassungskonferenz mit den kanadischen Regierungen teilweise erfolgreich ..	Seite 29
Frankreich: Sondersteuer, Zwangsanleihe, Tarifierhöhungen	Seite 29
Spanien: EG-Territorium — NATO-„Hinterland“	Seite 30
Nicaragua: US-Regierung verstärkt Umsturzbestrebungen	Seite 30
Besetztes Palästina: Aufstand gegen Siedlerterror	Seite 31
Zimbabwe: Die ZANU kämpft für die Einheit des Landes	Seite 31
Pan Africanist Congress of Azania: Bericht einer Genossin: „Wir kämpfen seit Jahrzehnten um unser Land“ ...	Seite 32
Erfolge der schwarzen Gewerkschaft Saawu trotz Verfolgung in der Ciskei	Seite 33
Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
„Das Gespenst“: „Scheiße für die Polizei“ und andere Anstößigkeiten eines Heilands	Seite 34
Kinderaustragen um jeden Preis	Seite 34
„Der Kürbis wird nie ausgegraben“	Seite 34
Befreiung der Frau, wie sie nicht geht	Seite 35
„Technologietransfer“: Schwerpunkt Genforschung: Die BASF kassiert	Seite 35
Nachkriegsordnung: Deutscheuropa-Strategie, NATO und Westeuropäische Union (I)	Seite 36
Graphit-/Kreidezeichnung	Seite 37
Finanzen der Rentenversicherung (III) / Liquidation der Rücklage nach '45	Seite 38
Indirekte Steuern: Mittel zur Senkung der Reproduktion	Seite 39

Koalitionsvereinbarungen

CDU/CSU/FDP-Ausgewogenheit: Milliarden von den Ärmsten, ein paar Brocken fürs Fußvolk

Das Programm der CDU/CSU/FDP-Regierung, das in den Koalitionsvereinbarungen vorläufig festgehalten ist, ist ein Meisterwerk der Täuschung. Nicht in dem Sinne, daß Kohl und Konsorten nun vieles versprechen, wovon sie wenig zu halten gedenken. Im Gegenteil werden sie ziemlich streng einhalten, was sie in diesen Koalitionsvereinbarungen „versprochen“ haben.

Das Haushalts- und Gesetzeswerk, das die Regierung in den nächsten Monaten in Gang setzen wird, übertrifft alle sog. „Sparmaßnahmen“ der letzten Jahre. Die Lasten, die durch Kürzung von Leistungen oder Erhöhung von Steuern, Beiträgen, Abgaben auf die arbeitenden Klassen gewälzt werden, sind dabei noch nicht annähernd zu beziffern. Allein durch die „Haushaltskonsolidierung“ bei Bund, Ländern und Gemeinden sollen von 1984 bis '86 38 bis 40 Mrd. DM eingespart werden. Umschichtungen im Haushalt zugunsten des Rüstungshaushaltes oder Steuererleichterungen für Kapitalisten, alles zusätzliche Lasten für die Lohnabhängigen, sind da ebenso wenig mitgerechnet wie die angekündigten „Sanierungen“ der Versicherungen. Dennoch muß man sich darauf einstellen, daß die Regierung bei Millionen Hoffnungen erweckt, den einen oder anderen „Vorteil“ einer „Stabilisierung“ ergattern und von den „Opfern“ verschont bleiben zu können. Wie sorgfältig CDU, CSU und FDP die Interessen ihrer Klientel kalkulieren, darüber geben die Koalitionsvereinbarungen deutlich Auskunft.

Den *Mittelstand* dürfte folgende Koalitionsfestlegung reizen: „Das Mehrkommen aus der Umsatzsteuererhöhung dieses Jahres in Höhe von ... etwa 4 Mrd. DM (Mehrwertsteuererhöhung zum 1.7. um 1 Prozentpunkt, d. Red.) soll voll zurückgegeben werden“. Zwar trifft ihn die „Investitions-hilfeabgabe“, die 1983, 1984 und 1985 erhoben wird, härter als die großen Kapitalisten. Allzu hart trifft sie ihn aber auch nicht, denn erstens braucht längst nicht jeder zu zahlen, und zweitens wird die Abgabe nach sieben Jahren zurückerstattet. Höchstenfalls spüren die Betroffenen, da die dreimalige Abgabe nicht verzinst wird, den Zinsverlust, der ungefähr einer nichtrückzahlbaren Abgabe entspricht. Dafür kommen die Kleinkapitalisten, Handwerksmeister, kleinen Gewerbetreibenden mit eigenem Betrieb in den Genuß einer Vermögenssteuersenkung und weiterer Steuererleichterungen, die eben

durch die Mehrwertsteuererhöhung finanziert werden.

Wenn auch die Mehrwertsteuererhöhung den Kleinbourgeois schröpft und er von der „Rückgabe“ als Vermögenssteuersenkung nur einen Bruchteil sieht – er bekommt immerhin etwas.

Die *Lohnabhängigen* müssen zunächst einmal nur zahlen. 6,5 Mrd. DM sollen 1984 allein im Bundeshaushalt „eingespart“ werden, nach den Koalitionsvorstellungen:

- bei den Arbeitslosen. Die Kürzungen sind exakt noch nicht ausgeführt, aus den Verhandlungen zeichnet sich ab, daß das Arbeitslosengeld für Ledige und kinderlose Familien von 68% auf 62% gesenkt werden soll.

- bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

- bei den Behinderten. Offensichtlich beabsichtigen CDU, CSU und FDP, das Schwerbehindertengesetz zu ändern, einen Teil der Behinderten als Behinderte nicht mehr „anzuerkennen“ und so Kosten zu sparen.

Abgaben- und Steuererhöhung sehen die Koalitionsvereinbarungen aus-

drücklich nicht vor. Das ist insofern gelogen, als erstens die Einschränkung des Steuerfreibetrags beim Weihnachtsgeld in Aussicht gestellt und zweitens eine Reform der Lohn- und Einkommenssteuer in weite Ferne verschoben wird. Das bedeutet: Auch in den nächsten Jahren soll die inflationsbedingte Steuerprogression wachsende Teile des Lohns in die Haushaltskassen des Bundes spülen. Nur nebenbei sei hier bemerkt, daß die CDU/CSU die Erhöhung der Mineralölsteuer zumindest in die Diskussion eingebracht hat, ebenso die Einführung einer „Wehrsteuer“.

Erhöht werden die Rentenversicherungsbeiträge. 3 Mrd. ungefähr werden den Lohnabhängigen 1984 entzogen, wenn die Jahressonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge ganz rentenversicherungspflichtig werden, und weitere 1,2 Mrd., wenn vom Krankengeld Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden müssen (je zur Hälfte vom Kranken und von der Krankenkasse).

Der Karriere-Plan für Ihr Zuhause startet mit LBS-Bausparen. Viele Vorteile bringen Sie nach oben.

Mit dem LBS-Maßprogramm investieren Sie richtig. Denn so sichern Sie sich vernünftige Guthaben-Zinsen und dazu die bekannte Bauspar-Prämie von 14% und 23% Arbeitnehmer-Sparzulage nach dem 624-Mark-Gesetz. Und später mal das günstige LBS-Darlehen zum Festzins, das Ihre eigene Wunschwohnung leichter finanzierbar macht. Mehr jetzt in Ihrer LBS-Beratungsstelle oder Sparkasse. **Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.**



Wie die Kapitalisten auf die Triebe eines besserverdienenden Publikums spekulieren ... Anzeige im „Spiegel“

Die Koalition bereitet umfassende Lohnsenkungen für den öffentlichen Dienst vor

Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und F.D.P. ist gespickt mit Vorschriften, wie Länder und Gemeinden ihre Haushalte in Milliardenhöhe decken müssen. Für die Länder gilt, daß sie bis 1986 jährlich 6,5 bis 7 Mrd. DM einsparen müssen und die Gemeinden ca. 1,5 Mrd. Alles ist zu unterlassen, was „Aufschwung“ und „Wachstumskräfte“ hemmt, und Kürzungen im investiven Bereich werden ausgeschlossen. Die Personalausgaben im öffentlichen Dienst sind als „Hauptkürzungsbereich“ gesetzt.

Obwohl keine gezielte Festlegung erfolgt, sind mit der Festschreibung der Beamtenbesoldung auf 2% ab 1. Juli 1983 und Stoltenbergs Ankündigung, es müssen Strukturveränderungen im öffentlichen Dienst stattfinden, genug Vorgaben geschaffen, um mit weiteren Initiativen nachzusetzen. Ganz sicher ist deshalb die Koalitionsvereinbarung für die Länderregierungen das Startsignal. Und an Initiativen der Länderregierungen zwecks Kürzung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst fehlt es wahrhaftig nicht.

Die baden-württembergische Regierung mit Ministerpräsident Lothar Späth profilierte sich schon und strebt im Moment gezielt im Bundesrat auf die Verabschiedung einer Vorlage zum Weihnachtsgeld zu.

Die Gesetzesinitiative sieht vor, daß für den Zeitraum von sechs Jahren, von 1985 bis 1990, das 13. Monatsgehalt von Beamten und Angestellten auf eine Obergrenze von 2000 DM brutto zuzüglich 200 DM für jedes Kind gekürzt wird. Die daraus entstehenden Einsparungen (in Baden-Württemberg rund 300 Mio. DM jährlich) sollen für Teilzeitarbeitsplätze genutzt werden; diese werden auf zwei Jahre befristet und mit einer Jahreslohnsumme von 2000 DM bis 2500 DM dotiert. Die Tarifautonomie wäre damit ein Stück weit gebrochen. 14000 „arbeitslose Jugendliche“ sollen so vorübergehend in Beschäftigung gebracht werden. Bundesweit wären dies 100000 total rechtlos Beschäftigte. Aber damit nicht genug, sollen sich diese Jugendlichen in dieser Zeit um Weiterbildung bemühen. Sie sollen angelernt werden, um dann nach Ablauf des Zeitvertrages „befähigt“ zu sein, „in der freien

Wirtschaft eine Anstellung zu finden“. Die Wirkung der 100000 Beschäftigten im Lohngefüge des öffentlichen Dienstes und auf dem Arbeitsmarkt hat für Dienstherren und Kapitalisten gleichermaßen ihre erfreuliche Aussicht: Lohnsenkung und Lohnspaltung wird erwartet.

Da nach der Koalitionsvereinbarung der Steuerfreibetrag beim Weihnachtsgeld gesenkt und der sozialversicherungsfreie Anteil ganz gestrichen werden soll, hat Späths Gesetzesinitiative im Bundesrat Aussicht auf Erfolg. Wenn nicht, will er das Gesetz für Baden-Württemberg durchsetzen.

Die Bundesregierung kalkuliert den Widerstand der Beschäftigten gegen ihre Pläne ein und läßt deswegen Zuchtmittel ausarbeiten. Nichts anderes ist von Innenminister Zimmermanns Bericht über die „Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst“ zu erwarten. Er wird im April vorgelegt werden und soll auch eine Bewertung von Bund, Ländern und Gemeinden über Dienstvergehen enthalten. Man kann sicher sein, daß dabei die Zucht- und Unterdrückungsinstrumente auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden sollen.

Zur „Gesundheits- und Krankenhauspolitik“ hat die Regierung noch nicht viel festgelegt außer den Grundsätzen: „Ambulante Versorgung hat Vorrang vor stationärer Versorgung, personale Dienste haben Vorrang vor kollektiver Leistung.“ Diese Grundsätze enthalten das Versprechen, die Krankheitskosten auf die Kranken abzuwälzen – die Krankenversicherungen könnten dann, bei entsprechenden Kürzungen, die Kapitalisten von den Lohnfortzahlungskosten entlasten, wie es die FDP fordert.

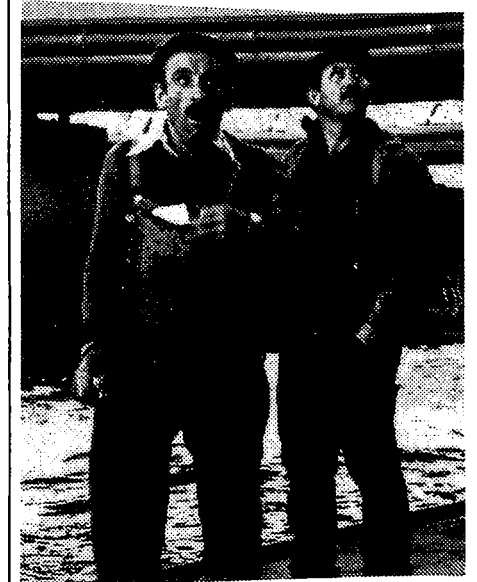
Zusammengenommen schneiden diese „Sparmaßnahmen“ tief. Wer jedoch meint, „Opfer“ zugunsten der Staats„sanierung“ müßten sein, und dann seine persönliche Bilanz zieht, kann zu ganz anderer Ansicht über die Koalitionsvereinbarungen kommen. Ein Großteil der Lohnabhängigen, nämlich die nicht-arbeitslosen, nicht-kranken, nicht-behinderten Lohnabhängigen außerhalb des öffentlichen Dienstes, kann durchaus meinen, noch ganz gut „weggekommen“ zu sein. Ja, die Koalitionsvereinbarungen enthalten für besserverdienende Lohnabhängige direkt auch Versprechungen auf Entfaltungsmöglichkeiten in Beruf und Privatleben, v.a. unter dem Stichwort „Familienpolitik“. Die „familienfreundliche Ausgestaltung des Steuer-

rechts“, nach dem Motto „Wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat“, würde Familien mit niedrigem Einkommen zwar kaum berühren, steuer-technisch nicht und wegen durchschnittlich geringer Kinderzahl nicht. Aber schon in den Einkommensbereichen von Facharbeitern an aufwärts, wo die Arbeit beider Ehepartner weiter verbreitet ist als in den niedrigen Einkommensbereichen, könnte eine solche „Reform“ einige steuerliche Entlastung bewirken und den Rückzug der Frau zu Kindern und Küche finanziell möglich und verlockend machen.

Auch bei den Rentnern wirken die Kürzungsmaßnahmen wohlkalkuliert. Von der sechsmonatigen Verschiebung der Rentenerhöhung 1984 – insgesamt werden die Renten damit in drei Jahren nur zweimal erhöht – sind zwar alle Rentner betroffen. Aber die Finanzkrise der Rentenversicherung hat natürlich große Ängste um die „Sicherheit der Renten“ hervorgerufen. Vor diesem Hintergrund muß die Zusicherung der „Sanierung“, verbunden mit der Feststellung der Koalitionsvereinbarung „Die Renten sollen beitragsbezogen bleiben“, auf einen nicht geringen Teil der Rentner „beruhigend“ wirken. Sie beinhaltet nämlich das Versprechen, daß die Regierung, zu wel-

chen „Sanierungs“maßnahmen auch immer sie noch greifen wird, auf keinen Fall die hohen und höheren Renten überproportional angreifen wird, um die Niedrigrenten vielleicht wenigstens minimal abzusichern.

Die unionsgeführte Regierung kürzt und „spart“ an der Reproduktion der lohnabhängigen Bevölkerung, vom Gesamtergebnis betrachtet, so brutal



Solche wie sie tragen die Hauptlast des Regierungsprogramms. Bild: Hafenarbeiter nach der Schicht.

wie keine vor ihr. Doch gibt es keine Anzeichen, daß CDU, CSU und FDP ihre Wählerbasis, die immerhin bei 56% der erwachsenen Wohnbevölkerung mit deutscher Staatsbürgerschaft liegt, nun etwa gegen sich aufgebracht hätten mit dem, was aus den Koalitionsvereinbarungen folgt. Tatsächlich treffen die einzelnen Maßnahmen häufig nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Bevölkerung, andere nicht oder wenig. Die gesamte Wucht des Regierungsprogramms wird eine Minderheit der Lohnabhängigen treffen: die Ärmsten der Armen – diejenigen, deren Gesundheit schon weitgehend verschlissen ist, diejenigen, die unregelmäßig beschäftigt und lange bzw. oft arbeitslos sind, diejenigen, die von ihrer Rente bisher schon weder richtig leben noch sterben können. Insgesamt die, die die harte Last der Produktion zu tragen haben (bzw. hatten), und das sind zugleich die, die die Produktion auch lahmlegen können. Sie versucht die Reaktion zu isolieren.

Die Mehrheit scheint vom Ärgsten mehr oder weniger „verschont“ zu bleiben, und nicht wenigen scheinen die Koalitionsvereinbarungen auch unmittelbar „Vorteile“ zu bringen, zumindest so viele, daß sie die „Opfer“ aufwiegen. Von den Kapitalisten, auf deren Interessen das gesamte Regierungsprogramm zugeschnitten ist, von der Vermögenssteuersenkung bis zur „Anwendung moderner Techniken des Kommunikationswesens“, ist dabei nicht die Rede.

So ist das gesamte Regierungsprogramm auf zweierlei berechnet: erstens den Forderungen der Monopolkapitalisten nachzukommen, die gebieterisch die Verwandlung von immer mehr Lohnbestandteilen in Profit und umfassende Verbesserung für ihre Investitionen und Profitmacherei verlangen. Zweitens versuchen CDU, CSU und FDP, ihre soziale und politische Basis in den arbeitenden Klassen zu festigen durch das Versprechen auf „Stabilität“, d.h. auf „Sanierung“ von Staatshaushalt und Sozialversicherungen durch einschneidende „Opfer“ bei gleichzeitig sorgfältiger Dosierung dieser „Opfer“.

Doch wehe denen, die die versprochene „Stabilität“ und „Sanierung“ gefährden! Durch „unzeitgemäße“ Lohnforderungen oder mangelnden „Opferwillen“. Einige noch vage gehaltenen Koalitionsfestlegungen, so über die „Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ oder Verschärfungen des Demonstrationsrechtes, deuten an, wie die Reaktion mit denen verfahren will, auf die sie zuerst die „Opfer“ konzentriert und die sie dann als „Schuldige“ für enttäuschte Hoffnungen zu präsentieren gedenkt.

Protokoll der Koalitionsvereinbarung v. 23.3.83; Handelsblatt v. 7. bis 31.3.83

SPD-Opposition will Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen

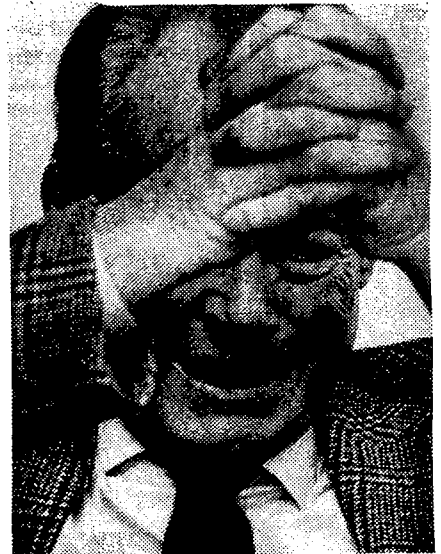
Wer nach dem deutlichen Wahlsieg der Regierungsparteien CDU, CSU und FDP und den Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung dachte, der SPD würde in der Opposition gar nichts anderes übrig bleiben, als ihre erbitterte und grundsätzliche Gegnerschaft zu erklären, hat sich geirrt. Unmittelbar nach der Koalitionsvereinbarung nannte der Parteivorsitzende Brandt die Vereinbarung zwischen den Unionsparteien und der FDP eine „Orgie der Unverbindlichkeit“ und bot Zusammenarbeit im Konkreten an. Gegenüber dem RIAS erklärte Brandt: „Wir sind offen, an Dingen mitzuwirken ... Und da wird es sicher Gelegenheit geben, um in Ausschlußberatungen nicht allein auf dem Rentengebiet zu versuchen, gemeinsame Lösungen zu finden.“

Auch als Oppositionspartei will die SPD für die „Sicherheit der Renten“ eintreten. Brandt erklärte, die Bundestagsparteien seien gerade den alten Menschen gegenüber verpflichtet, sie nicht zu Opfern parteipolitischer Kontroversen werden zu lassen. Daraufhin bot Anke Fuchs, ehemalige Arbeitsministerin, dem jetzigen Arbeitsminister Blüm die Zusammenarbeit in der Rentenfrage an. Die bürgerliche Presse kommentierte, diese Zusammenarbeit habe Blüm auch bitter nötig, denn die FDP habe grundsätzlich andere Vorstellungen über die Reform der Rentenversicherung. Die SPD übernimmt also staatstragende Aufgaben. Bei der Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages und Kürzungen bei der Rentenanpassung wird es nicht bleiben. Bundeskanzler Kohl vertrat die Auffassung, die Bundesregierung und die SPD-Opposition sollten gemeinsam versuchen, „die Rentenversicherung für den Rest des Jahrhunderts auf solide Grundlagen zu stellen“.

Die SPD hat diese Aufforderung angenommen. Sie wird behaupten, das Schlimmste verhüten zu wollen, da sonst die Renten nie „sicher“ werden. Gleichzeitig übernimmt die SPD die Rolle des Ansprechpartners all jener Leute, die mit der Politik der Bundesregierung nicht einverstanden sind. Die SPD wird die verschiedenen Forderungen der Rentner und ihrer Verbände aufgreifen und darauf drängen, daß keine selbstständigen Bewegungen und Kämpfe entstehen, mit der Begründung, dies könne nur den guten Verhandlungspositionen der SPD im Bundestag schaden.

Auf anderen Gebieten wird die SPD in der Rolle der Oppositionspar-

tei ähnlich operieren. Gelingt es ihr nicht, Kämpfe und Bewegungen abzustumpfen und zu unterdrücken, sind diese verantwortlich für die reaktionäre Politik der Bundesregierung. Gelingt es der SPD, bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung geringfügig ihre Positionen durchzusetzen, wird dies als Argument für die Notwendigkeit einer SPD-geführten Bundesregierung herhalten müssen. Diese Strategie hat Tradition. Brandt erklärte in dem oben bereits angeführten Interview: „Die SPD ist eine Partei, die einige Erfahrungen hat auf dem Gebiet des Zusammenspiels zwischen Mehrheit und Minderheit, Regierung und Opposition. Und die SPD war die starke Opposition in den ersten Bundestagen und hat gleichwohl mitgewirkt, zum Teil entscheidend mitgewirkt,



Parteivorsitzender Willy Brandt

formend mitgewirkt bei den großen Gesetzgebungen.“

Die SPD in der Opposition stimmte 1957 der Neuregelung des Rentenversicherungsrechts zu. Die Staatsschuld bei der Rentenversicherung in Milliardenhöhe (Kriegsfinanzierung) wurde gestrichen und der sogenannte Generationenvertrag eingeführt. Diese Reform fand Gefallen bei den Kapitalisten und profilierte die SPD zu einer regierungsfähigen Partei. Diese Strategie gedenkt die SPD wiederzubeleben. An Angeboten der Bundesregierung dazu wird es nicht fehlen. Bundeskanzler Kohl wünscht sich eine verstärkte Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik.

Quellenhinweis: SPD-Pressedienst, 26.3; Kölner Stadtanzeiger, 5.4.; Bildzeitung 2.4.83

BVG-Urteile zur Asylrechtsprechung

„Auslieferung in die Türkei gestoppt“, meldete am 31. März die „Tageszeitung“. In zwei Urteilen (1 BvR 990/82 und 1 BvR 1019/82) hatte das Bundesverfassungsgericht am 23.2. Auslieferungsverfahren gegen einen türkischen und einen kurdischen Asylbewerber gestoppt und die Urteile des Oberlandesgerichtes Köln und des Oberlandesgerichtes Düsseldorf, die die Auslieferung der beiden Asylbewerber an die türkische Militärjunta für zulässig erklärt hatten, aufgehoben und an die beiden Oberlandesgerichte zurückverwiesen. Dies, so die „Tageszeitung“, sei „ein Schlag ins Gesicht der Bundesregierung und der türkischen Militärs, die bisher ... glänzend zusammengearbeitet haben. Nach dem Spruch aus Karlsruhe ist es nun wohl für die Bundesregierung an der Zeit, ihre Aus-

lieferungspraxis an die türkische Militärdiktatur grundsätzlich zu überdenken.“ Davon kann leider keine Rede sein. Denn das BVG hat lediglich die „Hängt Sie!“-Auslieferungsbegeisterung westdeutscher Richter etwas gebremst und die Einhaltung rechtsstaatlicher Formen bei diesem Vorgang angemahnt. Erstens ist es westdeutschen Oberlandesgerichten künftig nicht mehr erlaubt, eine gefälschte türkische Anklageschrift, die Verschrottung von angeblichen „Tatwaffen“ durch die Armee noch vor dem Urteil, die Folterung des Angeklagten in der Untersuchungshaft, die Unterlassung jeder Ortsbesichtigung in einem Mordprozeß und dergleichen Feinheiten der türkischen Justiz mit der Bemerkung zu übergehen, all das entspreche „dem Mindeststandard, der nach Art. 25 GG von

den Gerichten der Bundesrepublik zu erachten sei“ und sei deshalb kein Indiz für eine politisch motivierte Verfolgung. Genau dies hatte das OLG Köln in dem Verfahren 1 BvR 990/82 gegen einen kurdischen Sozialdemokraten aber geurteilt und diesen somit zur Abschiebung in die Türkei verurteilen wollen. Zweitens – so der Inhalt des anderen BVG-Urteils – ist es westdeutschen Oberlandesgerichten nicht mehr erlaubt, eine fehlende Gefahr politischer Verfolgung *allein* von der Bundesregierung feststellen zu lassen. Sie müssen dies vielmehr *selber prüfen* – und dazu die Bundesregierung befragen. Das und nichts anderes hat das BVG geurteilt. Mag sein, daß dies ein „Fortschritt“ in der Asylrechtspraxis westdeutscher Oberlandesgerichte bedeutet. Einen „Stopp“ für Auslieferungen in die Türkei bedeuten die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes aber *nicht*.

Roos-Prozeß: Chr. Klar zusammengeschlagen

Am 23.3. sollte Christian Klar als Zeuge im Prozeß gegen Helga Roos vor dem Oberlandesgericht Stuttgart in Stammheim vernommen werden. Er verweigerte die Aussage zur Sache. Als er gerade im Begriff war, einen Schuh, offenbar zum Wurf auf das Gericht, auszuziehen, wurde er von drei Beamten zu Boden gerissen, gewürgt, geschlagen und auf Anordnung des Vorsitzenden Dr. Knospe aus dem Saal geschleift. Beim Wegschleifen im Laufschrift durch die Gänge des berichtigten Stammheimer „Mehrzweckbaus“ wurde er noch so heftig gegen eine Stahltür gestoßen, daß er davon vermutlich Abschnülfungen im Gesicht erlitt. Der von seinem Verteidiger mehrfach wiederholte Antrag, sofort mit Christian Klar sprechen zu können, erwiderte der sonst gern im Gewand formeller Korrektheit auftretende Knospe lediglich mit hektischem Geschrei: „Ich lasse das nicht zu, hier wird verhandelt.“ Schließlich drohte er mit „Rauschmiß“ des Verteidigers. Klar wurde sofort wieder in die Vollzugsanstalt Straubing, wo er in Isolationshaft sitzt, zurückgeflogen. In dem Prozeß gegen Helga Roos versucht die Bundesanwaltschaft, ihr Konstrukt der „legalen

RAF“ durchzusetzen: Helga Roos soll als in der Legalität handelndes Mitglied der RAF Kakao und ein Zelt für die Durchführung des Anschlags auf den US-General Kroesen am 15.9. 1981 in Heidelberg besorgt haben. Das Konstrukt ist Teil des Versuchs, die Bestrafung nach §129a StGB (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) und die Anwendung der schon jetzt weit über RAF-Mitglieder hinausgehenden Sonderhaft- und Verfahrensbedingungen auf noch weitere Teile der antiimperialistischen Bewegung auszudehnen. Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz, die am 21.3. im Prozeß aussagten, haben dabei die Unsinnigkeit des Konstrukts und seinen Zweck dargelegt. Das in Kürze zu erwartende Urteil im Roos-Prozeß wird sich als „Beweis“ nur auf die Gesinnung von Helga Roos stützen können.

Türkei: Kluncker ruft zum Protest auf

Bekanntlich stehen die Bundesregierung und westdeutsche Politiker an vorderster Front, wenn es darum geht, den Erfolg des „Demokratisierungsprozesses in der Türkei“ zu loben. Ende letzten Jahres hatte Genscher der Bundesregierung berichtet, die Türkei befinde sich auf dem besten Weg zur Demokratisierung. Im Januar

forderte der westdeutsche Außenminister dann während der Feierlichkeiten zum zwanzigjährigen Bestehen des deutsch-französischen Abkommens vom französischen Außenminister „mehr Verständnis für die Türkei“. Es vergeht keine Woche, in der nicht irgendein Ministerialbeamter erklärt, „die Bundesregierung vertraut darauf, daß die türkische Regierung den Prozeß der politischen Stabilisierung, der Demokratisierung und der Verwirklichung der Menschenrechte entschieden vorantreiben wird“ (Siegfried Leng, Staatssekretär im BMZ). Dagegen hat der Präsident der Internationale der öffentlichen Dienste, Heinz Kluncker, auf einer Pressekonferenz am 28. März erklärt: „Es scheint die bundesdeutschen Politiker nicht sonderlich zu interessieren, ob dort Freiheitsrechte mit Füßen getreten werden.“ Kluncker rief zu weltweitem Protest gegen Inhaftierung und Verfolgung von Gewerkschaftern in der Türkei auf. Insbesondere griff er das neue Gewerkschaftsgesetz (siehe Pol. Ber. 3/83) an, welches im April in Kraft tritt. Er befürchtete, dann werde es keine Gewerkschaften mehr in der Türkei geben. Er forderte auf, den 1. Mai zum Kampf dagegen zu nutzen und Protestpostkarten – erhältlich bei der ÖTV – an die Junta zu schicken.

Kanonenfutter durch religiöse Erneuerung

Die Bildzeitung ruft zu „den Fahnen!“ und berichtet, daß am 5. April erneut 50300 Rekruten bei Heer, Luftwaffe und Marine eingezogen wurden. Insgesamt 4,7 Millionen seien bisher bei der Bundeswehr ausgebildet worden. Die frisch eingezogenen Rekruten werden mit besseren Waffen ausgerüstet als deutsche Soldaten jemals zuvor, doch werden sie mit der gleichen Begeisterung in den Krieg ziehen, wie die am 30. März mit großen Feierlichkeiten in den Ruhestand entlassenen 20 Generäle und Admirale des letzten stärkeren Jahrganges der Kriegsteilnehmer? Werden sie bereit sein, ihr Leben für die deutsche Freiheit zu geben? Das diskutierte am 14. März eine erlesene Schar von Reaktionären und Militärs auf einer Tagung von Filbingers „Studienzentrum Weikersheim“ im Rittersaal des Mannheimer Schlosses. Neben Filbinger nahmen daran teil: Richard Allen, ehemaliger Sicherheitsberater Reagans, Golo Mann, Dieter Wellershoff, Chef der Führungsakademie der Bundeswehr, Ex-Brigadegeneral Heinz Karst, einst begeisterter Anhänger der griechischen Obristenjunta, Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, und es fehlte auch nicht Verteidigungsminister Wörner. Auf die Frage „Meinen Sie nicht auch, daß in den Fragen der Verteidigungsbereitschaft die Frage der Transzendenz, des Glaubens an ein ewiges Leben, eine große Rolle spielt? Habe ich nur das eine Leben, dann ist mir alles andere Wurst – Hauptsache, ich lebe. Habe ich aber eine normativ höhere Position, dann kann ich die Freiheit verteidigen“ stellte Wörner fest: „Ich teile Ihre Auffassung, aber die Frage ist doch, ob sie von den Kirchen geteilt wird ... Wenn ich mich draußen mit den Gemeinden herumschlage, dann finde ich dort häufig genug ein Verständnis des menschlichen Lebens, mit dem ich große Schwierigkeiten habe – eine Verabsolutierung des Überlebens in einer Art und Weise, bei der ich mich manchmal frage, ob sie wirklich noch mit dem Grundgehalt des christlichen Glaubens übereinstimmt.“ Mit dem Glauben an ein ewiges Leben im Herzen für Deutschland sterben – wäre das nicht schön? Wörner will, daß die Kirchen das möglich machen.

Friedenskongreß der DGB-Jugend

Ein Versuch, nationale Positionen in der Gewerkschaftsjugend unterzubringen

Am 26./27. März führte die DGB-Jugend einen Kongreß durch unter dem Motto „Abrüstung ist das Gebot der Stunde“. Zum Zweck des Kongresses erklärte die Jugendbeauftragte des DGB-Vorstandes Ilse Brusi in der Eröffnungsansprache „die Möglichkeit zur Diskussion“. Über 400 Delegierte der DGB-Jugendausschüsse und zahlreiche Vorstandsmitglieder der DGB-Einzelgewerkschaften beteiligten sich an dem Kongreß. Das Interesse der Gewerkschaftsjugend an der Erörterung dieser Fragen ist groß. Die Durchführung des Kongresses wurde diesem Interesse kaum gerecht: Die Auseinandersetzung wurde in acht Arbeitsgruppen geführt, über deren Ergebnisse die Delegierten erst kurz vor Ende des Kongresses unterrichtet wurden. Beschlüsse sollten die Delegierten nicht fassen. Zur Erörterung der Reden des DGB-Vorsitzenden Breit und des Vorstandsmitglieds Brusi bestand kein Raum.

Der DGB-Vorstand konnte zum Abschluß des Kongresses eine Podiumsdiskussion durchführen, an der auf

die chauvinistischen Positionen unterzubringen, wie sie von Teilen der Friedensbewegung in der BRD schon in den Demonstrationen der letzten beiden Jahre vertreten wurden. Diese Positionen haben bereits teilweise Eingang gefunden in den Aufruf des DGB-Bundesjugendausschuß zu den diesjährigen Ostermärschen.

Die Jugendbeauftragte im DGB-Vorstand Brusi stellte in ihrer Eröffnungsansprache der Gewerkschaftsjugend zwei Bedingungen für die Teilnahme an den Ostermärschen: „Zum einen muß die Friedensbewegung unabhängig von den militärischen Machtblöcken bleiben“ – worunter sie keineswegs die Unterstützung der Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO verstand, sondern die Gewerkschaftsjugend verpflichten wollte, „realistische Alternativen zur bisherigen Sicherheitspolitik zu diskutieren“. Und sie forderte: „Zum anderen muß die Friedensbewegung der Bundesrepublik mit den Friedensbewegungen in allen anderen Ländern zusammenarbeiten. Es ist nicht nur politisch schäd-

An solche chauvinistischen Bedingungen gebunden, konnten die Kongreßteilnehmer dem CDU-Staatsminister Mertes wenig entgegenzusetzen. Mertes begründete den NATO-Doppelbeschluß unter anderem mit der Behauptung, anders sei die Freiheit der BRD nicht gegen die Bedrohung aus dem Osten zu verteidigen und im übrigen sei die Losung „Abrüstung ist das Gebot der Stunde“ fast dem Hamburger CDU-Programm entnommen.

Der DGB-Jugendsekretär hat angekündigt, die DGB-Jugend werde sich an den in diesem Jahr geplanten Aktionen und Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß beteiligen. Das DGB-Grundsatzprogramm verpflichtet sie dabei im Gegensatz zu den DGB-Vorstandsreden auf dem Kölner Kongreß nicht auf nationale Positionen. Warum sollte die Gewerkschaftsjugend diese Positionen, die in der Friedensbewegung sattem vertreten sind, sich auch zu eigen machen?

Quellenhinweis: Materialien zum Kongreß „Abrüstung ist das Gebot der Stunde“, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf März 1983

Lohnabschluß Metall Kapitalisten wollen weiter nachfassen

Noch am Dienstag sollte der Tarifabschluß von Nordrhein-Westfalen, 3,2% auf zwölf Monate, bundesweit übernommen werden. Die Metallkapitalisten hatten es eilig. IGM-Tarifkommissionen hatten, wie in Baden-Württemberg, Urabstimmung für die Woche nach Ostern beschlossen, wenn kein neues Angebot vorgelegt würde. Ihre Vorstellungen von einem Abschluß lagen höher als 3,2%. Eugen Loderer kann sich als ein letztes größeres Verdienst vor Pensionierung anrechnen lassen, durch Spitzengespräch einen Abschluß in die Wege geleitet zu haben, der in seiner Niedrigkeit nachweislich nicht durch Umstände des Arbeitsmarktes oder fehlende Streikbereitschaft erzwungen war, und den manche Tarifkommission nicht von sich aus abzuschließen bereit gewesen wäre.

Zu weit liegt der Abschluß unter den Reproduktionserfordernissen der Metallarbeiter wie auch unter den aufgestellten Forderungen. Vor Jahren galten Abschlüsse bei zwei Drittel der Forderungen als Regel, jetzt liegt der Abschluß unter der Hälfte. Und das in einem Jahr, für das der Hauptvorstand der IG Metall Lohnerhöhungen zum Tarifschwerpunkt erklärt hat. Von den Mindestforderungen zugunsten der unteren Lohngruppen, gegen die sich ja nun wirklich ein Diktat der Metallkapitalisten gerichtet hat, war offiziell



700 000 haben nach Angaben der Veranstalter an den Ostermärschen in diesem Jahr teilgenommen. Bild: In Mannheim beteiligte sich unter anderem die ÖTV-Jugendgruppe.

dem Podium kein Vertreter der DGB-Jugend teilnahm. Für die Gewerkschaften saß dort die ÖTV-Vorsitzende Dr. Wulff-Matthies, ansonsten von der SPD-Bundestagsfraktion Ehmke, als Sprecher der „Friedensbewegung“ der Psychiater Richter und Mechttersheimer und als Vertreter der Bundesregierung der Staatsminister im Auswärtigen Amt Mertes und der Abrüstungsbeauftragte Ruth. So gestaltet, diente der Kongreß vor allem dem Unterfangen, in der Gewerkschaftsjugend eben-

lich, sondern Heuchelei, wenn behauptet wird, die Friedensbewegung in der Bundesrepublik habe mit der Friedensbewegung in der DDR nichts zu tun. In dieser Frage darf es keinen Kompromiß geben. Wer die DDR-Friedensbewegung hier nicht erwähnt, um so problematischen politischen Auseinandersetzungen in der bundesdeutschen Friedensbewegung zu entgehen, handelt unredlich und treibt ein falsches Spiel gegenüber den Friedensarbeitern im anderen deutschen Staat.“

überhaupt keine Rede mehr. Durch den Abschluß alles andere als erleichtert werden die noch anstehenden Lohnkämpfe, darunter in der Stahlindustrie, wo die IG Metall 6,5% fordert und eine Abkoppelung des Lohnniveaus von Metall verhindern will.

Wie die Metallkapitalisten jetzt weiter verfahren werden, läßt sich absehen: Zunächst werden sie auf breiter Front versuchen, in den einzelnen Unternehmen die 3,2% für untere und mittlere Löhne auf Zulagen anzurechnen und damit die Erhöhung der Effektivlöhne in Richtung Null zu drücken. Dann werden sie im Lauf des Jahres mit Kürzungen bei Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld usw. kommen. Wo sie durch Tarifverträge dabei an direkten Kürzungen gehindert sind,

werden sie Lohndarlehen der Arbeiter an „ihren“ Betrieb verlangen. Schließlich wird verstärkt eine Propaganda für Senkung auch der nominalen Löhne aufkommen. Der saarländische FDP-Wirtschaftsminister fordert schon unter Hinweis auf Arbed eine allgemeine Kürzung der Metalllöhne im Saarland auf 5% unter den Bundesdurchschnitt. Die jetzigen Abschlüsse sind von dauernden Meldungen über sinkende Teuerungsraten begleitet. Daß die Abschlüsse ein Jahr lang halten, ist aber angesichts der Teuerung über höhere Mehrwertsteuer, Mietsteigerungen oder Gebührenerhöhungen bei fortdauernder Intensivierung der Arbeit zweifelhaft.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 5.4. 1983; Die Welt, 5.4. 1983, Tarifinformationen der IGM, BWK-Nachrichtenhilfe

Arbeitsschutz

ÖTV fordert von Blüm Anhebung der gesetzlichen Mindestbestimmungen

Am 30. März eröffnete der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV mit einer Pressekonferenz die bundesweite Aktion „Arbeitsschutz im Krankenhaus – Mehr Schutz für unsere Arbeitskraft, mehr Personal für unsere Patienten“. Diese Aktion der ÖTV richtet sich gegen „Rationalisierungsdruck, Intensivierung der Arbeit, Arbeitshetze und Streß als Folge des Personalmangels ... Überforderung durch zergliederte und zum Teil sinnentleerte Arbeitsabläufe ... (gegen die) unzureichenden Schutzvorschriften beim Umgang mit gefährlichen Stoffen, unzumutbaren Arbeitszeiten, Schichtarbeit, Nacharbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit“. Ein Ziel der Aktion ist, die Krankenhausträger, also Län-

der, Gemeinden und die privaten Träger – häufig kirchliche Einrichtungen –, zu zwingen, die gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften zum Schutz der Beschäftigten einzuhalten. Die Personalvertretungen sollen bei der Wahrnehmung von Kontroll- und Einspruchsmöglichkeiten in allen Fragen der Arbeitssicherheit gestärkt werden.

Das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV, Heinrich Schmidt, hat angekündigt, daß in den nächsten Wochen und Monaten von den Kreisverwaltungen und Vertrauenskörpern an den Krankenhäusern anhand einer „Checkliste“ die Arbeitsbedingungen erfaßt und auch veröffentlicht werden sollen. Enthüllun-

gen darüber, wie die knapp 700000 Beschäftigten in den rund 3200 Krankenhäusern arbeiten müssen, sind auch dringend nötig angesichts der von Bundesarbeitsminister Blüm geäußerten Absichten. Am 24. März gab er in der Sitzung der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen“ bekannt: die Krankenhausträger sollen weiter Betten reduzieren; sie sollen durchsetzen, daß die Verweildauer der Patienten in den Krankenhäusern weiter sinkt; zusätzliche Planstellen sollen sie „allenfalls in enger Zusammenarbeit mit den Krankenkassen“ schaffen. Außerdem will Blüm noch in diesem Jahr eine Änderung des Krankenhaus-Finanzierungsgesetzes vorlegen.

Die ÖTV weist auf die Folgen der bereits von den SPD/FDP-Regierungen betriebenen Kostendämpfungspolitik hin. Derzeit sind von bereits genehmigten Planstellen an den Krankenhäusern – ohne die Universitätskliniken – nicht besetzt: 9423 Planstellen in der Krankenpflege, 5504 in der Krankenpflegeausbildung und 3163 Planstellen bei den Ärzten. Diese Angaben umfassen nur die bereits von den Krankenkassen bewilligten Stellen, der tatsächliche Bedarf ist nach den Angaben der ÖTV weitaus höher. Jeder 20. Beschäftigte im Gesundheitswesen hat jährlich einen Arbeitsunfall, oder eine Berufskrankheit wird bei ihm festgestellt. Typisch sind: Sturzunfälle, weil die Beschäftigten ständig gehetzt werden; Strahlenunfälle, weil radioaktives Material nicht besonders gekennzeichnet wurde; Infektionen mit oft dauernden Schädigungen, weil z.B. die Reinigungskräfte nicht von nötigen Schutzvorkehrungen durch die Krankenhausleitung unterrichtet wurden; Vergiftungen drohen, weil ausreichende Abzugsvorrichtungen zum Beispiel für Narkosegas nicht vorhanden sind; regelmäßige Nachuntersuchungen der Beschäftigten finden nicht statt; Reinigungsfrauen und Techniker werden nicht arbeitsmedizinisch untersucht. Gegenüber der Propaganda Blüms, daß solche Art von Kostendämpfung schließlich der „Mehrheit der Bevölkerung“ über sinkende Beiträge zu den Krankenversicherungen zugute käme, weist die ÖTV daraufhin, daß die Auspressung von mehr Arbeit aus weniger Beschäftigten zugleich den Standard der gesundheitlichen Versorgung aller Sozialversicherten verschlechtert.

Als ein weiteres Ziel der Aktion „Arbeitsschutz im Krankenhaus“ nennt die ÖTV die Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Arbeitskraft. Etwa die Hälfte der Krankenhäuser werden nicht von öffentlichen Trägern betrieben, sondern gehören privaten Unternehmen oder kirchlichen Einrichtungen. Für die Beschäftigten dort gelten dann oft erheblich schlechtere tarifli-



Arbeiterinnen in einer Klinikwäscherei. Infektionskrankheiten auf Grund unzureichender Schutzvorkehrungen sind häufig.

che Regelungen, wenn überhaupt ein Tarifvertrag existiert und sich die Beschäftigten nicht einfach einer von der Krankenhausleitung festgesetzten „Arbeitsrichtlinie“ unterwerfen müssen. Ein größerer Teil dieser Krankenhäuser bestreitet sogar die Gültigkeit der für alle übrigen Beschäftigten gültigen Arbeitszeitordnung von 1938 als gesetzliche Grundlage für die Beschäftigten an Krankenhäusern. Stattdessen sei die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten von 1924 anzuwenden, die so gut wie keine Arbeitszeitbegrenzungen enthält.

Die ÖTV hat mit Beginn der Aktion den Bundesarbeitsminister Blüm aufgefordert, diese Verordnung außer Kraft zu setzen, die Beschäftigten in den Krankenhäusern mit in den Geltungsbereich der Arbeitszeitordnung einzubeziehen und die Arbeitszeit und den Arbeitsschutz insgesamt gesetzlich neu zu regeln, so daß die gesetzlichen Bestimmungen den tariflichen angenähert werden. Die ÖTV fordert ebenfalls, daß das Arbeitssicherheitsgesetz und die Arbeitsstättenverordnung in vollem Umfang auch auf den gesamten Krankenhausbereich anzuwenden sind.

Obwohl die ÖTV tarifvertraglich die 40-Stundenwoche für die Beschäftigten im Gesundheitswesen durchgesetzt hat, ordnen nach wie vor Krankenhäuser tägliche Arbeitszeiten von zehn und noch mehr Stunden an, müssen Beschäftigte wöchentlich oft 60 Stunden arbeiten, kann eine ununterbrochene Ruhepause von elf Stunden zwischen zwei Schichten nicht genommen werden, oder Bereitschaftsdienste und Rufbereitschaften werden auch dort angeordnet, wo vorhersehbar in mehr als der Hälfte der Zeit gearbeitet werden muß.

Ein Erfolg der Bemühungen der ÖTV, die gesetzlichen Mindestbestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsschutz für die Beschäftigten in den zahlreichen privaten und kirchlichen Krankenhäusern zu verbessern, hätte noch eine andere Wirkung: die jetzt von der christlich-liberalen Regierung stark geförderte Privatisierung erhielte einen Dämpfer. Das Interesse Zimmermanns, Blüms und Geißlers daran, daß Gemeinden oder Kommunalverbände ihre Krankenhäuser an kirchliche Einrichtungen verkaufen oder daß die Reinigungsarbeiten von irgendeiner Leiharbeitsfirma durchgeführt werden, rührt ja in erster Linie daher, daß dann für die dort Beschäftigten oft genug überhaupt kein Tarif mehr gilt, die Rechte der Belegschaftsvertretungen eingeschränkt sind und dergleichen christliche Demut fördernde Zustände mehr, die dann als Druckmittel gegen die ÖTV wirksam werden können.

Quellenhinweis: Presseinformationen der ÖTV zur Aktion „Arbeitsschutz im Krankenhaus“; FAZ, 25.3. 1983

US-Rüstung Neue Waffen gegen das „Reich des Bösen“

Über Reagans neue Abrüstungsvorschläge haben sich Bundeskanzler Kohl und Minister Wörner erfreut gezeigt. Kohl forderte die Sowjetunion auf, „positiv zu antworten“. Reagan hatte sich in den letzten beiden Wochen mehrfach zur US-Rüstung geäußert. In der vorigen Woche hat Reagan seine feste Absicht bekräftigt, im kommenden Herbst mit der Stationierung von zunächst mindestens 100 Atom-Mittelstreckenraketen in Europa zu beginnen. Zugleich forderte er die Sowjetunion auf, die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen „auf globaler Basis“ zu reduzieren. Wenn die Sowjetunion auf die einseitige Abrüstungsforderung nicht eingehe, würden die USA weitere Atomraketen stationieren lassen.

In einer US-weiten Fernsehrede am 24.3. malte Reagan das Bild einer immer mehr von Waffen strotzenden Sowjetunion, die angeblich in Mittelamerika eine militärische Angriffsposition aufbaue, und verlangte, daß die von ihm geforderte Erhöhung des Rüstungshaushaltes um 14% auf insgesamt 238,6 Mrd. Dollar im Finanzjahr 1984 vom Kongreß angenommen werden müsse. In einer Rede kurz vorher hatte er erklärt, „die aggressiven Triebe eines Reiches des Bösen“, nämlich der Sowjetunion, müßten beseitigt werden. Die von Kohl und anderen begrüßten Vorschläge Reagans sind in Wirklichkeit also Teil der Kriegsvorbereitung. Der angeblich friedfertige Reagan schürt an einer neuen Kreuzzugsstimmung, um die Mittel für einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion bereitzustellen.

Als Ausweis für eine defensive Strategie der US-Imperialisten legte Reagan in seiner Fernsehrede den 1000 Mrd.-Dollar-Vorschlag vor, das erdnahe Weltall mit Laser-Kanonen und anderen Strahlenwaffen aufzurüsten. Diese Waffen sollen dazu dienen, von der Sowjetunion abgeschossene Raketen schon vor einem Auftreffen auf US-Boden zu vernichten. Dieses angebliche Defensiv-Programm unterstreicht aber in Wirklichkeit die Aggressionsabsichten der US-Imperialisten. Sie streben damit eine weitgehende Unverwundbarkeit an und sichern sich die Möglichkeit, weltweit Kriege zu führen, ohne eigene größere Verluste fürchten zu müssen.

Zugleich stärken die US-Imperialisten die konventionellen Waffen. Für den Ausbau der Kriegsfall-Lager will die US-Regierung im nächsten Finanzjahr 12 Mrd. Dollar ausgeben. Die

Ausrüstung, die in Europa für einzufliegende US-Truppen liegt, soll nicht auf vier Divisionen beschränkt bleiben, sondern auf sechs Divisionen ausgeweitet werden. Die Beschränkung der in Europa stationierten US-Truppen auf derzeit 315 600 soll fallen und „von der militärischen Situation abhängen“. Der Transport großer Truppenmengen wird abgesichert: 1984 werden weitere 50 C-5 Lufttransporter angeschafft. 1984 will die Regierung 700 Panzer M-1, ab 1985 5000 einer verbesserten Panzerversion beschaffen.

Für den Krieg brauchen die Imperialisten Vorrat: Nach den Berechnungen der US-Regierung hätten jetzt die Truppen nach 30 Tagen Mangel an Munition und Ausrüstung. Bis 1985



C-5 Lufttransporter: Bis 1991 wollen die US-Imperialisten ihre Zahl verdoppelt haben

soll die Industrie einen Munitionsvorrat für 60 Tage produzieren, bis 1987 für 90 Tage. In 10 Jahren wollen die Imperialisten ein Ziel von 180 Tagen für Munition und anderes Material erreicht haben.

Quellenhinweis: Congressional Quarterly, 5.2.83; Österreichische Militärische Zeitschrift, 6/82

Belgien Neue Ausnahmegesetze gegen Ausländer

Fast ein Jahr hat die belgische Regierung verstreichen lassen, ehe sie ihre Androhung neuer Zwangsgesetze gegen die ausländischen Lohnabhängigen und deren Familien in Belgien – von Justizminister Gol im vergangenen Frühjahr das erste Mal angekündigt – nun erneuert hat. Mitte März trug Minister Gol seine Gesetzespläne der Öffentlichkeit vor. Danach soll:

- der Familiennachzug für ausländische Lohnabhängige ähnlich wie in der BRD drastisch begrenzt werden,
- die Möglichkeit der Ausweisung von ausländischen Lohnabhängigen ausgeweitet werden und

– der Bezug von Sozialhilfe für ausländische Lohnabhängige und deren Familien fast unmöglich werden.

Zudem soll die Lage der Asylbewerber weiter verschlechtert werden. Bisher hatten diese das Recht, nach Einreichung ihres Asylantrages sich in einer Gemeinde ihrer Wahl niederzulassen und dort – wenn sie keine Arbeit fanden – auch Sozialhilfe zu beantragen. Diese Festlegungen haben in den vergangenen Monaten mehrere Bürgermeister vor allem im Gebiet der Hauptstadt Brüssel bereits offen umgangen. Mit der Behauptung, ihren Gemeinden drohe „Überfremdung“, verweigerten sie allen Asylbewerbern die Eintragung ins Melderegister und nahmen ihnen damit auch jeden Anspruch auf Sozialhilfe. Diese Praxis soll nach den Plänen der Regierung künftig generell erlaubt sein – mit der Folge, daß jede Gemeinde jeden Asylbewerber ablehnen kann, bevor überhaupt über seinen Asylantrag entschieden ist. Wer dennoch mit Asylantrag einreist, soll künftig in früheren Kasernen und ähnlichen Lagern eingesperrt werden.



2000 Gewerkschaftsmitglieder am 24.3. in Brüssel auf einer Kundgebung der Gewerkschaften gegen die Ausländerpläne der Regierung

Schon jetzt verfügen die belgischen Kapitalisten über ein rechtloses ausländisches Arbeiterheer wie kaum einer ihrer Konkurrenten. Die über 900 000 ausländischen Lohnabhängigen und deren Familien machen mehr als 9% der Bevölkerung Belgiens aus. Entsprechend weitreichend wären die Folgen, wenn die Regierung mit ihren Plänen durchkommt. Fast ein Zehntel der Bevölkerung des Landes wäre so unter Ausnahmerecht gestellt, das Asylrecht wäre weitgehend beseitigt – und die Ausländer- und Asylrecht-Gesetzgebung der Bundesregierung hätte ihren ersten westeuropäischen Nachahmer gefunden.

Quellenhinweis: Solidair, Zeitung der PvdA Belgiens, Ausgaben vom 2.3. bis 30.3. 1983

Volkszählungsgesetz

Die Bundestagsdebatte über die Volkszählung

Die Kampagne gegen das Volkszählungsgesetz hat eine Aufhebung dieses Gesetzes nicht bewirken können. Vor Ostern noch trat der Deutsche Bundestag zusammen, und in der abgehaltenen „aktuellen Stunde“ scheiterte der Antrag der Grünen, eine Sondersitzung auf den 14. April einzuberufen. Die SPD unterstützte nämlich diesen Antrag nicht. Nun ist die nächste Sitzung des Bundestages auf den 4. Mai festgelegt. Das heißt: Der Rechtsstaat ist startklar. Nächste Woche wird das Bundesverfassungsgericht über Anträge gegen das Volkszählungsgesetz verhandeln. Die Politiker sind relativ sicher, daß das Gericht der Zählkampagne den Verfassungssegen geben wird. In den vielen hundert Initiativen gegen die Volkszählung wird die Diskussion der geeigneten Kampfmittel immer komplizierter. Es kursieren Vorschläge zwischen öffentlicher Erklärung für Boykott und Einlegen eines Auslandsurlaubes. Wie hitzig die Debatte um „Formen des Widerstandes“ auch geführt werde, daß irgendeine „Form“ zum „Scheitern der Volkszählung“ führen könne, glauben inzwischen nur noch wenige. Mithin stellt sich vielen die Frage nach dem politischen Nutzen eines letztlich doch individuellen Boykottes. Die Gefahr, daß die Kampagne das Bild einer mit viel Aufregung und wenig Effekt abgelaufenen Anstrengung bietet, ist nicht gering und vielleicht ist es kein Fehler, einmal zu schauen, wie die Parteien im Bundestag die Sache betrachten. Zuerst die CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Broll (CDU/CSU): „Die Bürger bitte ich zum Abschluß, ... jenes Maß an Treue und Opferbereitschaft für den Staat aufzubringen, das nötig ist, um unseren Staat mit guten Daten zu versorgen.“

Dr. Zimmermann, Bundesminister des Inneren: „Jeder von uns, meine Damen und Herren weiß doch: Wenn die Volkszählung jetzt um ein paar Monate verschoben würde, wären die Argumente, die wir bisher gehört haben, die gleichen. Keines ist überzeugend gewesen.“

Laufs (CDU/CSU): „Wir wollen die Sorgen der Bürger sehr ernst nehmen und alle Fragen sorgfältig aufklären. Es ist unser Wille, uns im zuständigen Innenausschuß ins einzelne gehend über die Durchführung des Volkszählungsgesetzes auch von den Ländern unterrichten zu lassen.“

Niegel (CDU/CSU): „Wir wissen heute eben nicht, wieviele leerstehende

Wohnungen vorhanden sind. Wir wissen heute nicht, wie viele unterbelegte Wohnungen vorhanden sind, wieviele Wohnungen modernisierungsbedürftig sind. ... Ich meine, alle Bürger sollten am 27. April diesen Bogen ausfüllen, diese zehn Minuten Zeit dazu aufwenden, damit wir als Politiker die Unterlagen haben, um die notwendigen Entscheidungen treffen zu können.“

Fellner (CDU/CSU): „Wir verlangen kein Ausplaudern von Geheimnissen. Ich kann allerdings einem, der Angst hat, wir könnten ihm auf irgend etwas draufkommen, nicht garantieren, daß wir es übersehen. Das sage ich ganz offen. Aber niemand hat auch das Recht, im Dunkeln zu munkeln.“

CDU/CSU versuchen, jeden Bogenausfüller zum Zeugen hochbewußter Staatstreue zu machen. Sie erwarten eine hohe Beteiligung, die so gesehen einen Grund für die Durchführung der Zählkampagne als Polizeiaktion hergibt, schon allein wegen der Gerechtigkeit. Endlich legt die Union eine Interpretation der Ergebnisse fest. Was soll schon anderes herauskommen, als fortschreitende Verarmung der Massen? Also muß man jeden, der nicht bettelarm ist, als Menschen mit beträchtlichen Reserven behandeln. Das wirkliche Vermögen ist vor Nachfragen sowieso optimal geschützt.

Was macht die FDP-Bundestagsfraktion?

Dr. Hirsch (FDP): „Ich appelliere an die Kollegen der SPD, nicht den ‚schlanken Fuß zu machen‘ und sich der Verantwortung zu entziehen, daß wir diese notwendigen Daten bekommen und daß der Bürger darüber auch aufgeklärt wird, daß die Daten notwendig sind.“

Dr. Graf Lambsdorff, Bundesminister für Wirtschaft: „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine zentrale Aufgabe dieser Bundesregierung und auch dieses Bundestages. Ohne gesicherte Erkenntnisse geht das nicht.“

Baum (FDP): „Wir wollen, daß die Volkszählung aus der Polemik herauskommt. Wir wollen, daß wir dieses Unternehmen gemeinsam zu Ende führen.“

Die FDP führt vor, wie pappegal dem Liberalismus Persönlichkeitsrechte sind, wenn erst einmal die Rechte vermögender Individuen geschützt sind. Sie hat sich bei Vorbereitung des Gesetzes für die unbedingte Verschonung der Vermögenssphäre vor Nachfragen erfolgreich stark gemacht. Nun meint sie, daß die Vermögenden



Vorbereitung der Volkszählung. Am 12.4. will das BVG entscheiden.

schließlich ein Recht hätten zu wissen, wo und wie sich Arbeitskraft billig einkaufen läßt. Dieser FDP fällt es nicht schwer, die lohnabhängige Bevölkerung als Ausbeutungsrohstoff aufzufassen, dessen Lagerstätten auszumachen nationales Interesse wäre.

Hier sollte ein Gegensatz zur SPD spürbar sein. Wie verhielt sich die SPD-Bundestagsfraktion aber tatsächlich?

Schäfer (SPD): „Sie von der CDU/CSU und FDP haben die Mehrheit, Sie tragen die Verantwortung, wenn der Erfolg der Volkszählung gefährdet ist ... Niemand kann sagen, eine Verschiebung sei nicht möglich ... Jetzt, wo es darum geht, den Termin der Volkszählung um einige wenige Monate zu verschieben, um die Volkszählung datenschutzfreundlich, bürgerfreundlich durchzuführen, um den Erfolg der Volkszählung nicht zu gefährden, sperren Sie sich. Sie tragen die Verantwortung dafür, wenn die Volkszählung ein Reinfall wird.“

Dr. Wernitz (SPD): „Wir werden uns im Parlament – ob nun verschoben wird oder nicht – mit der Durchführung, mit der Umsetzung und der Auswertung dieses Gesetzes auf allen Ebenen des Deutschen Bundestages sehr gründlich zu beschäftigen haben. Das sind wir uns, dem Bürger und der Akzeptanz dieser notwendigen Gesetze schuldig.“

Frau Dr. Däubler-Gmelin, gewendet an CDU/CSU und FDP: „Warum sagen Sie nicht von diesem Pult aus, daß Sie Polizeibeamte, Vollzugsbeamte und Steuerbeamte nicht einsetzen wollen? Warum sagen Sie nicht sehr deutlich, daß es bei der Volkszählung nicht darum geht, Staatsfeinde – das ‚Boykottpotential‘ – aufzuspüren? ... Es wäre gut, wenn wir die Verschiebung der Volkszählung gemeinsam beschließen, um die statistischen Angaben in einer vernünftigen Weise zu bekommen.“

Dr. Schmude (SPD): „Ich wehre mich gegen Übertreibungen – wie

meine Vorredner – und sage: Panikmache und Dämonisierung bringen uns überhaupt nicht weiter. Wer meint – wie hier der Antragsteller –, die individuelle Freiheit des einzelnen sei bedroht und da sei nun Widerstand geboten, der vergreift sich in der Dimension, der vergreift sich – so meine ich – auch in den Begriffen.“

Porzner (SPD): „Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist nicht der Meinung, daß eine Sondersitzung stattfinden soll. Die Argumente sind jetzt ausgetauscht. Herr Stratmann, es ist nicht so, wie Sie sagen, daß Sie uns mit diesem Antrag entgegenkommen. Sie wollen etwas anderes als wir. Wir wollen eine zeitliche Hinausschiebung der Volkszählung. Sie wollen die Volkszählung generell ablehnen.“

Die SPD, da braucht sie nicht zu lügen, sieht nicht gerne, daß es jetzt die Union ist, die zählen darf. Sie saugt wie ein Schwamm die Kritik auf, die an der Regierungspolitik aufkommt. Sie ist bereit, das ihre zum Scheitern kritischer Bestrebungen zu tun und nicht bereit, irgendwelchen Widerstand praktisch zu fördern. Praktisch wirkt sie mit der Regierung auf die Niederlage der Kritikbewegung an der Zählerei hin. Die Niederlage der Bewegung ist ihr als Erziehungsmittel für staatstragende Opposition recht.

Die GRÜNEN im Bundestag sind dabei, ein eigenartiges Verhältnis zu der Oppositionsbewegung auszubilden, die sie in den Bundestag brachte:

Hecker (GRÜNE): „Erstens. Die GRÜNEN werden dem Bundestag eine Gesetzesinitiative zuleiten, die die Aufhebung des Volkszählungsgesetzes zum Ziele hat. Zweitens. Die GRÜNEN sind sich darüber im klaren, daß auf Grund der Geschäftsordnung ohne ihre Hilfe – ohne die Hilfe eines Drittels der Abgeordneten – eine Diskussion über eine Aufhebung des Gesetzes vor dem Stichtag am 27. April nicht erfolgen kann. Drittens. Wir appellieren an jeden, sich selbst ein Bild über die Volkszählung und über einen mögli-

chen Boykott zu machen, sich bei den Volkszählungsboykottinitiativen Informationen einzuholen und die Konsequenzen der Volkszählung selbst zu erkennen.

Wir halten die individuelle Freiheit des einzelnen für ein so hohes Gut, daß Widerstand des einzelnen nötig ist, wenn der Staat sich an diesem Gut vergreift.“

Schneider (GRÜNE): „Wir sind durch unsere Vergangenheit gewarnt, und wir müssen darauf achten, daß wir nicht wieder in Denk- und Handlungsformen von gestern zurückfallen. Es gibt ungezählte Menschen, sorgen wir dafür, daß es so bleibt.“

Stratmann (GRÜNE): „Die Fraktion DIE GRÜNEN im Bundestag beantragt eine Sondersitzung des Bundestages am Donnerstag, den 14. April 1983, um 9 Uhr. Tagesordnung: Beratung und Beschlußfassung zu einem Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN im Bundestag, dessen Substanz in §1 zum Ausdruck kommt: ‚Das Volkszählungsgesetz wird aufgehoben. Die nach dem Volkszählungsgesetz vorgesehenen Zählungen finden nicht statt.‘“

Das Abstimmungsergebnis ist bekannt. Ansonsten haben die Grünen im Bundestag entgegen allen anderen Behauptungen nicht zum Boykott aufgerufen und auch für sich in keiner Weise Boykottabsichten geäußert. Ihre Politik läßt neben Sympathie für den Boykottgedanken vor allem die feste Absicht erkennen, sich nicht als Teil der Boykottbewegung zusammen mit dieser in die Pfanne hauen zu lassen.

Wahrscheinlich wird die ganze Sache sich in Richtung von Forderungen weiterentwickeln, die auf alsbaldige Vernichtung der Erhebungsbögen, auf Entpersonalisierung der Datensätze und dergleichen mehr hinauslaufen. Wer aber darauf baut, bei den „GRÜNEN im Bundestag“ einen festen Rückhalt für weiterreichende Aktionen zu haben, muß gewarnt sein.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 10/3 vom 30. März 1983

Todesschüsse Nach dem Wechsel frisch motiviert

Waren für Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann vor dem Regierungswechsel im vergangenen Herbst noch die „zentralen Werte ausgehöhlt und die Sicherheitsorgane und die Polizei demotiviert“, so spricht jetzt alles dafür, daß die Sicherheitskräfte richtig loslegen und sich Respekt verschaffen sollen. Denn, so Zimmermann: „Sie wissen, daß der neue Kanzler und der Innenminister hinter ihnen stehen und

ihnen die nötige Rückendeckung für ihre Arbeit ... geben.“ Da wird nicht mehr lange gefackelt, wie die jüngsten Todesschüsse in Bayern zeigen.

Am 7. März wurde in Augsburg ein 19jähriger Lehrling im Auto erschossen, nachdem er bei einer Polizeikontrolle nicht angehalten hatte. Die Polizei schoß zweiundzwanzigmal, „gezielt auf die Reifen“, wie nachher erklärt wurde. „Der Wagen war mit Einschüssen durchsiebt. Alle vier Reifen blieben heil.“ (Bild, 22.3.)



Protestaktion in Gauting

Am 20. März wurde in Gauting bei München ein 14jähriger Schüler im Jugendzentrum vom Leiter einer Zivilen Einsatzgruppe (ZEG) aus ca. sechs Metern Entfernung durch Kopfschuß erschossen. Die Staatsanwaltschaft vertuscht: Während sie bei jeder Allertweltsgaunerei schnell alles weiß, äußert sich die Staatsanwaltschaft München II erst 42 Stunden nach der Erschießung nur mit einer *Presseerklärung*, um unangenehmen Fragen aus dem Weg zu gehen, und zudem mit eindeutigen Falschaussagen. (Obwohl längst identifiziert, bezeichnet die Justiz den Toten als „17jährigen Einbrecher“.) Der bayerische Innenminister Hillermeier lenkt von seiner Verantwortung ab und fordert den Täter zwecks „rascher Aufklärung“ zur Aussage auf. Dieser verhält sich nach der Dienstweisung des Münchner Polizeipräsidiums, wonach ein Polizist in solcher Situation vorerst keine Aussage machen und sich zuerst in die Obhut eines „erfahrenen Beamten“ begeben soll.

Der öffentlichen Empörung hält die „Bayerische Staatszeitung“, halbamtliches Blatt der CSU-Regierung, entgegen: „Wer auch nur einen Schimmer von Ahnung über die Gefährdung unserer Polizisten im täglichen Dienst hat, wer realisiert, daß sie ... im Falle eines Falles lieber zuerst schießen, wird auch diese Seite des Problems ins Kalkül zu ziehen haben. Und die Entwick-

lung der modernen Massengesellschaft, in der die Polizei sich zu behaupten hat, wenn wir dem Chaos nicht Vorschub leisten wollen, ist nun einmal nicht auf wachsenden inneren Frieden eingestimmt.“ Demnach werden Todesschüsse zum Normalfall erklärt, und wer beim polizeilichen Schußwaffengebrauch nicht erschossen wird, kann von Glück reden.

Die bürgerlich-liberale Presse zeigt sich besorgt über „Wildwest-Manieren“ bei der Polizei – als ob es sich um unfähige Revolverhelden handle – und fordert „bessere Schießausbildung und bessere Ausrüstung“. Tatsächlich macht die Staatsgewalt kaltschnäuzigen Gebrauch von ihren Gesetzen zum Schußwaffeneinsatz, zum gezielten Todesschuß oder zum Schießen auf Personen in einer Menge. So heißt es z.B. im Bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG, Artikel 45,2): „Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist.“ Das Recht auf „putative (vermeintliche) Notwehr“ ist dazu optimaler Flankenschutz.

An diesen Gesetzen hat die liberale Öffentlichkeit immer noch genauso wenig auszusetzen wie 1977, als sie sich anlässlich der Verabschiedung des Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz durch die Innenministerkonferenz das Gewissen beruhigen ließ durch den staatlichen Hinweis, daß der „Todesschuß“ „nur“ auf „gewisse“ Geiselnnehmer oder Terroristen abgegeben werde.

Quellennhinweis: Bayernkurier, 27.11.1982, 12.2.1983; Bild, Abendzeitung, 22.3.1983; R. Samper, Polizeiaufgabengesetz, München, 1982; Bayerische Staatszeitung, 25.3.1983

ASEAN-Staaten Genscher und die „Deutschland“ voraus

Zum viertenmal seit 1978 haben die Außenminister der EG und der ASEAN-Staaten, zu denen Thailand, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Indonesien gehören, Konsultationen durchgeführt. Die Konferenz fand am 24./25.3. 1983 im Anschluß an die Tagung der ASEAN-Staaten statt. Sie wurde geleitet von Bundesaußenminister Genscher, der derzeit Vorsitzender des EG-Ministerrats ist, und dem thailändischen Außenminister.

Bereits am 15.3. brach das Schulschiff „Deutschland“ der Bundesmarine zu einer fünfmonatigen „Ausbil-

dungsreise“ durch den Indischen Ozean und den Pazifik auf. Exakt die gleiche Reise hat sie 1978 unternommen und markiert damit deutlich den Anspruch der BRD, selbständig nicht nur freundschaftlich-militärische Beziehungen zu Ländern dieser Region zu pflegen, sondern sich für ein Eingreifen gegen ihren Interessen zuwiderlaufende Bestrebungen fit zu halten.

Im Rahmen derselben Interessen wurde Genscher auf der Konferenz tätig. Die EG, voran die BRD, konkurrieren auf den ASEAN-Märkten mit dem japanischen Kapital. Japan bezieht aus den ASEAN-Ländern ausschließlich Rohstoffe, vor allem Erdöl, Erdgas und Bauholz, exportiert aber in diese Länder fertige Produkte, darunter die Maschinen, die zur Produktion derjenigen Waren dienen, die ASEAN-Länder auf den EG-Markt bringen. Diese Tatsache nutzte Genscher, um den von den ASEAN-Ländern erhobenen Vorwurf des Protektionismus auf den Konkurrenten Japan abzu lenken.

Für die westdeutschen Kapitalisten hat vor allem der Handel mit Indonesien Bedeutung. Dem Wunsch Indonesiens nach Ausbau der technologischen Zusammenarbeit versperren sich die Regierung der BRD. Sie sucht Indonesien zu erpressen, indem sie erklärt, dessen Regierung selber schiebe der Öffnung des Landes für neue Technologien einen Riegel vor. Abgezielt ist auf Maßnahmen der indonesischen Regierung, die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Sie hat verfügt, daß bestimmte Positionen in ausländischen Unternehmen von Indonesiern besetzt werden müssen und interne Schulungen durchgeführt werden, um dem Facharbeitermangel abzu helfen. Zudem sollen höhere Kapitalanteile an Indonesier übertragen werden. Die westdeutschen Kapitalisten finden solche Bedingungen „abschreckend“ und drängen auf Wiederherstellung der ungehemmten Ausbeutungsmöglichkeiten.

Die weitergehenden Ziele malte Bundespräsident Carstens in seiner Ansprache vor dem Ostasiatischen Verein Anfang März in Hamburg aus. Er schwärmte von Indien und China mit ihren riesigen Binnenmärkten. „Aber der ganze Raum, jedes Land, mit dem Sie ... sich befassen, ist für uns wichtig, von den Malediven bis Japan, von Indonesien bis Korea.“ Mit dem Hinweis, daß es nicht nur faszinierend, sondern auch bereichernd sei, „fremde Menschen und Völker kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen“, stachelte er zu verstärkter Kulturtätigkeit auf, um diese Bereicherung auch wahrnehmen zu können.

Quellennhinweis: FAZ 26.3. 1983; Handelsblatt 23. u. 25./26.3. 1983; Pressemitteilung der Bundesregierung vom 4.3. 1983; Betriebszeitung für die Beschäftigten im Öff. Dienst, hrsg. von der BWK Landesleitung Schleswig-Holstein/Hamburg 14.3. 1983

Die Imperialisten wollen die Ölreserven der Dritten Welt wieder in ihren Besitz bekommen

„OPEC: Am Übermut gescheitert“ lautete Mitte letzten Monats die triumphierende Überschrift eines mehrseitigen Artikels im „Spiegel“. Der Verfasser sah schon das verhaßte „Kartell der Obristen und Scheichs“, das zwischenzeitlich sich sogar angemaßt habe, „Kommandozentrale über das wirtschaftliche Wachstum der westlichen Welt“ zu sein, endlich am Boden:

„Im Februar 1979, als der Ajatollah kam, produzierten die 13 Mitgliedsländer des Ölförder-Kartells OPEC täglich 30 Millionen Barrel Öl und trieben den Spitzenpreis am grauen Markt 1980 auf 41 Dollar.

„Die Ölscheichs sehen ganz schön alt aus: Zum ersten Mal mußten sie ihre Preise senken. Der Autofahrer, der das Gaspedal sparsam bediente, der Hausvater, der die Heizung herunterdrehte – sie haben die OPEC in die Knie gezwungen.“

Freilich, der Triumph der Bild-Zeitung war bereits verhaltener. Übermut sei jetzt fehl am Platze, teilte sie ihren Lesern mit: „Nur wenn wir vernünftig bleiben und weiter sparen, können wir uns an billigem Benzin und Heizöl erfreuen.“

Inzwischen ist auch dieses mit Vorsicht vermischte Triumphgeheul weit-

runge, und Quellen aus Industriekreisen berichteten einen stetigen Rückgang des verfügbaren Rohöls aus dem Persischen Golf. Hinzukommen Andeutungen, daß Libyen, ein weiteres der 13 OPEC-Mitglieder, vereinbart hat, einen Großteil seines Rohöls an die Sowjetunion zu verkaufen, und daß Libyen zudem versucht hat, sich aus mehreren Ölgeschäften mit einigen westlichen Nationen zurückzuziehen.“

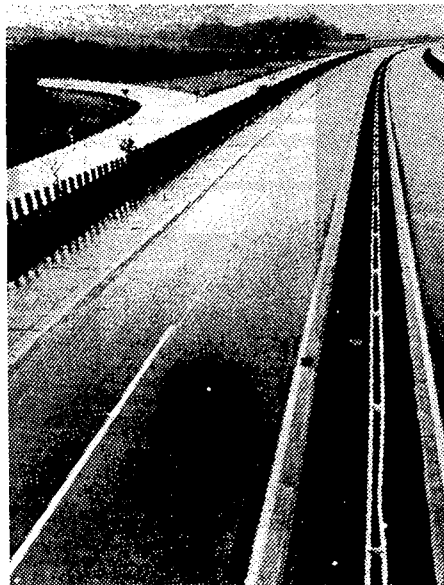
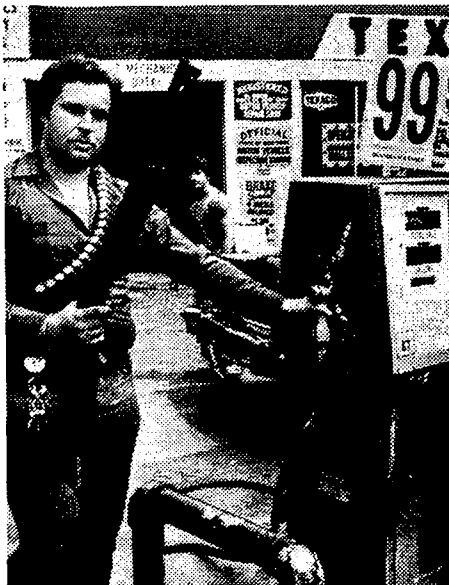
Schon im November 1982 hatte die Internationale Energie-Agentur, eine von den Imperialisten errichtete Überwachungs- und Forschungsbehörde zwecks Bekämpfung der OPEC, vor verfrühten Triumphen gewarnt:

„Die derzeitige Entwicklung des Energie- und Ölverbrauchs läßt die Erfolge auf dem Gebiet des Strukturwandels (gemeint ist: die zwangsweise Verringerung des Ölverbrauchs der Lohnabhängigen durch den dauerhaften Verzicht auf das eigene Auto und durch die dauerhafte Senkung der Wohntemperatur, weil der Lohn hinten und vorne nicht mehr reicht, wie auch die dauerhafte Verringerung des Ölverbrauchs der Kapitalisten durch Umstellung ihrer Produktionsanlagen auf den Verbrauch anderer Energierohstoffe, d. Red.) ... größer erscheinen, als vom grundlegenden Trend her gerechtfertigt sein mag. Die in jüngster Zeit geringere Nachfrage war weitgehend auch die Folge der kombinierten Effekte eines erheblichen Vorratsabbaus, wechselnder Wintertemperaturen und vor allem eines schwachen Wirtschaftswachstums, das die energieintensiven Industriezweige besonders getroffen hat.“ Im Klartext: Schon bei einem leichten Anstieg der kapitalistischen Konjunktur ist erneut mit einem Anstieg der Ölnachfrage zu rechnen. Die Internationale Energie-Agentur warnte sogar: „Die mittel- und langfristigen Grundtendenzen ... deuten ... auf eine erneute Verknappung des Ölangebots in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hin ...“

Haben die Imperialisten sich also zu früh gefreut?

Das hieße, sowohl das Ausmaß der jetzigen Ölpreissenkung wie auch die Absichten der Imperialisten gegenüber der OPEC bedeutend zu unterschätzen.

Wir haben, um das folgende etwas übersichtlicher zu gestalten, einmal die Daten über den Weltölverbrauch und die Weltölförderung aus dem Jahre 1981 zusammengestellt.



Benzinrationierung in den USA (links) und Fahrverbot in der BRD (rechts) 1973: Mit staatlichen Gewaltmaßnahmen haben die Imperialisten eine Verringerung des Heizöl- und Benzinverbrauchs der Lohnabhängigen erzwungen. In der BRD stieg das Aufkommen aus der Mineralölsteuer von 11,5 Mrd. DM (1970) auf 22,9 Mrd. DM (1982).

Im März 1983, nur vier Jahre danach, produzierte das OPEC-Kartell 13 bis 14 Millionen Barrel am Tage, und am grauen Markt sackte der Preis dicht an die 25 Dollar.“

Also Triumph? Der „Spiegel“ zitierte einen Sprecher der Deutschen BP: „Die Marktmacht der OPEC ist wie Butter in der Sonne weggeschmolzen.“

Zwei Tage später, am 16. März, ein Kommentar der Bild-Zeitung. Aus Anlaß des Abschlusses der Londoner Sonderkonferenz der OPEC, auf der die OPEC-Mitgliedsländer sich darauf geeinigt hatten, künftig ihre Produktion auf 17,5 Mio. Barrel Rohöl täglich (1 Barrel = 159 Liter) zu begrenzen und ihren Rohöl-Richtpreis von bisher 34 Dollar je Barrel auf 29 Dollar zu senken, teilte „Bild“ seinen Lesern mit:

gehend verstummt. Am 29. März teilte das US-Finanzblatt „Wall Street Journal“ seinen Lesern gar eine Verknappung des Ölangebots an den sogenannten „Spot-Märkten“ mit. Auf diesen Märkten werden die sogenannten „freien“, d.h. nicht durch langfristige Liefer- und Preisabkommen bereits verkauften Rohöle gehandelt, weshalb die Imperialisten diese Märkte als wichtige Anzeichen für einen – zumindest kurzfristigen – „Ölüberschuß“ oder aber einen „Ölmangel“ auf dem Weltmarkt betrachten. Das „Wall Street Journal“:

„Der Spot-Markt scheint in letzter Zeit ausgetrocknet zu sein. In der letzten Woche meldeten Quellen aus Bankkreisen einen deutlichen Rückgang der nigerianischen Rohölliefer-

Die Mineralölkonzerne sind brutale Ausbeuter der Erdölarbeiter und Seeleute auf den Tankern

Sicher beziehen die Mineralölmonopole einen beträchtlichen Teil ihres Reichtums aus den Extraprofiten bei der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt, indem sie den rechtmäßigen Eigentümern der Ölquellen einen mehr oder minder großen Teil der diesen Ländern eigentlich zustehenden Grundrente vorenthalten. Sicher nehmen sie auch jede Gelegenheit wahr, als marktbeherrschende Monopole Käufer ihrer Produkte auszuplündern. Aber bei alledem sollte nicht übersehen werden, daß die Ölkonzerne brutale Ausbeuter sind, Ausbeuter der Arbeiter auf den Erdölfeldern und Bohrplattformen, der Seeleute, die auf den Tankern für den Transport des Rohöls sorgen, und der Arbeiter in den Raffinerien.

Wer erinnert sich nicht an die zahlreichen Unglücksfälle, bei denen Arbeiter die rücksichtslosen Ausbeutermethoden der Ölkonzerne mit dem Leben bezahlen müssen oder verkrüppelt werden? Bohrsinseln versinken im Meer, wie im vergangenen Jahr vor der kanadischen Küste; explodierende Förderanlagen wie im Juni 1979 vor Mexiko lassen nicht nur wochenlang Öl ins Meer strömen, meist überleben nur wenige Arbeiter solche Unglücke; Tanker verschwinden spurlos, laufen auf Grund, explodieren usw. Am 20. März 1983 starben bei einer Explosion auf einer Bohrsinsel des US-Konzerns Gulf Oil vor der Küste Zaires drei Arbeiter, weitere zehn blieben vermißt, 32 mußten in Kliniken gebracht werden, wo zwei weitere ihren schweren Brandverletzungen erlagen. Über die Unglücksursache teilte die französische Firma, in deren Regie Reparaturarbeiten an der Plattform durchgeführt wurden, nur mit, ausströmendes Gas sei explodiert. Die näheren Umstände lassen allerdings einiges über die Arbeitsbedingungen ahnen. Die Explosion geschah an einem Sonntag: Schufterei rund um die Uhr ist für alle Ölarbeiter üblich. Die getöteten oder verletzten Arbeiter waren Franzosen und Senegalesen, eine Mannschaft, die vermutlich als Kontraktarbeiter von einer Plattform zur anderen und von einem Förderort zum nächsten gehetzt wurde.

Diese spektakulären Unfälle sind nur die Spitze der tagtäglichen Schinderei, wie sie die Ölkonzerne den Arbeitern abverlangen. Die Unfallhäufigkeit bei der Erdölförderung liegt weit über dem Durchschnitt der Industrie. So gibt eine Statistik für die USA an, daß 1977 von jeweils 100

Arbeitern der Erdöl- und Erdgasbohrmannschaften 30 einen Arbeitsunfall hatten, im Vergleich zu acht auf 100 Arbeiter im Durchschnitt der Industrie. Für die Arbeiter auf den britischen Nordseeöl-Plattformen nannten schottische Ärzte eine zehnmal so hohe Todesrate wie für Arbeiter im Bergbau und fünfzigmal so hoch wie im Durchschnitt der Industrie.

Die Ursache für diese hohen Unfallraten: die Anlagen sind oft verrottet oder ein gehetzter und übermüdeten Arbeiter ist für einen Moment unachtsam, was sofort schwerste Folgen haben kann. Die Ölkonzerne können ihre Profite steigern, wenn das im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter große Kapital, das in den Fördertürmen, Plattformen, Pipelines usw. angelegt ist, rascher umschlägt. Also treiben sie die Arbeiter an, keine Minute Stillstand, Schichtbetrieb und Reperaturen möglichst während fortdauernder Förderung sind üblich.

Wenn dann noch die Ölmonopole die Förderung in einer Region rasch steigern wollen, um in anderen Fördergebieten die Regierungen zu Ölpreissenkungen zwingen, dann werden alle Sicherheitsvorkehrungen über Bord geworfen. So im Boom um das Nordseeöl. Allein in den ersten zehn Jahren der Offshore-Bohrungen von 1969 bis 1979 starben auf den norwegischen Öl- und Gasfeldern 235 Arbeiter bei Unfällen und wurden mindestens 500 schwerverletzt. Für die vor Großbritannien liegenden Felder sind die offiziellen Angaben 185 Tote von 1965 bis 1979. Die Ölkonzerne sind oft nicht selbst Besitzer der Plattformen für die Erdölbohrungen und -förderung im Meer, sondern sie chartern sie bei dar-

auf spezialisierten Reedereien. 1980 stiegen die Preise für diese Charterverträge von Bohrsinseln in der Nordsee und lagen bald über dem sechsfachen des zwei Jahre zuvor gültigen Preises. Jede verfügbare Bohrsinsel war gechartert, die Ölkonzerne wollten mit der raschen Ausdehnung der Förderung in der Nordsee Druck auf die OPEC machen. Die hohen Profite, die die Reeder mit ihren Bohrsinseln machen konnten, ließen sie selbst schrottreife Plattformen noch einsetzen; Überholungsarbeiten beschränkten sie auf ein Minimum. So kenterte am 27. März 1980 die norwegische Bohrsinsel Alexander Kjelland, 123 Arbeiter ertranken. Arbeiter, die die Bohrsinsel kannten, berichteten, daß Eisenplatten bereits von Rost zerfressen waren.

Die im folgenden beschriebenen Arbeitsbedingungen für Ölarbeiter auf den britischen Bohrsinseln in der Nordsee sind durchaus typisch. Das Schichtsystem sieht vor, daß die Arbeiter zwei Wochen „offshore“, d.h. auf der Plattform arbeiten, dann für eine Woche Landurlaub ausgeflogen werden. Die Arbeitszeit in der Zwei-Wochen-Schicht beträgt dann zwölf Stunden täglich ohne freien Tag, also 168 Stunden in den zwei Wochen. Aber fällt z.B. irgendein Arbeiter wegen eines Unfalls oder wegen Krankheit aus, so muß der zweite Mann eben nach drei Stunden Schlaf wieder raus. Und wenn wegen schlechten Wetters die Ablösung nicht kommen kann, dann dauert die Schicht drei Wochen oder noch länger.

Etwa die Hälfte aller Arbeiter auf den Plattformen, darunter fast alle angelernten und Hilfsarbeiter, sind ebenso wie die Wartungs- und Reparaturarbeiter, viele Bohrmannschaften usw. als Kontraktarbeiter eingestellt. Ein „contractor“ schließt einen Vertrag



Irakische Arbeiter bei der Verlegung einer Pipeline

mit dem Ölkonzern und heuert meist mit einjährigen Verträgen Arbeiter an. Der kleinen Schicht von besser qualifizierten Arbeitern, die direkt bei den Konzernen beschäftigt sind, meist als Aufsichtspersonal bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung haben, stehen brutal geschundene, häufig wechselnde, weil rasch verschlissene Kontraktarbeiter gegenüber. Erst nach und nach, mit hartnäckigen Kämpfen, die von der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) unterstützt wurden, konnten diese Arbeiter gewisse gewerkschaftliche Rechte erkämpfen, so 1976, daß wenigstens offizielle Funktionäre der Gewerkschaften zu allen Plattformen Zugang erhielten.

Um kein Haar besser sind die Bedingungen, unter denen die Seeleute auf den Tankern für die Konzerne schuften müssen. Auch beim Öltransport haben die Ölmonopole bloß einen Teil des fixen Kapitals unmittelbar in ihrem Besitz: nur etwa 35% der gesamten Tankerkapazitäten gehören ihnen, der Rest wird von ihnen je nach dem rasch wechselnden Bedarf bei einem Reederei-Kapitalisten gechartert. Die so herbeigeführte gnadenlose Konkurrenz dieser Reeder untereinander schafft große Anreize, die Löhne der Seeleute zu drücken und elendeste Arbeitsbedingungen gegen sie durchzusetzen. Da mehr als die Hälfte der imperialistischen Handelsflotten aus Tankern besteht, sind die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung, die die Ölkonzerne bzw. die von ihnen abhängigen Reeder durchsetzen können, bestimmend für alle Seeleute. Schätzungsweise etwa die Hälfte der rund 600 000 Seeleute, die in der OECD organisierten Kapitalisten ausbeuten, stammen aus Ländern der Dritten Welt.

Rund ein Drittel der gesamten Tankerflotte war Anfang 1977 in den drei „Billigflaggenländern“ Liberia, Panama und Singapur registriert. Die Reeder und Mineralölkonzerne umgehen so die von den Gewerkschaften in den imperialistischen Ländern durchgesetzten Tarifverträge, Arbeitsschutzbestimmungen, die Vorschriften über Höchstarbeitszeiten und Mindestbesatzungsstärken und sparen obendrein noch Steuern. Die ITF fordert ein Verbot der Billigflaggen und kämpft dafür, bis dahin die Besatzungen dieser Schiffe durch Tarifverträge abzusichern, die gewährleisten, daß ihre Löhne dem durchschnittlichen europäischen Standard entsprechen.

Quellenhinweis: ILO, Petroleum Committee Ninth Session, General Report, Genf 1980; BP (Hrsg.), Das Buch vom Erdöl, Hamburg 1978; Kommunistische Volkszeitung, 15/1980

Weltrohölförderung

OECD inkl. Südafrika und Israel	697,5 Mio. t = ca. 13,72 Mio. Barrel/Tag
„Ostblock“ inkl. VR China	726,6 Mio. t = ca. 14,29 Mio. Barrel/Tag
OPEC	1 143,3 Mio. t = ca. 22,49 Mio. Barrel/Tag
übrige Dritte Welt	291,6 Mio. t = ca. 5,74 Mio. Barrel/Tag
Welt:	2 859,0 Mio. t = ca. 56,24 Mio. Barrel/Tag

Weltölverbrauch

OECD inkl. Südafrika und Israel	1 775,8 Mio. t = ca. 34,93 Mio. Barrel/Tag
„Ostblock“ inkl. VR China	647,5 Mio. t = ca. 12,74 Mio. Barrel/Tag
OPEC	123,5 Mio. t = ca. 2,43 Mio. Barrel/Tag
übrige Dritte Welt	386,5 Mio. t = ca. 7,60 Mio. Barrel/Tag
Welt:	2 933,3 Mio. t = ca. 57,70 Mio. Barrel/Tag

Die Angaben entstammen dem Jahresbericht 1981 des Mineralölkapitalistenverbandes der BRD. Auch wenn inzwischen der Ölverbrauch der Imperialisten um 2–3 Mio. Barrel täglich zurückgegangen sein mag, zeigen sie doch: Die Imperialisten verbrauchen mehr als 60% sämtlichen auf der Welt geförderten Rohöls. Und fast zwei Drittel ihres Verbrauchs beziehen sie – trotz Nordsee- und Alaska-Öl – weiterhin aus der Dritten Welt.

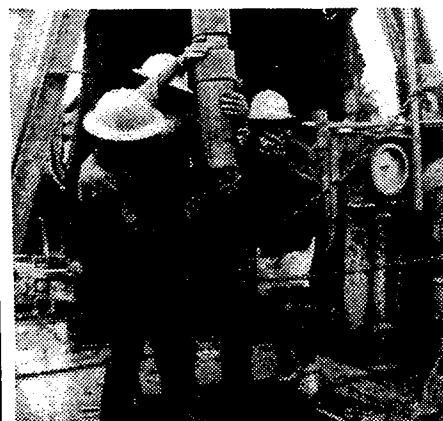
Auch für 1983 rechnen die Imperialisten damit, täglich 17 bis 18 Mio. Barrel Rohöl aus Staaten der Dritten Welt beziehen zu müssen. Das aber heißt: allein durch die Senkung des Rohölpreises um 5 Dollar je Barrel werden sie dafür fast 32 Mrd. \$ weniger an die Dritte Welt bezahlen müssen. Zum Vergleich: 1982 mußten sämtliche Staaten der Dritten Welt den Imperialisten 120 Mrd. \$ als Zins und Tilgung auf ihre Kredite zahlen. 1983 wird dieser Tribut der Dritten Welt auf mindestens 130 Mrd. \$ ansteigen.

Das trifft die OPEC nicht? Und ob es die OPEC trifft! Allein die OPEC-Mitglieder Algerien, Indonesien, Nigeria und Venezuela waren bereits 1980 mit mehr als 45,8 Mrd. \$ bei den Imperialisten verschuldet! Und Mexiko, größtes Ölförderland der Dritten Welt außerhalb der OPEC, war damals, also vor inzwischen drei Jahren, bei den imperialistischen Banken sogar bereits mit mehr als 33 Mrd. \$ verschuldet!

Jahrelang haben die Imperialisten auf eine solche Situation wie jetzt hingearbeitet. Die Lohnabhängigen in ihren Ländern wurden zur Kasse gefordert frei nach dem Motto „Was schon einmal für die Öleinfuhren bezahlt wurde, könnt ihr nun nicht auch noch von uns als Lohn verlangen“ – mit der Folge, daß die Lohnabhängigen trotz heftiger Gegenwehr gegen diese Absicht der Kapitalisten die gestiegenen Reproduktionskosten vollständig durch Einschränkung ihres Verbrauchs, durch sinkende Zimmertemperaturen, Verzicht auf das eigene Auto usw. tragen mußten, tatsächlich also die „gestiegene Ölrechnung“, zum großen Teil allein zahlen mußten. Ein Vorgang, den die Kapitalisten durch weitere Anhebung der Mineralölsteuern noch zusätzlich verschönerten. Gleichzeitig schränkten die Kapitalisten ihren eigenen Ölverbrauch, unter-

stützt durch Milliarden an öffentlichen „Umstrukturierungssubventionen“ zusätzlich ein und legten große Rohölvorräte an – 1980 bereits in allen OECD-Staaten zusammen mehr als 3 Mrd. Barrel oder einen Verbrauch von fast 90 Tagen. Währenddessen aber liehen sie sämtlichen Staaten der Dritten Welt bereitwilligst Kredit. Insbesondere denen, die wie Mexiko, Algerien, Venezuela, Nigeria oder Indonesien über Ölreserven und über eine große Bevölkerung verfügten.

Dann – so etwa ab 1980 – zogen die imperialistischen Banken die Zin-



Nigeria: (Ölreserven: 2,5 Mrd. Tonnen) hat bis heute nur die Anlagen der BP verstaatlicht. Bei den anderen Ölkonzernen ist die Regierung nur mit 60% beteiligt.

sen an. Die Folge: Staaten wie Mexiko, Indonesien, Nigeria usw. fanden sich plötzlich in einer Lage, wo sie, obwohl die Nachfrage der Imperialisten nach Rohöl etwas zurückgegangen war, gezwungen waren, ihre Ölproduktion hoch zu halten, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Jetzt sahen die Imperialisten ihre Stunde gekommen: Nigeria will Kredit, um seine Nahrungsmitelefuhren zu bezahlen? Aber nur, wenn der Ölpreis gesenkt wird, denn der ist uns schon lange zu hoch! Was, die übrige OPEC will dann ihre Lieferungen kürzen? Aber wir haben doch Vorrat für 90 Tage, und bis dahin herrscht in Nigeria am Ende schon Hungersnot! Die „Krise der OPEC“ begann, und die imperialistische Halsabschneidermeute kann sich seitdem nicht laut genug auf die Schenkel klatschen vor Begeisterung über die Lieferzwänge von Nigeria, Mexiko

Die Imperialisten verlagerten Öl-Importe und verstärken den Druck gegen OPEC-Länder

Die imperialistischen Länder Nordamerikas, Westeuropas und Australiens haben die Erdölförderung in ihren Ländern, wie sich aus der Tabelle ersehen läßt, zwischen 1955 und 1981 nur um 79% gesteigert. Entgegen den Behauptungen der Imperialisten, daß sie alle Kräfte in die Ausweitung der eigenen Erdölförderung legen würden, haben sie ihre eigene Förderung im Vergleich zu ihrem Verbrauch weit zurückgehalten. Die genannten Länder plus Japan, Südafrika, Israel

und Neuseeland steigerten den Verbrauch an Erdöl in demselben Zeitraum um 200%. Ihre Einfuhren erhöhten sie von 1955 bis 1981 um 434%, den überwiegenden Teil importierten sie aus den OPEC-Ländern. 1975 erreichten die Imperialisten die höchste Einfuhrquote: 67% des verbrauchten Öls importierten sie.

Die Imperialisten verlagerten nach 1975 die Erdölimporte. Nachdem die OPEC-Länder 1973 gegen die Plünderung des Erdöls durch die Imperiali-

sten Maßnahmen ergriffen hatten, haben die Imperialisten, um die OPEC-Länder unter Druck zu setzen, Verlagerungen der Importe durchgeführt. Die US-Imperialisten haben seit 1975 die Importe aus den Nicht-OPEC-Ländern gesteigert und den Importanteil aus den OPEC-Ländern gesenkt, obwohl sie aus den OPEC-Ländern wachsende Mengen einfuhren. Die EG-Staaten senkten nach der Aufnahme der Erdölproduktion durch Großbritannien, die 1976 begann, die Importe von außerhalb der EG, die Importe aus den OPEC-Ländern haben sie nicht weiter gesteigert. Nach 1980 haben die Imperialisten die Importe

Erdölförderung und -verbrauch der imperialistischen Länder (in Mio. t)

	Förderung	Verbrauch	Einfuhr	Einfuhrquote %
1955	389,1	591,1	202,0	34,2
1960	420,6	779,3	358,7	46,0
1965	486,5	1114,7	628,2	56,0
1970	631,6	1614,8	983,2	60,9
1975	590,8	1800,9	1210,1	67,0
1979	694,1	2035,1	1341,0	65,9
1980	703,6	1883,6	1180,0	62,6
1981	697,5	1775,8	1078,3	60,7

Förderung: Nordamerika, Westeuropa, Australien
Verbrauch: Nordamerika, Westeuropa, Japan, Südafrika, Israel, Neuseeland, Australien

Rohölimporte der imperialistischen Länder aus OPEC und Nicht-OPEC-Ländern (in Mio. t)

		Gesamt	aus OPEC-Staaten	aus Nicht-OPEC-St.	Einfuhrquote aus OPEC %	Mineralölverbrauch
USA:	1975	215,5	167,6	47,9	77,8	759,8
	1980	259,7	189,1	70,6	70,6	806,8
EG:	1975	466,7	349,2	117,6	74,8	521,0
	1980	428,6	352,2	76,4	82,2	520,0
Japan:	1975	216,5	191,2	25,3	88,3	243,3
	1980	208,9	181,2	27,7	86,8	264,9
Alle:	1975	898,7	707,9	190,8	78,8	1524,1
	1980	897,1	722,5	174,7	80,5	1591,7

Quellenhinweis: Jahresbericht 1981 Mineralölwirtschaftsverband e.V., Arbeitsgemeinschaft Erdölgewinnung und -verarbeitung; OECD Statistics of Trade, 1975, 1980

usw., trotz oder sogar gerade wegen des gesenkten Ölpreises! Was für eine feine „marktwirtschaftliche Bezwingung der OPEC“ ist das doch, wenn ansonsten in diesen Ländern der Hunger droht! Wie da doch der bundesdeutsche „Autofahrer“ und „Hausvater“ die OPEC bezwingt!

Freilich: die Absichten der Imperialisten erschöpfen sich keineswegs mit der erzwungenen Preissenkung für ihre Rohölbezüge aus der Dritten Welt. Eine Preissenkung, die – das nur nebenbei – für die Lohnabhängigen in den imperialistischen Ländern keineswegs zu einer Entspannung ihrer wirtschaftlichen Lage führen wird, weil sie von den Kapitalisten prompt zum Vorwand für neuerliche Lohnsenkungen genommen werden wird und auch schon wird. Und auch mit neuerlichen Preissenkungen allein werden sich die Imperialisten nicht zufriedengeben. Sie wollen mehr.

Weltrohölvorräte (geschätzt, 1978)

OPEC	60,541 Mrd. Tonnen
davon:	
Saudi-Arabien	23,055 Mrd. Tonnen
Kuwait	9,592 Mrd. Tonnen
Iran	7,916 Mrd. Tonnen
Irak	4,307 Mrd. Tonnen
OECD	8,175 Mrd. Tonnen
davon:	
USA	3,824 Mrd. Tonnen

Großbritannien	2,198 Mrd. Tonnen
Kanada	0,808 Mrd. Tonnen
„Ostblock“	12,784 Mrd. Tonnen
davon:	
UdSSR	9,660 Mrd. Tonnen
VR China	2,740 Mrd. Tonnen
übrige Dritte Welt	7,422 Mrd. Tonnen
davon:	
Mexiko	4,000 Mrd. Tonnen
Welt	88,922 Mrd. Tonnen

Deutsche Bank (Hrsg.), OPEC, After the second wave of price increases, August 1979

Auch wenn die obigen Angaben sich inzwischen durch die Entdeckung weiterer Ölvorräte verändert haben mögen: an der Verteilung der Ölreserven auf die OPEC einerseits und auf die Imperialisten andererseits hat sich seitdem nichts Wesentliches geändert. Das aber heißt: Mehr als zwei Drittel aller Ölreserven der Welt lagern in den Staaten der OPEC. Und in den Besitz dieser Ölreserven wollen sich die Imperialisten wieder versetzen. Wie bemerkte der frühere Regierungssprecher und jetzige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Lothar Ruehl, im vergangenen Jahr dazu noch in der „Europäischen Wehrkunde“? „Niemand in der Geschichte ist es bis heute einer kleinen Minderheit (damit ist die OPEC gemeint, d. Red.) gelungen, einen für die Welt (damit sind die Impe-

rialisten gemeint, d. Red.) zu ihrer Zeit unwiderstehlich die Rivalitäten auf sich ziehenden Schatz zu bewahren, jedenfalls allein und gegen alle übrigen Kräfte, die von der Aussicht auf Gewinn bewegt wurden. Niemals war ein für die Welt so wesentlicher Rohstoff zwischen den Nationen so einseitig verteilt.“

Eben! Zwei Drittel des in der Welt geförderten Öls werden von den Imperialisten verbraucht. Und wer besitzt zwei Drittel der Ölreserven? Die OPEC! Wenn das keine schreiende Ungerechtigkeit ist! Eine Ungerechtigkeit, die zudem erst knappe zehn Jahre in dieser Form existiert, denn vor 1973 besaßen die Imperialisten schließlich auch die Ölreserven der OPEC-Staaten ganz offiziell.

Von der bürgerlichen Presse weitgehend verschwiegen, setzten so die Imperialisten bereits im vergangenen Jahr durch vorübergehenden Stopp aller Ölaufträge für nigerianisches Rohöl durch, daß ihr steuerfreier Gewinn je Barrel Rohöl von 0,79 Dollar je Barrel auf 1,60 Dollar je Barrel in den neuen Lieferverträgen verdoppelt wurde – bei einer Rohölförderung in Nigeria von ca. 2 Mio. Barrel täglich immerhin mehr als 500 Mio. \$ zusätzliche Gewinne, die sie allein in diesem Land künftig wieder steuerfrei außer Landes

aus den OPEC-Ländern deutlich verringert. Im Zusammenhang mit der kapitalistischen Krise haben die OECD-Länder in den drei Jahren von 1979 bis 1982 ihre gesamten Importmengen um 34% gesenkt.

Wer ruiniert die Entwicklungsländer? Ihre Angriffe auf die OPEC-Staaten versuchen die Imperialisten immer wieder durch die Behauptung zu begründen, daß die Öl-Preise der OPEC-Staaten die Entwicklungsländer ruinieren würden. Wenn man z.B. die Verbrauchsentwicklung der Länder Mittel- und Südamerikas ansieht (ohne den Verbrauch der ölproduzierenden Länder Mexiko, Argentinien und Venezuela), stellt man fest, daß der Verbrauch von 1955 bis 1981 von 33 Mio. Tonnen Erdöl auf 130,4 Mio. gestiegen ist (ohne erdölproduzierende Länder). Der wichtigste Grund dafür: In derselben Zeit haben die Imperialisten ihre Kapitalanlagen in Mittel- und Südamerika sprunghaft vergrößert. Ihr Geschrei über die Ruinierung der Entwicklungsländer ist der Ruf nach niedrigeren Ölpreisen zur rascheren Kapitalaufhäufung der Imperialisten auch in diesen Ländern, insbesondere in den sogenannten Schwellenländern, wie z.B. Brasilien.

Quellenhinweis: Jahresbericht 1981, Mineralölwirtschaftsverband

schaffen können. Wenn solche Änderungen in den Lieferverträgen mit einzelnen OPEC-Staaten bereits wieder erpreßbar sind – warum sollte es dann nicht gelingen, bei Umschuldungsverhandlungen etwa mit Venezuela, Mexiko usw. noch ganz andere Konzessionen bis hin zur Rückgabe der Ölreserven an die imperialistischen Ölmonopole durchzusetzen?

Auch wenn die Einigung der OPEC am 15. März auf niedrigere, aber wieder einheitliche Preise und vor allem auf feste Liefermengen je Land das Triumphgeschrei der Imperialisten vorübergehend wieder zum Verstummen gebracht hat: Die Pläne der Imperialisten bleiben bestehen. Sie wollen die OPEC zerschlagen, sie wollen ein Land nach dem anderen wieder zur Abtretung seiner Ölquellen an ihre Ölkonzerne zwingen. Am Ende soll die Wiederherstellung der imperialistischen Alleinherrschaft auf den internationalen Ölmärkten stehen.

Quellenhinweis: Welt-Energie-Ausblick der Internationalen Energie-Agentur, in: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 5.11. 1982; Bild, 16.2. 1983; Spiegel, 7.3. und 14.3. 1983; Wall Street Journal, Ausgaben seit Anfang März 1983; Mineralölwirtschaftsverband e.V., Jahresbericht 1981, Hamburg 1981; Deutsche Bank (Hrsg.), OPEC, After the second wave of price increases, August 1979; OPEC, Annual Report 1981, Wien, 1981; ders., OPEC Member Country Profiles, Wien, März 1983; Weltbank, World Development Report 1982, Washington D.C., USA, 1982; Africa Now, Oktober 1982, London.

Die Imperialisten wollen die Verschuldung der Entwicklungsländer für rabiate Erpressungen nutzen

Mit insgesamt 630 Mrd. \$ stehen die Entwicklungsländer in der Schuld der imperialistischen Gläubiger. Dieses Drittel der gesamten Auslandsschulden der Welt und die Schwierigkeiten einzelner Länder, die Zinsen und die Tilgungsraten zu bezahlen, nutzen die Gläubigerbanken zur Erpressung ihrer Schuldner. Die Imperialisten hoffen, die Maßnahmen, die die Entwicklungsländer gegen die imperialistische Ausplünderung getroffen haben, wieder rückgängig zu machen.

Mexiko ist mit derzeit ca. 90 Mrd. \$ Auslandsschulden einer der drei höchstverschuldeten Staaten unter den Entwicklungsländern. Da Mexiko von der Weltbank als „Schwellenland“ eingestuft wird, sind die meisten Kredite sowohl von der Weltbank als auch von den imperialistischen Staaten zu normalen Bedingungen vergeben worden. Weniger als 5% der gesamten Kredite sind Entwicklungshilfekredite mit tilgungsfreien Jahren, langen Laufzeiten und niedrigen Zinssätzen.

Allein 1982 hätte Mexiko 10 Mrd. \$ für Zinsen aufbringen müssen, 1983 werden die Banken 11,6 Mrd. \$ Zinsen fordern. Im August letzten Jahres mußte Mexiko bekanntgeben, daß das Land die verlangten Zinsen nicht aufbringen konnte. Umschuldungsverhandlungen mit den betroffenen Banken begannen, um die Bedingungen für neue Kredite auszuhandeln, die zur Zahlung der Zinsschulden genutzt werden sollten. Bis August 1983 sind die Zinszahlungen ausgesetzt. Der Preis, den die Imperialisten dafür verlangen, ist hoch: Sowohl die Weltbankkredite als auch der Kredit einer Bande von 500 Banken in Höhe von 5 Mrd. \$ wird zu ei-

nem Zinssatz von 12,6% an Mexiko ausgezahlt. Zur Sicherheit für die Zinsschuld aus 1982 und 1983 mußte Mexiko 1,5 Mio. Barrel aus seiner Erdölförderung an die größten Gläubigerbanken in den USA verpfänden. Die Banken setzten zudem die Freigabe des Wechselkurses der mexikanischen Währung durch, der Peso fiel gegenüber dem \$ um mehr als 400% binnen zwölf Monaten. Da die Zahlung der Schulden in \$, DM oder Pfund erfolgen muß, muß Mexiko einen Großteil seiner Exporterlöse für den Schuldendienst verwenden. Schon 1980 mußten 32% der Exporterlöse dafür verwendet werden, 1983 sollen es mehr als 60% sein.

Den Imperialisten scheint nun die Zeit reif, ihre Forderungen zu präzisieren. Ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank forderte laut „Handelsblatt“, daß die Entwicklungsländer „bei ausländischen Direktinvestitionen künftig ausländische Beteiligungen über das bislang erlaubte Maß hinaus zulassen“ sollen, „oder eine Umwandlung von Krediten in haftende Mittel“ anstreben sollte. Derlei Beteiligungen vor allem an den Rohstoffquellen hält auch der „Bayernkurier“ für angemessen: „Da zudem die meisten Schuldnerländer im Süden, vor allem die drei Großschuldner Brasilien, Mexiko und Argentinien, über reiche Bodenschätze verfügen, sind die westlichen Kredite in langfristiger Perspektive durchaus gesichert. Das rechtfertigt die Vergabe weiterer Kredite im Zuge von Umschuldungen – vorausgesetzt, die Bindung der Schuldnerländer an den Westen kann verstärkt werden.“

Quellenhinweis: Wall Street Journal, März '83; Handelsblatt v. 25./26.3.83; Bayernkurier v. 19.3.83; Jahrbuch für internationale Beziehungen 2, München 1983



Die Imperialisten gieren nach direktem Besitz der Bodenschätze und Fabriken Mexikos. Das Elendsdasein der Arbeiter und Bauern wird das nicht ändern.

HBV: Tarifforderung Einzelhandel NRW

Köln. Die Tarifkommission der Gewerkschaft HBV hat die Forderungen für die 340000 Beschäftigten im Einzelhandel des Landes NRW aufgestellt: 6,9%, mindestens aber 130 DM mehr Lohn und Gehalt, Anhebung der Ausbildungsvergütungen um den gleichen DM-Betrag wie das erste Berufsjahr der Tarifgruppe I, Verkürzung der Jahresstaffel. Ausdrücklich hat die Landesbezirksleitung erklärt: „Je niedriger das Einkommen ist, um so stärker ist der Arbeitnehmer von der Preissteigerung betroffen.“ Die Mindestforderung von 130 DM wirkt für alle Einkommen unter 1910 DM höher als die Prozentforderung.

Chemie: Statt „Durchbruch“ – Einbruch!

Hannover. Bei zentralen Verhandlungen mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie ließ sich die IG Chemie auf folgende Vereinbarungen ein: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,2 Prozent bei 14 Monaten Laufzeit, für den ersten Monat nichts. Ab 58 Jahren erhält jeder ab 1.9. 1983 alle zwei Wochen eine vierstündige

Gegen das Werft-Konzept des HDW-Vorstandes streikten am 28.3. 9000 Arbeiter der HDW Hamburg und Kiel. Am 28.3. beschloß der Aufsichtsrat: 4155 Entlassungen, Einstellung des Schiffsneubaus in Hamburg, Lohnsenkungen, Abbau zusätzlicher Leistungen, Akkordverschärfungen und eine „Hebung der Arbeitsmoral“. Am Nachmittag zog eine Delegation von 400 Arbeitern durch die Hamburger Innenstadt zum Hotel „Atlantic“ und protestierte gegen die Konzernleitung, die dort ihre Entscheidung auf einer Pressekonferenz vortrug.

Freizeit bei vollem Lohnausgleich, ab 1.1. 1987 wöchentlich. Die Ausbildungsvergütungen werden nicht erhöht. Die IG CPK hatte Inflationsausgleich und 35-Stundenwoche für über 55-jährige gefordert. Das Ergebnis bedeutet umgerechnet auf zwölf Monate ca. 2,5 Prozent, die Arbeitszeitverkürzung betrifft nur wenige. Da nur die Tarifkommissionen aus Rheinland-Pfalz und Saarland das Ergebnis ablehnten, wird der Abschluß nach der endgültigen Zustimmung des Hauptvorstandes bundesweit inkrafttreten.



Keine Schlageter-Gedenkfeier in Schönau!

Wie jedes Jahr wollen die Faschisten die Schlageter-Gedenkfeier in Schönau durchführen und sie diesmal mit dem 17. Juni verbinden. Großaufmarsch zum 60. Todestag Schlageters – bundesweiter Aufruf zur NPD-Feier – mehrere Tausend Teilnehmer sollen nach Schönau – so die von der NPD veranlaßten Schlagzeilen im „Markgräfler Tageblatt“ im Kreis Lörrach. Der DGB Kreis Lörrach organisiert eine Unterschriftensammlung für das „Verbot der Schlageter-Gedenkfeier“. Die IGM plant eine Gedenkfeier für einen Antifaschisten am selben Tag in Schönau. Das Antifaschismuskomitee führt einen antifaschistischen Kongreß am 17. April in Lörrach durch, um eine Aktionseinheit zu schließen mit dem Ziel, den Faschisten aufmarsch zu verhindern. Dort werden u.a. sprechen der ehemalige Verwaltungsstellenleiter der IGM Lörrach und ein Vertreter der VVN.

GdED: Keine Kürzung der Reisekostensätze

Der Vorstand der Eisenbahnergewerkschaft GdED hat gegen die Absicht des Bundesbahn-Vorstandes, die Reisekostenentschädigung für insgesamt 45000 Beschäftigte des Lok-, Zugbegleit-, Kraftfahr- und Schiffsdienstes um durchschnittlich 20% zu kürzen, scharf protestiert. Der Vorstand der Bundesbahn will die Staffelsätze der Aufwandsvergütung nach dem Reisekostengesetz neu bestimmen. Der Vorstand der Gewerkschaft erklärt mit Recht, daß der unregelmäßige Wechseldienst und der Dienst rund um die Uhr

nicht vergleichbar mit Dienstreisen im üblichen Sinne sind. Nach den geplanten neuen Sätzen soll für die ersten vier Stunden keine Aufwandsentschädigung mehr gezahlt werden. Für die fünfte und sechste Stunde soll eine Minderung um 60 bis 70% eintreten. Die Lohnkürzung beträgt für viele zwischen vier und zehn DM am Tag. Die 45000 Betroffenen gehören dem einfachen und mittleren Dienst an. Der Gewerkschaftsvorstand weist darauf hin, daß die Beamten schon „durch die Haushaltsstrukturgesetze und die Begleitgesetze zum Bundeshaushalt 1983 empfindliche finanzielle Einbußen erleiden“. Zugleich fordert die Gewerkschaft die „längst überfällige Anhebung der Reisekostensätze“.

IG Metall Bochum: Verbot der NPD!

Bochum. Die IG-Metall-Verwaltungsstelle Bochum hat eine Entschließung zum 50. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933 gefaßt. Darin fordert sie das Verbot der NPD und die Schließung der nordrhein-westfälischen Landeszentrale der NPD in Bochum-Wattenscheid. Begründet werden diese Forderungen vor allem mit der ausländerfeindlichen „Ausländer raus“-Hetze der NPD und anderer Neonazi-Organisationen. Die IG Metall ruft zum entschiedenen Kampf gegen die Neonazis auf. Angesichts der Absicht der NPD, am 12. Mai in Bochum ihren Landesparteitag abzuhalten, bekommt diese Entschließung zusätzliche aktuelle Bedeutung.



An dem eintägigen Generalstreik vom 28.3. 1983 nahmen fast alle der 9 Mio. Beschäftigten Argentiniens teil. Aufgerufen hatten die beiden großen Gewerkschaftsverbände. Sie hatten einen vollen Inflationsausgleich der Löhne gefordert. Die Inflationsrate beträgt für März etwa 11%, die derzeitige Jahresinflationsrate beträgt 221%. Um dem Streik zuvorzukommen, hatte die Militärregierung eine allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhung von 12% und eine Anhebung der Grundgehälter um 29% verkündet. Viele Menschen leben im Hungerelend. (Bild: Kostenlose Essensausgabe) Die Gewerkschaften lehnten diese 12%-Erhöhung als zu gering ab. Daraufhin erklärte die Regierung den Streik für illegal und drohte damit, die Streikführer verhaften zu lassen. Obwohl die Regierung für Armee und Polizei eine Ausgangssperre verhängt hatte, setzte sie die Streitkräfte nicht gegen den Streik ein. Seit 1976 sind Streiks und Gewerkschaftsorganisationen auf der Grundlage des Militärrechts verboten.

Geschäftsleitung: „Den VW-Abschluß können wir nicht wegstecken“

Schweinfurt. Viel Mühe machten sich die Vorstandsmitglieder von Fichtel&Sachs auf den Betriebsversammlungen am 23./24. März, ein düsteres Bild der Lage der deutschen Wirtschaft im allgemeinen und des F&S-Konzerns im besonderen zu malen. Mit ihren Ausführungen zur Tarifrunde – „Während VW einen Lohnkostenanteil von 22% hat, haben wir einen von 40%, deshalb kann F&S die 4% unmöglich wegstecken. Die Belegschaft sollte deshalb Ruhe bewahren“ – erreichten die Vorstände den kalkulierten Höhepunkt ihrer Ansprachen.

In der Woche vor den Betriebsversammlungen hatten bis zu 75% der F&S-Beschäftigten an Warnstreiks teilgenommen. Urabstimmung und Streik würden F&S teuer zu stehen kommen. In der Sparte KfZ-Zulieferung herrscht Hochkonjunktur, fast ununterbrochen seit Ende 1981, trotz Kurzarbeit bei einigen der wichtigsten Automobilkonzerne. Seit Januar ist F&S in einigen Kostenstellen im Stoßdämpferbau zur Dreischicht-Produktion übergegangen. An den neuen Federbeinbändern wurde an zwei Sonntagen in zwei Schichten produziert. F&S hat der Konkurrenz, z.B. dem US-Konzern Monroe, Marktanteile abgejagt und rüstet jetzt so ziemlich alle Auto-Konzerne, insbesondere deren neuen Modelle, mit Stoßdämpfern bzw. Federbeinen aus. Bei Kupplungen konnte F&S 1982 den Ausstoß um über 20% steigern bei einer lediglich um ca. 7,5% gesteigerten Produktionszeit. Fast 15% mehr Kupplungen in derselben Arbeitszeit! Seit Februar nehmen hier wieder Zehnstunden-Schichten und Samstagsarbeit zu.

Durch die Produktionsrekorde bei KfZ-Teilen konnte F&S die Einbrüche im Fahrradnabenbau leicht verkraften. Im Fahrradnabenbau hat F&S im September 1982 nach zwei Boomjahren (mit Dreischichtbetrieb, Sonntagsarbeit, neuen Bändern etc.) die Programme um 40–50% zurückgenommen und bis Ende März 1983 zwölf Wochen Kurzarbeit angesetzt. Ab April werden Versetzungen in die anderen Sparten folgen. Im Fahrradnabenbau zahlen die Arbeiter mit Lohnkürzungen und Versetzungen für die Anpassung der aufgebauten Überkapazitäten, in der KfZ-Teile-Produktion wird mit Überarbeit für hervorragende Geschäfte gegopfert.

In Schweinfurt wurde ab September 1980 Einstellungsstopp verhängt, und seitdem wurde die Belegschaft um über

10% abgebaut, ohne nur eine betriebsbedingte Kündigung auszusprechen. Vergleichszahlen 1.9. 1980/1.1. 1983: Gesamt: 10051/8934; davon: Fertiglöhner 4422/3740, G-Löhner 3031/2806, Angestellte 2312/2058. Vom Einstellungsstopp ausgenommen waren nur Auszubildende, Jungarbeiter und Diplomingenieure.

Auf breiter Front rationalisiert F&S Produktion, Verwaltung, Konstruktion durch mit beträchtlicher Umrüstung auf NC-, CNC-Maschinen, neue Bänder, Einsatz von EDV, CAD/CAM usw. 1982 konnte F&S mit 115 Mio. DM ein neues Rekordinvesti-



Endmontage Federbeine – 50% höhere Stückzahlen

tionsvolumen anschlagen, davon 22% im Ausland in neuen Fabriken anlegen.

Seit 1978 hat F&S sieben Auslandswerke aufgemacht, zuletzt 1982 in Kanada und Südafrika. Zusätzlich wird mit F&S-Lizenzproduktion in Jugoslawien (1982) und in der Türkei (1983) gestartet.

Auf den Betriebsversammlungen wurden zehn Diskussionsbeiträge von Arbeitern gehalten. Angegriffen wurden der Wechsel von Kurzarbeit und Überstunden, die Versuche, Arbeitern nach Betriebsunfällen Schonarbeitsplätze zuzuweisen, um die Meldepflicht an die Berufsunfallgenossenschaft zu umgehen.

Gefordert wurde eine Anhebung der elend niedrigen Betriebsrenten für Arbeiter, und daß der Betriebsrat die Ausdehnung von Betriebsurlaub zwecks kostengünstiger Produktionsplanung ablehnen soll. Unter großem Beifall wurde dem Vorstand vorge-rechnet, daß F&S zahlen kann, daß der

VW-Abschluß für einen F&S-Akkordarbeiter mit 12,60 DM Stundenlohn erneut Lohnsenkung bedeutet, und daß also keine Veranlassung zur Ruhe besteht.

Die Reden der Betriebsräte waren eher verhalten. Spürbar war ihre Hoffnung, mit Verbesserung der Beschäftigungslage mehr für die Belegschaft herauszuholen zu können. Bereits vor einem Jahr wurde z.B. eine neue Betriebsvereinbarung zum MTM-Akkord gefordert, mit Erhöhung der Akkordlöhne, Einführung von Erholungspausen, Prämienentlohnung an modernen Maschinen mit größeren unbeeinflussbaren Zeiten. Diesmal wurden die Forderungen nur wiederholt, nachdem das Projekt „neue Betriebsvereinbarung“ wegen Kurzarbeit erst einmal zurückgestellt wurde.

Viel Unterstützung erhielt der Betriebsrat, wenn konkrete Forderungen benannt wurden, z.B. „Ablehnung geplanter Verlagerung, stattdessen Neubau“. Oder als der Betriebsratsvorsitzende in Bezug auf die Arbeitsbedingungen in der Schmiede erklärte, daß der Bischof bei seiner kürzlichen Besichtigung sich wohl vorgekommen sei, als würde er die Vorstufe zur Hölle betreten.

Billigflaggen

Husumer Gericht hilft griechischem Reeder

Hamburg. Am 6.1.83 waren 26 philippinische Seeleute auf dem 15240 Brutto-Register-Tonnen (BRT) großen Frachter „Glaiki“ in Brunsbüttel in den Streik getreten. Sie forderten eine Heuernachzahlung von 250000 US-Dollar und den Abschluß eines Tarifvertrages nach den Richtlinien der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF). Die „Glaiki“ gehört einem griechischen Reeder, fährt unter Panama-Flagge mit einer philippinischen Mannschaft und ist von der UdSSR gechartert. Einige Tage nach Streikbeginn setzen der philippinische Botschafter und ein Regierungsvertreter die Seeleute massiv unter Druck. Ihnen und ihren Familien wird mit Strafe und Gefängnis gedroht. Außerdem soll ihnen bei Streikerfolg das Geld wieder abgenommen werden. Sie streiken jedoch weiter, unterstützt von ITF und ÖTV.

Per Gerichtsbeschuß will die Reederei feststellen lassen, daß der Streik rechtswidrig ist. Sie verklagt Seeleute, ITF und ÖTV auf Schadenersatz. Außerdem sollen die Seeleute das Schiff verlassen, nach Hause transportiert und eine neue Mannschaft angeheuert werden.

Obwohl nach nationalem und internationalem Brauch nicht üblich, daß Gerichte in Rechtssachen entscheiden, die ausländisches Recht zur Grundlage haben (hier philippinisches Arbeitsrecht und panamaisches Flaggenrecht), entscheidet das Husumer Arbeitsgericht für den Reeder. Er darf eine neue Mannschaft an Bord bringen, die alte kann an Bord bleiben oder in die Heimat zurückkehren. Unerheblich war für das Gericht, „daß im vorliegenden Fall die Entscheidung der Kammer bedeuten kann, daß der Streik der Antragsgegner (die Seeleute) in erheblichem Umfang seine entscheidende Wirkung verlieren kann“. Dagegen: „Auf jeden Fall war für das Gericht ohne jeden Zweifel höherrangig und ausschlaggebend ..., daß durch Streikmaßnahmen der Eigentümer und der Arbeitgeber nicht gehindert sein

dürfen, mit Arbeitswilligen den Betrieb fortzuführen“.

ITF und ÖTV konnten nur erreichen, daß die Seeleute ihre Seefahrtsbücher (Paßersatz) sowie Schutzbrieve und ihr restliches Geld erhielten. Um zu verhindern, daß eine neue Mannschaft an Bord kommt, besetzten mehrere ÖTV-Mitglieder zur Unterstützung der Streikenden das Schiff. Der ÖTV-Hauptvorstand bläst die Aktion jedoch ab. Damit ist der Streik beendet. Die neue Mannschaft kommt an Bord, und das Schiff läuft am 20.2. aus. Die Streikenden werden in Manila von ITF-Vertretern empfangen. Die ÖTV will gegen das Urteil in Berufung gehen. Vorerst wird es jedoch Auswirkungen auf Arbeitskämpfe auf Billigflagenschiffen haben.

Quellenhinweis: Sämtliche Zitate aus der Urteilsbegründung; Nachrichtendienst des BWK

Betriebsrat und Geschäftsleitung. Abbau von Überstunden muß mit Erhöhung der Personalstärke einhergehen. Gegenstand dieser Betriebsvereinbarung ist auch nicht der von der Geschäftsleitung des öfteren behauptete Satz, die Kollegen würden gerne Überstunden machen. Überstunden entstehen aus einer finanziellen Zwangslage, häufig genug aus dem Grund, den normalen Lebensstandard überhaupt halten zu können. Nur deshalb ‚wollen‘ Kollegen Überstunden machen.

Dies vorausgesetzt, verhandelt der Betriebsrat über folgende Grundsätze:

1.) Für alle Schichten und Arbeitsgruppen werden Mindestschichtbesetzungen vereinbart und eine Personalreservequote festgelegt. Die Geschäftsleitung verpflichtet sich, die Mindestschichtbesetzung einzuhalten. Der Betriebsrat genehmigt Überstunden, um die Mindestschichtbesetzung zu gewährleisten. Wird in Notfällen die Mindestschichtbesetzung nicht erreicht, muß die Produktion auf das Nötigste beschränkt werden.

2.) Kann die Mindestschichtbesetzung nur mit einer zu hohen Zahl von Überstunden (Grenze muß noch bestimmt werden) gewährleistet werden, muß mit dem Betriebsrat über Einstellungen verhandelt werden ...

3.) Umsetzungen von einer Schicht auf eine andere bedürfen der Zustimmung des Betriebsrats.

4.) Betriebsrat und Geschäftsleitung legen eine Reihe von Reparaturarbeiten fest, die durch Überstunden gemacht werden können. Der Einsatz von Fremdfirmen wird mit dem Betriebsrat vereinbart.

5.) Nach Nachtschichten sollen keine Überstunden gemacht werden ...

6.) Zur Kontrolle der vereinbarten Punkte wird eine monatliche Statistik geführt.

Hamburger Aluminium Werk

Betriebsrat in Auseinandersetzung um Einhaltung des Achtstundentages

Hamburg. Ein Jahr lang bereits führt der Betriebsrat des Hamburger Aluminium Werks (HAW) eine Auseinandersetzung um die Einschränkung der Überstunden (siehe Politische Berichte Nr. 1/83, Seite 22). Die zuletzt vom Betriebsrat entwickelte Taktik zeigte bereits erste Erfolge. Der Betriebsrat knüpfte Bedingungen an die Genehmigung von Überstunden. Vor allem verlangte er bessere Bezahlung und Freizeitregelungen. Diese Taktik könnte jetzt ihre Wirkung voll entfalten, da ein Hamburger Arbeitsgericht auf Antrag des Betriebsrats die Geschäftsführung verurteilt hat, in Zukunft Überstunden ohne Genehmigung des Betriebsrats nicht mehr machen zu lassen. Ansonsten wird ein Bußgeld bis zu 20000 DM angedroht.

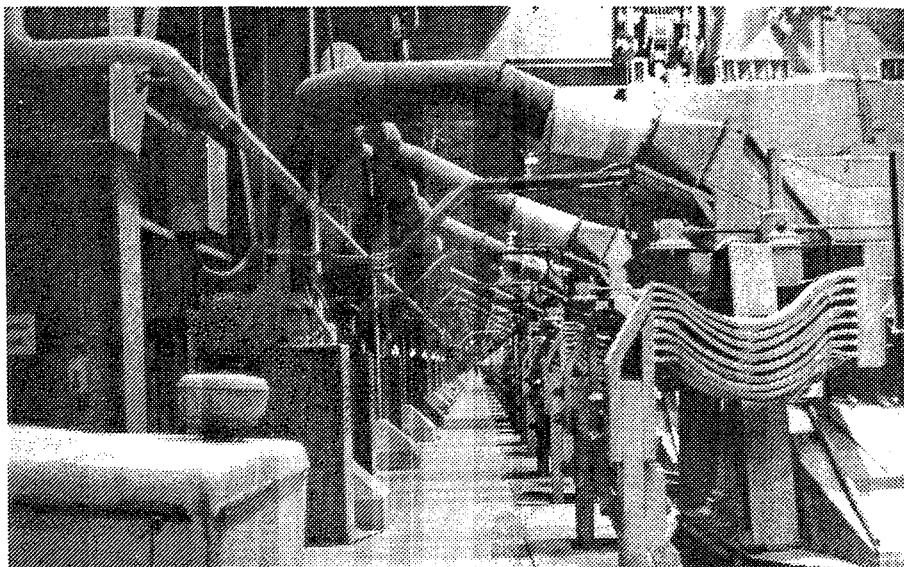
Im Gegenzug hat die Geschäftsführung jetzt eine Einigungsstelle zur Regelung der Überstunden angerufen. Sie will den Betriebsrat in dieser Einigungsstelle zwingen, die Zustimmung zu bestimmten, immer wiederkehrenden Fällen von Überstunden in einer Betriebsvereinbarung festzuschreiben. Der Betriebsrat, der diese Einigungsstelle nicht will, wird sie nicht verhindern können, da das Betriebsverfassungsgesetz diese Schlichtungsstelle zwingend vorsieht, wenn eine der beiden Seiten sie anruft.

Auf einer Betriebsversammlung hat jetzt der Betriebsrat seine Verhandlungsposition für die Einigungsstelle erläutert. Im folgenden Auszüge aus einer Betriebsrats-Information:

„Bei der Behandlung der Überstundenfrage geht der Betriebsrat davon

aus, daß die Einhaltung des Achtstunden-Normalarbeitstages angestrebt werden muß. Da der Achtstunden-Normalarbeitstag durch Schichtarbeit, speziell durch Kontischichtarbeit, bereits durchbrochen ist, bedeuten Überstunden eine nochmal größere Belastung. Sollten deshalb Überstunden zur Aufrechterhaltung der kontinuierlich betriebenen Produktion nötig werden, muß die Geschäftsführung diese Tatsachen anerkennen.

Der Abbau der Überstunden darf aber nicht wie bisher zur Verdichtung des Arbeitstages führen, wodurch Belastungen nicht abgebaut, sondern erhöht werden. In diesem Weg gibt es keinerlei Übereinstimmung zwischen



90 Elektrolyseöfen in einer 600 m langen Halle. Von drei auf zwei Ofenarbeiter hat HAW rationalisiert. Zeitweilig ist sogar nur ein Ofenmann da.

7.) In der Haupturlaubszeit sollen Fehlquoten nur durch einen bestimmten Prozentsatz an Überstunden ausgeglichen werden. Ansonsten müssen Aushilfen eingestellt werden.

8.) Die Betriebsvereinbarung hat ein Jahr Laufzeit. Nach diesem Zeitpunkt ist das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats in vollem Umfang wiederhergestellt.“

Der Versuch des Betriebsrats, die Einhaltung des Achtstundentages anzustreben und den Kapitalisten gleichzeitig Grenzen bei der Intensivierung des Arbeitstages zu ziehen, ist von folgenden Schwierigkeiten begleitet:

- die Lohnsenkungen der letzten drei Jahre führen, besonders in den unteren Lohngruppen, zu einem sich spürbar verschärfenden Zwang, durch Überstunden die Lebenshaltungskosten decken zu müssen;
- die Politik der Gewerkschaften zur 35-Stundenwoche läßt diesen Gesichtspunkt fast völlig außer acht, und
- die gegenwärtige Rechtsprechung höhlt die Mitbestimmungspositionen des Betriebsrates aus.

„Rheinische Post“ Belegschaft kämpft gegen Entlassungen

Düsseldorf. Seit über einem Jahr kämpfen die Belegschaft und der Betriebsrat der „Rheinischen Post“ gegen die Massenentlassung von 72 Beschäftigten. Bereits in den vergangenen eineinhalb Jahren hat die Geschäftsleitung rund 125 einzelne Beschäftigte entlassen. Gleichzeitig stellt sie jetzt 55 Mio. DM für die Installation neuer Technik in der Produktion bereit.

Ursprünglich wollte die Geschäftsleitung über 90 entlassen mit der Begründung, daß der Druckauftrag des „Handelsblattes“ in eine Frankfurter Druckerei abgezogen wurde. Der Betriebsrat stellte durch genaue Untersuchung des Arbeitsablaufs und der Arbeitszeiten fest, daß tatsächlich das Arbeitsvolumen für das „Handelsblatt“ der Tätigkeit von 72 Beschäftigten entspricht. Soll keiner entlassen werden, so könnte bei gleichbleibender Arbeitsintensität die Arbeit im Betrieb in 37 statt in 40 Wochenstunden erledigt werden. Sowie so streben die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte die Verkürzung der Wochenarbeitszeit an, um die ständig gestiegene Vernutzung der Arbeitskraft auszugleichen.

Der Betriebsrat trat in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung über das Angebot, die Arbeitszeit auf 37 Wochenstunden zu verkürzen bei Weiterzahlung des bisherigen Tariflohns für 40 Wochenstunden und entsprechen-

der Lohnkürzung bei den übertariflichen Zulagen. Die Geschäftsleitung wollte Kürzungen beim Tariflohn. Als der Betriebsrat widerstand, ließ sie die Verhandlungen platzen und erreichte vor der Einigungsstelle gegen die Stimmen des Betriebsrats und mit der Stimme des Vorsitzenden, eines Beamten aus dem Hause des Arbeitsministeriums Farthmann, einen abgestuften Sozialplan, nach dem sich bis Ende März Beschäftigte „freiwillig“ zur Entlassung melden konnten bei erhöhter Abfindung, danach gelten die üblichen Sätze für Abfindungen bei Sozialplänen und die Geschäftsleitung wählt aus.

Um den Widerstand der Belegschaft endgültig zu brechen, will die Geschäftsleitung jetzt den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Klaus Dohne feuern und hat gleichzeitig den Belegschaftsmitgliedern, die aus Protest dagegen die Arbeit niederlegten, per einstweiliger Verfügung Gefängnis bzw. Geldstrafen angedroht (siehe Pol. Berichte 6/83). Die Verhandlung des Arbeitsgerichts Düsseldorf über den Entlassungsantrag gegen Klaus Dohne soll am 7. Mai stattfinden. Der Landesbezirksvorstand NRW der IG Druck und Papier hat jetzt nach dringender Aufforderung von Gewerkschaftsmitgliedern ein Flugblatt an die Vertrauensleute verschickt und ruft zu einer Demonstration und Kundgebung am Prozeßtermin auf. Der Ortsvorstand der IG Druck und Papier wird eine neue Zeitung der Gewerkschaftsmitglieder bei der „Rheinischen Post“ herausgeben.

KKW Wyhl Späths „Vor-Ort- Gespräch“ in Wyhl

Freiburg. Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth ließ sich am 25.03.83 vom Hubschrauber vor der Wyhler Turnhalle absetzen – zu einer „Arbeitsbesprechung mit den örtlichen Mandatsträgern“ über das Kernkraftwerk Wyhl. Geplant war das ganze als vertrauliche Mausechlei: die Visite wurde erst zwei Tage zuvor bekanntgegeben, noch nicht einmal alle Gemeinden waren eingeladen worden, die SPD-Bundestagsabgeordneten des Kreises hatte man „vergessen“, und die Presse wurde ausgeschlossen.

Aus der Vertraulichkeit ist nichts geworden. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und der Sender Dreiecksland mobilisierten schon vor der offiziellen Bekanntgabe des Besuchs zu einer Demonstration. Mehrere Hundert kamen, rund 100 Traktoren fuhren auf. Die Gemeinden Riegel, Kenzingen, Bahlingen wurden auf-



Die Bürgerinitiative Bahlingen sammelte am Wahlsonntag vor den Wahllokalen Unterschriften gegen die Teilerrichtungs-genehmigung.

grund ihres Protestes dann doch zugelassen. Die Gemeinderäte konnten zu Beginn der Besprechung die Presseöffentlichkeit durchsetzen.

„Konzilient, aber unbeirrt auf Kurs“ wertete die „Badische Zeitung“ Späths Auftritt. Der teilte mit, er werde das KKW Wyhl bauen („ich als Rechtsstaat“) und im übrigen gehe man eh nicht davon aus, die Kaiserstühler je vom Wohl eines KKW's Wyhl zu überzeugen.

Späth hatte vor: hinter verschlossenen Türen den Kaiserstühler Gemeinderäten unter Hinweis auf ihre Verpflichtung zur „Rechtsstaatlichkeit“ das Kuschen nahelegen. Wir möchten festhalten, daß dies nicht gelungen ist. Es waren rund 200 Gemeinderäte und Bürgermeister da. Kein einziger hat für das KKW Wyhl geredet. Alle Redner lehnten den Bau ausdrücklich ab.

Damit dürfte doch etwas klargestellt sein: Späth kann das Bundestagswahlergebnis mit 45% *nicht* als eine Volksabstimmung für ein KKW ausgeben. Dagegen sprach schon der Stimmenrutsch aus dem bürgerlichen Lager in das der Grünen (die Grünen legten am Kaiserstuhl durchschnittlich um 5,8% auf einen Stimmenteil von 13,8% zu; die SPD verlor gegenüber 1980 3,1%, die FDP 5%) und das Ergebnis der Unterschriftensammlung gegen die Änderungsgenehmigung zum KKW (43818 Unterschriften in ca. drei Wochen).

Späth hat nach dem Wyhl-Besuch erklärt, vor der Landtagswahl (1984) „klare Entscheidungen treffen zu wollen, „damit jeder wisse, woran er sei, wenn er die CDU wähle“. Man muß sich schon klar sein: *dann* wäre eine Stimmabgabe von 45% für die CDU *schon* ein politischer Freibrief für ein KKW Wyhl.

Kultusminister: Eine kämpfende Arbeiterbewegung habe es nicht gegeben!

Kiel. Anlässlich des 50. Jahrestages der sogenannten „Machtergreifung Hitlers“ hat Schleswig-Holsteins Kultusminister Bendixen über das Institut für Theorie und Praxis der Schule (IPTS) einen Wegweiser für „Unterrichten über Nationalsozialismus“ herausgegeben. Zu sieben verschiedenen Themen werden den Lehrern Unterrichtsvorschläge an die Hand gegeben.

Eine Methode der Geschichtsschreibung und der Ausbildung der Jugend durch die Bourgeoisie ist das Verbreiten von Halbwahrheiten, das Verschweigen von Tatsachen und die Lüge. So ist es auch bei dieser „Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus“. Da wird die Arbeiterbewegung, die bis in die Zeit des Faschismus heftige Kämpfe führte, die aktiven Widerstand leistete, während Parteien (KPD und SPD) und Gewerkschaften verboten und zerschlagen wurden, nicht erwähnt. Doch genauer zu einigen Punkten.

1. Daß Hitler „an die Macht kam“, konnte deshalb passieren, weil sich die demokratischen Parteien der Weimarer Republik zerfleischen, und eigentlich war es wohl ein undurchschaubares Hin und Her zwischen Brüning, Hindenburg, von Papen, Schleicher und Hitler. Das müssen die Schüler zumindest aus den vorgeschriebenen Zeitungsausschnitten erkennen. Einige Wahlstatistiken dazu, damit hat es sich. Daß die Kapitalistenverbände es waren, die die NSDAP u.a. mit 3 Mio. Mark Wahlkampfspende unterstützten, die Hindenburg in einem Brief aufforderten, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen und die ihn insgesamt nach sinkenden Wahlerfolgen an die Macht hievten – kein Wort davon.

2. Zur Wirtschafts- und Sozialpolitik wird ausgeführt, daß sie zur Gewinnung der Arbeiterschaft für jenes System diene, „einen entscheidenden Beitrag zur totalen Machtgewinnung Hitlers leistete ...“, bzw. der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung diene. Die Schüler sollen die sogenannten Sozialeinrichtungen (Deutsche Arbeitsfront, Kraft durch Freude etc.) nicht als etwas Positives ansehen, sondern den Zweck untersuchen, der damit verfolgt wurde („... Weg frei machte für die Rüstungs- und Lebensraumpolitik der Nationalsozialisten“). Es wird jedoch nicht mit einem Wort erwähnt, daß die Gewerkschaften am 2. Mai

1933 zerschlagen, die Kassen beschlagnahmt, die Führer verhaftet und die Arbeiter zwangsweise in die Deutsche Arbeitsfront, in eine Organisation mit den Kapitalisten, gesteckt wurden.

3. Im fünften Kapitel (Gewaltherrschaft im NS-Staat – Unterdrückung und Verfolgung der Juden), wo man meinen könnte, hier könnte noch etwas von der Entrechtung der Arbeiter und der Zerschlagung ihrer Organisationen stehen – wieder nichts. Stattdessen wird herausgestellt, daß „Hitler den Antisemitismus zum zentralen Anliegen der NS-Anschauung und seines Parteiprogrammes gemacht hat“. Das ist einseitig und verschleiert das Wesen des Faschismus.



Beerdigung zweier Landarbeiter im Juli 1932. Die beiden 19- und 40 Jahre alten Gewerkschaftler waren von SA-Leuten eine Woche zuvor umgebracht worden. Die braunen Horden hatten das Gewerkschaftshaus in Korby/Eckernförde überfallen, als dort eine Konferenz der Landarbeiter tagte. Tausende von Trauergästen, vorwiegend SPD- und KPD-Mitglieder, nahmen an der Beerdigung teil.

Die Nazis haben ihre Propaganda stets und vorwiegend gegen „die Bolschewisierung“ ausgerichtet und die Juden häufig mit dem „Bolschewismus“ zusammengeannt (Bolschewismus gleich Sieg des Judentums). Was den Faschismus ausmacht, ist auch nicht der Antisemitismus, sondern die totale Entrechtung und Niederhaltung der arbeitenden Menschen. So haben die Kapitalisten, z.B. Krupp, IG Farben, neue Fabriken neben KZ's errichtet, um die KZ-Häftlinge noch bis zum Tode für ihren Profit arbeiten zu lassen, um sie hernach wegzuerwerfen. Das entspricht wahrscheinlich den schönsten und kühnsten Träumen des Kapitals und Hitler mit seiner Partei war der Mann, der diese Träume für eine Weile Wahrheit werden ließ.

4. Unter „Widerstand im NS-Staat“ wird die KPD überhaupt nicht erwähnt. Viele Kommunisten wurden in den ersten Monaten verhaftet, ermordet oder waren einfach „verschwunden“. Stattdessen wird den Schülern natürlich die Kirche, zuerst evangelisch, dann katholisch, außerdem SPD, Weiße Rose und Gewerkschaften (aber nur kurz) vorgestellt.

Ausführlich wird der Widerstand des 20. Juli 1944 ausgebreitet. Diesen sollen die Schüler als „ernsthaften und erfolgversprechenden“ Versuch zum Sturz Hitlers anerkennen. Nach Ansicht der Autoren hatten nur Kreise des Militärs „eine reelle Chance, Hitler nach Ausbruch des Krieges zu stürzen“. Dieses passierte erst so spät, weil die Generäle erst noch ihre Skrupel loswerden mußten und weil erst im vierten und fünften Kriegsjahr die Niederlage absehbar wurde und „– damit verbunden – die Notwendigkeit des Widerstandes, eine Veränderung herbeizuführen“!

Das heißt, nur weil der Krieg verloren ging, wurde Widerstand nötig. Tatsächlich sahen Teile der Generalität und der Kapitalisten keine Möglichkeit mehr, mit Hitler zum großen Deutschen Reich zu kommen bzw. den Krieg zu gewinnen und wollten ihn deshalb beseitigen.

Die Lehren aus allem: Die FdGO ist die Beste!

Bendixen: „darüberhinaus wächst aus der Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus die Einsicht in die Verteidigungswürdigkeit und -notwendigkeit des freiheitlichen, demokratischen Rechts- und Sozialstaates Bundesrepublik Deutschland.“ Die BRD sieht sich selbst als Nachfolgerin des Dritten Reiches.

Heimatliebe und Nationales an den Schulen

An den schleswig-holsteinischen Schulen sollen Heimatliebe und nationales Bewußtsein gestärkt werden. Der derzeitige Ministerpräsident Dr. Dr. U. Barschel gab 1974, damals noch CDU-Fraktionsvorsitzender, seine „Thesen zur Bildungspolitik“ heraus: „Die politischen Verhältnisse im Land müssen sich in der Personalpolitik widerspiegeln ... Der Extremistenerlaß ist gerechtfertigt. In der Beförderungspraxis muß sichtbar werden – und zwar geräuschlos – daß unsere Regierung CDU-Freunde am ehesten für geeignet hält, CDU-Politik zu verwirklichen. Die Schulaufsicht muß den politischen Willen der Regierung vollstrecken. Dieser Wille darf nicht nur zu errahnen sein.“

Deutlich vollstreckt Kultusminister Bendixen diesen politischen Willen der Regierung. So sollen in der Grundschule mindestens zwölf Volkslieder gelernt werden, acht davon sind zwingend vorgeschrieben, darunter das Deutschland- und das Schleswig-Holstein-Lied. Es soll u.a. „im Sinne der Überlieferung gemeinsames Kulturgut ...“ mehr auswendig gelernt werden. Der Geschichtsunterricht für die Klasse 9 der Hauptschule wird auf die Zeit nach 1945 beschränkt, das ist schon mehr als genug. Die Heimatkunde wird ausgeweitet, damit die Geschichte Schleswig-Holsteins bekannt wird, z.B. Wikingerzeit, Hanse, nationale Bewegung im 19. Jh., Abstimmung 1920 (Grenzziehung zu Dänemark). „Erdkunde“ müsse mehr an geographische Räume gebunden sein. Schleswig-Holstein müsse man den Kindern „näherbringen ... als etwa Nicaragua. Kenntnisse über Länder der Dritten Welt ... seien erwünscht ... Vorher aber mußten die Kinder wissen, wo Elbe und Weichsel fließen ...“

Um dies zu fördern, sollen vermehrt Schulfahrten in die DDR organisiert werden. Der direkte Draht zum faschistischen Regime in der Türkei wird hergestellt, indem z.B. Flensburger PH-Studenten ein Praktikum in der Türkei ableisten können. Begleitend wird ein Forschungsprojekt des Sozialministeriums durchgeführt, um Aufschluß zu erhalten über „Probleme der Wiedereingliederung türkischer Kinder und Jugendlicher in der Türkei“.

CDU-Familienpolitik Wenn nicht die eigene, Hauptsache Familie

Hannover. Die CDU unternimmt den zweiten Vorstoß, die einzige städtische Krippe und Krabbelstube mit 36 Plätzen zu schließen. In einem Antrag an den Jugendwohlfahrtsausschuß (JWA) heißt es: Die Stadt möge überprüfen, ob die dort betreuten Kinder nicht anderweitig untergebracht werden könnten; ihre Vorschläge: „Sozialzuschlag“ für Mütter, die zu Hause bleiben (in der Art des Erziehungsgeldes) und Verhandlungen der Stadt mit dem Verein Tagesmütter, um Tagespflegestellen zu finden. Herr Reymann, der für die CDU-Fraktion diesen Antrag eingebracht hat, begründete ihn damit, daß überhaupt nicht einzusehen sei, daß soviel Geld für eine nicht zu vertretende Sache ausgegeben wird, außerdem müßte man auch der biologischen Aufgabe der Frau mehr Geltung verschaffen. So ganz allein steht er mit seinen Auffassungen leider nicht.

Im „Fachprogramm Kindertagesstätten“ der Stadt Hannover (SPD regiert) von 1979 heißt es: „Kleinstkinder im Alter bis zu eineinhalb Jahren sind am besten in der Familie aufgehoben ... Diese Platzzahl (98 damals, Verf.) soll nicht weiter ausgebaut werden, da sich als Alternative Tagespflegestellen anbieten.“ Für die Krabbelkinder wird ein „Bedarf“ von 15% der eineinhalb- bis dreijährigen angenommen, das wären ca. 900 Plätze.

Die Landesregierung formuliert in ihrem „Familienpolitischen Programm“ vom Juni 1981: „Die Landesregierung unterstützt mit Nachdruck die Auffassung, daß Kleinstkinder die direkte Zuwendung der Eltern, insbesondere der Mutter, benötigen ... Die Betreuung in einer Krippeneinrichtung sollte daher nur erfolgen, wenn sie aus zwingenden Gründen in der eigenen Familie nicht möglich ist oder eine geeignete Tagespflegestelle nicht gefunden wird ...“

110 Plätze für Säuglinge (0 bis 1½ Jahre) und 590 Plätze für Kleinstkinder (1½ bis 3 Jahre) stehen in Hannover zur Verfügung, wobei ein nicht unbeträchtlicher Teil zu den Betriebskindergärten der Krankenhäuser gehört, also nicht allgemein zur Verfügung steht. Ca. 40% der Frauen in Hannover sind erwerbstätig; ca. 12000 Kinder gibt es bis zu drei Jahren. 1980 und 1981 gab es Wartelisten für die eineinhalb- bis dreijährigen von je rund 450, obwohl viele abgewiesen wurden, weil die Chancen, einen Platz zu bekommen, aussichtslos waren. Heute sind die Wartelisten auf 270 geschrumpft – wegen der drastischen Beitragserhö-

hung von 140 auf 320 DM im August letzten Jahres.

Die Elternvertreter von bisher drei Krippen haben anläßlich einer „Grundsatzdiskussion“ über „Fremderziehung von Kindern unter drei Jahren“ im JWA eine Stellungnahme verfaßt, in der es u.a. heißt: „Wir sind der Auffassung, daß nur die Erfahrungen der Eltern mit der Krippen-/Krabbelstubenerziehung das entscheidende Kriterium für alle diese Einrichtungen betreffenden Beschlüsse sein können ... Wir Eltern hatten – bevor wir un-



Fasching in der Kinderkrippe

sere eigenen Erfahrungen machen konnten – fast alle auch die gängigen Vorurteile im Kopf. – Heute haben wir unser schlechtes Gewissen abgelegt, da sich die gemeinschaftliche Erziehung ... als wünschenswerte Ergänzung zur Familienerziehung herausstellt ... Die wesentlichen Vorteile ... der soziale Kontakt zu anderen Kindern, ... zu anderen Erwachsenen ... soziale Verhaltensregeln erlernen Kinder spielend ... Nicht zuletzt lernen auch die Eltern über den Austausch mit den Erziehern ...“

Atomkriegsgegner Dritter Medizinischer Kongreß

München. Am 23. und 24. April wird in München der „3. Medizinische Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges“ durchgeführt, getragen von zahlreichen Ärzteinitiativen aus der ganzen BRD. Initiativen der Beschäftigten im Gesundheitswesen sind zur Teilnahme aufgefordert. Es werden Arbeitskreise eingerichtet, z.B. zum Themenkreis „Notstandsgesetze im Gesundheitswesen, Katastrophenmedizin“. Mit Unterthemen wie „Rüstung und Dritte Welt“ und „Geschichte des Sozialab-

baus“ ist ein anderer Themenkreis „Sozialabbau und Rüstungskonversion“ geplant.

Seit dem NATO-Raketenbeschluß macht die Reaktion in der BRD gewaltige Anstrengungen, durch Gesundheitsschutzgesetz und Ausbildung in sog. Katastrophenmedizin das gesamte Gesundheitswesen für ihre Kriegsvorbereitungen herzurichten und unter Militärkontrolle zu stellen.

Dagegen wehren sich in zahlreichen Initiativen Beschäftigte im Gesundheitswesen, teilweise auf Betriebsebene oder nach Städten oder als Ärzte zusammengesgeschlossen. Es gibt vielfältige Aktivitäten:

Störung von Katastrophenschutzübungen, Aufklärungskampagnen anhand von Filmen und Dokumenten über Hiroshima zu den Auswirkungen eines Atomkrieges. Abhaltung eigener „Übungen“, bei denen ein als Arzt Verkleideter unter am Boden liegenden Initiativmitgliedern diejenigen herausortet, die behandlungswert sind, weil fronttauglich, und die Behandlungsunwerten; sogenannten Triage bei den Katastrophenschutzübungen. Es werden Unterschriften gesammelt zur Verweigerung der Ausbildung in Kriegsmedizin.

Für 1983 ist unter Ärzten eine Kampagne für einen Teilboykott des Ärztekammerbeitrags gestartet worden. „Diese Summe werde ich auf ein Sonderkonto zahlen, womit der Beschluß des Deutschen Ärztetages 1982, die „Bevölkerung über die Folgen ... der atomaren, chemischen und bakteriologischen Massenvernichtungsmittel rückhaltslos aufzuklären“, möglich gemacht werden soll, da die Bundesärztekammer ihrer ... Aufgabe bisher nicht nachgekommen ist“, – heißt es in der Erklärung an die Ärztekammer dazu.

Es ist dem Kongreß zu wünschen, daß er die Zusammenarbeit der vielen Initiativen im Gesundheitswesen und die Verbindung zu den Gewerkschaften stärkt.

Westberlin

Ausführungsvorschriften zur Zwangsarbeit

Westberlin. Die allgemeine Bestimmung im Bundessozialhilfegesetz, nach der „jeder Hilfesuchende seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einsetzen“ muß, hat der CDU-Senat jetzt umgesetzt in Ausführungsvorschriften für die Heranziehung zur Zwangsarbeit.

Als Begründung für den Zeitpunkt dieser Maßnahme führt der Senat in den „Ausführungsvorschriften über die Schaffung von Arbeitsgelegenhei-

ten“ die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit an. Es geht ausdrücklich um Personen im erwerbsfähigen Alter und es geht ihnen ausdrücklich insbesondere um die jüngeren Jahrgänge. Die Wahlversprechen der CDU, sich um den Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu bemühen, sind also keine leeren Versprechungen. Die CDU bemüht sich tatkräftig um die zwangsweise Zuführung zur Arbeit. Bezüglich des Personenkreises ist in dem Entwurf die Rede von „arbeitsfähigen Hilfesuchenden, die auf dem freien Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden können“, sowie von „Hilfesuchenden, die wieder an Arbeit gewöhnt werden sollen oder deren Arbeitsbereitschaft geprüft werden soll“.

Der für den Wedding zuständige CDU-Stadtrat hält folgendes für wichtig: „Neben diesen allgemeinen Gesichtspunkten, die insbesondere für die zunehmende Zahl jüngerer Hilfesuchender von Bedeutung sind, stellt die angebotene Tätigkeit für Ausländer speziell aus fremden Kulturkreisen eine erste Möglichkeit dar, sich mit anderen Lebens- und Arbeitsverhältnissen vertraut zu machen und sie zu befähigen, künftig von Sozialhilfe unabhängig zu werden. Derartige Beschäftigungen beugen gleichzeitig Konflikten unter den zumeist in Gemeinschaftsunterkünften lebenden jungen Männern vor.“

Auch die weiteren Bestimmungen und Interpretationen weisen keine qualitativen Unterschiede zu den Bestimmungen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes der Nazis auf. Nichterscheinen zur zugewiesenen Beschäftigung führt zur Kürzung der Sozialhilfe auf zunächst 70%, im Wiederholungsfalle zu deren völliger Streichung. Behauptete Arbeitsunfähigkeit führt zur Zuweisung zum Amtsarzt. Die Zwangsarbeiter sollen mit drei DM pro Stunde abgegolten werden, die asylsuchenden Ausländer mit entsprechend weniger.

Mit einigen Sozialhilfeempfängern und vor allem mit Asylsuchenden wird dies in Westberlin bereits seit einer geraumen Zeit praktiziert. Die neuen Vorschriften allerdings zielen auf eine Anwendung im großen Stil. Die Springer-Presse spricht vom bevorstehenden Einsatz mehrerer tausend Arbeitskräfte. Zudem sind die Einsatzorte erweitert worden auf fast alle öffentlichen Einrichtungen bis hin zu den Krankenhäusern. Offenbar sollen gerade die jugendlichen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger einer solchen Verwendung zugeführt werden. Als Ersatz für einen Ausbildungsplatz erhält der Jugendliche dann die Möglichkeit der „Gewöhnung an Arbeit“. Damit ist das Recht auf freie Berufswahl praktisch eliminiert und nahezu alle gewerkschaftlichen Freiheiten sind bedroht.

Katholische Kirche Gegen Schwangerschaftskonfliktzentrum

Essen. Mitte März ist das Beratungszentrum für Familienplanung, Schwangerschaftskonflikte und Sexualprobleme der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Essen eröffnet worden. Es wird durch die Landesregierung mit 900 000 DM unterstützt. Seit etwa fünf Jahren kämpft die katholische Kirche, mit Bischof Hengsbach und CDU-MdB Hoffacker an der Spitze, gegen dieses Zentrum. Der Höhepunkt ihrer Kampagne war eine Demonstration im März 1981, zu der aus ganz NRW 20 000 Katholiken angekart wurden. Es bestehe kein Bedarf für das Schwangerschaftskonfliktzentrum, das Konzept sei nicht verfassungskonform und stelle eine Provokation dar, da „das Leben unantastbar sei“, und dort in einer angegliederten Arztpraxis direkt Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden sollten.

Es bestehe kein Bedarf, da das Bistum mit elf Beratungsstellen genügend Hilfe anbiete. Nach einer eigenen Erhebung des Bistums geben 76% der zu den Beratungsstellen kommenden Frauen als Grund finanzielle Not an. Die Beratungsstellen setzen die Frauen mit dem Argument, daß jeder Schwangerschaftsabbruch Mord sei, so unter Druck, daß 64% der Frauen dazu gebracht werden konnten, das Kind zur Welt zu bringen. Die Folgerung der Kirche: Finanzielle Not ist kein Grund für Abtreibung. An dem Elend der betroffenen Familien ändert sich nichts, auch wenn alte Babywäsche geschenkt oder 100 DM als „Übergangshilfe“ gewährt wird. Darüberhinaus sollen in besonders schwierigen Fällen die Frauen verstärkt zur Einsicht gebracht werden, das Kind zur Adoption freizugeben, so der Diözesanvorsitzende und CDU-MdB Hoffacker. Das Bistum unterhält inzwischen vier Adoptionsvermittlungstellen.

Ein Recht auf Abtreibung, von dem die AWO ausgehe, gäbe es nicht. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Februar 1975 habe eindeutig festgelegt, daß jede Beratung dem Ziel dienen muß, die Frau zu bestärken, das Kind auszutragen. Der Diözesanrat des Bistums Essen will sich mit der bestehenden Rechtslage nicht zufrieden geben.

Es wird daraufhingearbeitet, daß die Krankenkassen Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr zahlen: Die „Abtreibungsversicherung“ sei ein Verstoß gegen den Versicherungsgedanken. „Frühzeitige Vorsorge verhindere Abbrüche“ ist ein schwaches Argument der AWO gegen die Angriffe der christlichen Reaktion.

Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“

Geschichte, Kampfauftrag und der tägliche Dienst – Luftaufklärung für „dynamische Vorwärtsverteidigung“

Schon 1950, als sich deutscher Generalstabsgeist noch hinter Klostermauern verbarg, um in dieser klösterlichen Abgeschlossenheit erste Pläne für die erneute Bewaffnung des BRD-Imperialismus zu schmieden, nahm der Aufbau einer schlagkräftigen Luftwaffe in der Gesamtkonzeption einen breiten Raum ein. Die damaligen „Sachverständigen“, wie die im Kloster Himmerod versammelten Nazigenerale und Kriegsverbrecher offiziell genannt wurden, hielten auf ihrer Tagung schon damals 821 Flugzeuge für notwendig. Darunter 327 Jäger, 279 Jagdbomber und 180 Aufklärer. (Zahlen aus der Himmeroder Erklärung)

Aufklärungsmaschinen von Typ RF-84-F „Thunderflash“ ausgerüstet. Ab Ende 1963 begann dann die Umschulung auf den Todesvogel RF-104-G „Starfighter“. Seit Januar 1971 ist der Fliegerhorst Bremgarten mit der RF-4E Phantom ausgerüstet. Der Sinn dieser Umrüstung ergab sich für die BRD-Generalität aus der Wetterkampfbeschränkung des „Starfighters“. Eine „Lücke“ tat sich auf. Wer wäre besser dazu prädestiniert gewesen, diese Lücke zu umschreiben, als der damalige Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Günter Rall: „Schon eine in den Jahren 1966/67 angestellte Lagebeurteilung ergab, daß für diese Auf-

52 in Leck) – spielt eine nicht untergeordnete Rolle in der Kriegsplanung der NATO und der BRD. Aktuelle Information über die gegnerischen Truppenbewegungen bis tief in die Gebiete der osteuropäischen Staaten sind für die westlichen Militärs unabdingbar für ihre Angriffsplanung. Nur bei einem möglichst genauen Überblick über Truppenkonzentrationen, Transportknotenpunkte, Massenbewegungen und Truppenverschiebungen können Maßnahmen getroffen werden, damit sich insbesondere die bundesdeutsche Panzerwaffe auf den Gebieten der osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion in „dynamischer Vorwärtsverteidigung“ so richtig austoben kann.

Die RF-4E Phantom, mit ihrer großen Reichweite, mit einer Höchstgeschwindigkeit von über 2500 km/h und einer Mindestgeschwindigkeit von 200/210 km/h, einer Zwei-Mann-Besatzung, einer guten Manövrierfähigkeit, ausgerüstet mit Allwettersensoren für alle Höhen sowie Anlagen für die Datenfernübermittlung, soll diesen Auftrag voll meistern. Der Systempreis der RF-4E belief sich auf 23 Mio. DM pro Maschine. Das Aufklärungsgeschwader 51 in Bremgarten hat derzeit 47 Maschinen dieses Typs. Anfang 1980 wurde begonnen, die RF-4E mit Aufhängevorrichtungen für Bomben und den entsprechenden Auslösevorrichtungen umzurüsten. Damit ist die Phantom auch als Jagdbomber einsetzbar. Den Bombenabwurf übt das Geschwader „Immelmann“ auf Bombenabwurfplätzen in Portugal und Sardinien. Etwa 25% des gesamten fliegerischen Einsatzes des Geschwaders wird im Ausland absolviert.



RF-4 E-Phantom des Aufklärungsgeschwaders 51 beim Übungsflug

Ein Ergebnis dieser frühen Planung war, daß am 5. Juli 1959 in Erding (Bayern) vom damaligen Inspekteur der Luftwaffe Josef Kamhuber und dem damals amtierenden Bundesverteidigungsminister Strauß, das Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“ in Dienst gestellt wurde. 1960 erfolgte die erste Verlegung auf den NATO-Flugplatz Manching bei Ingolstadt und seit 1968 ist das Aufklärungsgeschwader 51 in Bremgarten/Eschbach (nahe Freiburg) stationiert. Als Grund für die Verlegung gab das Verteidigungsministerium damals an, Manching läge für ein Aufklärungsgeschwader „zu weit vorne“. (Bad. Zeitung, 19.9. 1967)

Zu Beginn seiner Aufstellung war das Geschwader „Immelmann“ mit 36

gabenstellung Lücken in der Luftwaffenrüstung bestanden ... Die Aufklärungslücke ergab sich aus der Unfähigkeit, mit dem damaligen Aufklärer RF-104-G bei Tag und Nacht unter allen Sicht- und Wetterbedingungen die unbedingt notwendigen Erkenntnisse über einen Gegner zu gewinnen, dessen Fähigkeit zum Kampf auch unter schlechtesten Sicht- und Wetterbedingungen schon damals erkennbar zunahm“ (Jahrbuch der Luftwaffe 1973, S. 15). Schon damals war klar, daß die deutschlandpolitischen Ziele der BRD nicht vom Wetter abhängen sollten.

Die taktische Luftaufklärung – der NATO-Auftrag des Aufklärungsgeschwaders 51 in Bremgarten (zusammen mit dem Aufklärungsgeschwader

Mehr als 100000 Flugstunden wurden mit der RF-4E seit ihrer Einführung 1971 in Bremgarten durchgeführt. 6000 Liter Treibstoff verschlingt ein Jet pro Flugstunde. Das sind bei 100000 Flugstunden 600 Mio. Liter und bei einem Preis von 0,85 DM für den Liter 510 Mio. DM reine Treibstoffkosten. Zusätzlich werden für jede Flugstunde 7000 DM für Wartungskosten verrechnet. Das ergibt noch einmal eine Summe von 700 Mio. DM und insgesamt einen Betrag 1,21 Mrd. DM für die nackte Fliegerei in Bremgarten für den Zeitraum von etwa zehn Jahren. Um bei den Kosten zu bleiben: jährlich werden inzwischen rund 500000 DM für Ersatzteile, Werk- und Verbrauchsmaterial sowie Instandset-

Aufklärungsgeschwader „Immelmann“ – Name und Tradition

Der Name Immelmann des Aufklärungsgeschwaders 51 in Bremgarten hat imperialistische Tradition. Max Immelmann, 1890 in Dresden geboren, trat als 15-jähriger in die Kadettenschule in Dresden ein. Im Rahmen der allgemeinen Mobilmachung des deutschen Imperialismus wurde er im August 1914 zunächst als Degenführer zum Eisenbahnregiment 1 befehligt, ab November 1914 dann zum Flugzeugführer ausgebildet. Im März 1915 legt er die letzte Prüfung ab, und ab dato beginnt die von der deutschen Kriegspropaganda verbreitete „stolze Siegeslaufbahn“ von Immelmann, die dann gut ein Jahr später über Lille wegen eines „tragischen Geschickes“ auf dem Boden des Krieges ihr schnelles Ende findet. Was seinem Namen zu dem kriegerischen Ruhm verhalf, war sein erzieltes Abschlußverhältnis von 15 zu 1. Zunächst war Immelmann im Juli 1915 zusammen mit Boelcke, einer weiteren Fliegergröße des deutschen Imperialismus, als Aufklärer und Artillerieflyer in der Champagne im Einsatz. Ab August fand er dann als Kampfflieger Verwendung. „Sein Jagdgebiet lag zwischen Arras und Douai.“ Für seinen ersten Abschluß erhielt er das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Am 12. Januar 1916 wurde er mit der höchsten Tapferkeitsauszeichnung des Ordens „Pour le mérite“ geehrt. Am 18. Juni 1916 ehrte ihn dann der

Tod, und das imperialistische Vaterland bescherte sich eine pomphafte Beerdigung, um die Legende zu pflegen.

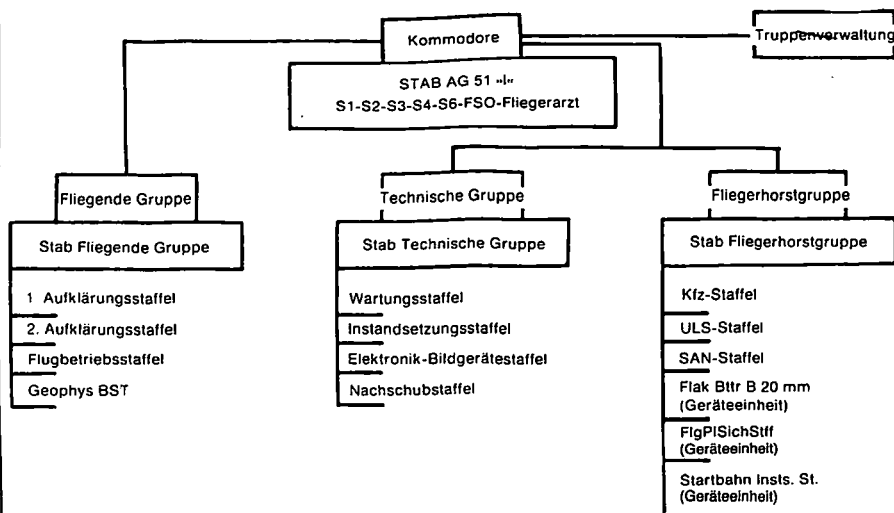
Die Nationalsozialisten nahmen die Legende gerne auf. 1934 stellen sie eine „Fliegergruppe Schwerin“ zusammen, die dann in „Fliegergruppe Immelmann“ umbenannt wird. Am 1. Mai 1939 wird daraus dann das Sturzkampfgeschwader Immelmann. Das I. Sturzkampfgeschwader (St.G.) Immelmann ist in Cottbus, das III. St.G. Immelmann ist in Langensalza stationiert.

Mit dem Überfall des Hitlerfaschismus auf Polen wurde der Name Immelmann mit weiterer imperialistischer Tradition bereichert: Angriffe des I. St.G. Immelmann Ende 1939 gegen Krakau und Kattowitz (Flugplätze); 1940, im Rahmen des Frankreichfeldzuges, Beteiligung an der Operation „Eben-Emael“; 1941 Angriffe auf die englische Südküste (Portsmouth, Portland); Februar 1941 Balkanfeldzug mit Einsätzen gegen Kreta und Griechenland; ab Juni 1941 im Feldzug gegen die Sowjetunion mit Beteiligung an Stalingrad. Am 1. Januar 1945 wird der Faschist Rudel zum letzten Kommandeur des St.G. Immelmann im 2. Weltkrieg ernannt. Beim Begräbnis des im Kriege hochdekorierten Fliegerobersten gaben zwei Flugzeuge der FDGO-Luftwaffe dem Faschisten das letzte Geleit.

zungsarbeiten aufgewendet. Für Lebensmittel gibt die Truppe im Jahr eine Mio. DM aus. 1980 wurde eine Gesamtlohnsumme von 50 Mio. DM in Bremgarten ausbezahlt. Bei einer Personalstärke von 2100 Mann, davon etwa 300 Zivilangestellte, ergibt dies einen Durchschnittslohn von 1984,13 DM brutto im Monat. Dieser Durchschnittslohn verdunkelt den wahren Sachverhalt. Die Masse der Soldaten verdient weit weniger. Ein ausgebildeter Flugzeugmechaniker mit Dienstgrad Unteroffizier wird z.B. nach A5 besoldet, das sind etwa 1440 DM brutto monatlich plus einer Technikerzulage von 30 DM im Monat. Elektriker erhalten eine Zulage von 50 DM. Überstunden werden mit 0,75 DM die Stunde vergütet.

Das Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“ umfaßt 13 Staffeln mit einer Stärke von 150 bis 200 Mann. Die 2100 Soldaten und Zivilangestellten werden aufgewendet, um die 47 RF-4E Phantom Tag und Nacht einsatzbereit zu halten. Die technische Gruppe ist neben der Fliegenden Truppe eine der wichtigsten Gruppen des Geschwaders. Sie ist für die Wartung und Instandsetzung des gesamten technischen Gerätes verantwortlich. Darunter fällt auch die Betreuung von Flugzeugen anderer NATO-Staaten, die Bremgarten als letzten deutschen Militärflughafen anfliegen. Das sind etwa 1600 bis 2000 Flugzeuge im Jahr. Die gesamte technische Gruppe arbeitet im Schichtdienst. Die Frühschicht beginnt um 5 Uhr 45 und endet um 15 Uhr. Um 13 Uhr beginnt die Spätschicht, die mit dem Flugbetrieb, der im Sommer des öfteren bis 1 Uhr oder 2 Uhr nachts dauert, endet. Bei Übungen, z.B. der Übung „Cold Fire“, wird rund um die Uhr geflogen. Ebenso wird bei Verlegungen in die Türkei, nach Kanada, Italien oder Portugal, wie sie das Geschwader „Immelmann“ immer wieder durchführt, der Arbeitstag der Soldaten auf ein Höchstmaß verdichtet. Bei diesen Übungen im Ausland wird der Dienst mit etwa $\frac{2}{3}$ der eigentlichen Mannschaftsstärke durchgeführt.

Abschließend noch einige Worte zu den „Vorfällen“ beim Begräbnis des Faschisten Rudel, dem letzten Kommandeur des Geschwaders „Immelmann“ im Zweiten Weltkrieg. Auch wenn das Verteidigungsministerium Ehrenflüge für den Faschisten Rudel dementiert hat, so steht doch sicher fest: Zur fraglichen Zeit waren im Gebiet der Bestattungsfeierlichkeiten Maschinen der 1. Staffel des Aufklärungsgeschwaders 51 „Immelmann“ im Einsatz, jener Staffel, die den Nazi Rudel 1976 zu einem Kameradschaftsabend nach Bremgarten eingeladen hatte, und schon damals konnte Dr. Wörner nichts Anstößiges daran finden.



Erläuterungen zu den Abkürzungen: S1 = Personalwesen – S2 = Militärische Sicherheit – S3 = Einsatz und Ausbildung – S4 = Versorgung – S6 = Fernmeldewesen – FSO = Flugsicherheitsoffizier – ULS-Staffel = Sicherung des Flugplatzes – Geophys BST = Geophysikalische Beratungsstaffel – SAN-Staffel = Sanitätseinheit – Startbahn Insts. St. = Startbahninstandsetzungsstaffel – FlgPlSichStff = Flugplatzsicherungsstaffel (als Geräteeinheit, wird nur im Kriegsfall personell belegt) – Flak Battr B 20 mm = Fliegerabwehreinheit.

Quellenhinweis: Jahrbuch der Luftwaffe, Ausgabe 1964; Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“, Garnisonsbroschüre, Okt. 1980

Mit Beginn des erneuten Aufbaus bewaffneter Einheiten auf dem Boden der BRD, wurde dem Aufbau einer schlagkräftigen Luftwaffe seitens der westdeutschen Bourgeoisie große Bedeutung beigemessen. Inzwischen umfaßt die Luftflotte der BRD rund ein Drittel der Luftstreitkräfte der NATO im Gefechtsabschnitt Mitteleuropa (OINCENT). 40% des Einsatzflugbetriebs der bundesdeutschen Luftwaffe wird im Ausland absolviert. 1972 hat das Verteidigungsministerium der BRD mit der vollkommenen Erneuerung der Flugzeugtypen begonnen. Inzwischen wurde die R4-4 E, die F-4 F und der Alpha Jet eingeführt. Der MRCA-Tornado, von dem 322 Stück zu einem Gesamtsystempreis von 26,3 Mrd. DM an die Luftwaffe gehen, rundet dieses Erneuerungsprogramm ab.

Die RF-4E Phantom II

Die RF-4E ist ein taktischer (schwerer) Aufklärer mit zwei Mann Besatzung. Sie erreicht eine Geschwindigkeit bis zu Überschall und ist Allwetteraufklärungsfähig. Die Hauptaufgabe der RF-4E ist die taktische Luftaufklärung in der Tiefe des gegnerischen Raumes. Das beinhaltet die Beschaffung aktueller und kontinuierlicher Informationen über das Geschehen der feindlichen Heeresverbände und deren Nachschubverbindungen bis weit in das gegnerische Hinterland und die verzugsarme Übermittlung dieser Daten an die NATO-Führungsstäbe.

Der Alpha-Jet

Der Alpha-Jet wird sowohl als leichter Jagdbomber (mit konventioneller Bewaffnung) als auch als leichter Aufklärer eingesetzt. In der Funktion als Aufklärer dient er der Gefechtsfeldaufklärung, d.h. der Aufklärung auf verhältnismäßig kleinem Raum und der Hauptaufgabe der Beschaffung zuverlässiger Detailkenntnisse über die Vorgänge direkt auf dem Gefechtsfeld. Als Jagdbomber wird der Alpha Jet in der Luftnahunterstützung verwendet. Die Luftnahunterstützung dient der direkten Unterstützung der Landstreitkräfte auf dem Gefechtsfeld durch Feuer aus der Luft gegen die im Gefecht unmittelbar gegenüberstehenden Einheiten des Gegners.

Die F-4F

Die F-4F findet als Allwetterabfangjäger, als Überlegenheitsjäger und als schwerer Jagdbomber mit konventioneller Bewaffnung Verwendung. Ihre Aufgaben sind vielfältig: a) Abriegelung auf dem Gefechtsfeld, d.h. Einschränkung der taktischen Bewegungsfreiheit des Gegners auf

dem Gefechtsfeld, Unterbindung der Zufuhr feindlicher Kräfte und Reserven zum unmittelbaren Kampfeinsatz. b) Abriegelung aus der Tiefe des Raumes: neben der taktischen soll hierbei auch die operative Bewegungsfreiheit weiträumig hinter den Linien des Gegners eingeschränkt werden. Kappen der Verbindungen, um den Nachzug von Großverbänden in die Kampfzone zu verhindern. c) Bekämpfung feindlicher Luftstreitkräfte am Boden: Angriff auf gegnerische Flugplätze, die Flugzeuge der anderen Seite sollen gar nicht erst in die Luft kommen. d) Allwetter-Abfangjagd: Bekämpfung feindlicher Luftstreitkräfte aller Art. Verhinderung einer Luftüberlegenheit des Gegners in großen Bereichen. e) Luftüberlegenheitsjagd: Zum Abschirmen eigener Operationen sind Flugzeugeinsätze in enger Abstimmung mit den zu unterstützenden Luft-, Land- oder Seestreitkräften notwendig. Diese Einsätze dienen der zeitlich und örtlich begrenzten Erringung einer günstigen Luftlage.

Der MRCA-Tornado

Der MRCA-Tornado dient in den Funktionen als schwerer Jagdbomber und als Luftüberlegenheitsjäger. Wie aus den Funktionen ersichtlich, hat er die selben Aufgaben, wie die F-4F mit Ausnahme der Allwetterabfangjagd. Die technischen Daten des Tornado sind gesteigert (Allwetterfähigkeit, Waffenzuladung). Er kann atomar bestückt werden.

Bestandteile der Luftwaffe

4 Jagdbombergeschwader F-104-G Starfighter (wird ab diesem Jahr auf MRCA-Tornado umgerüstet)
Zwei Jagdbombergeschwader F-4F Phantom
Zwei Jagdbombergeschwader Alpha Jet

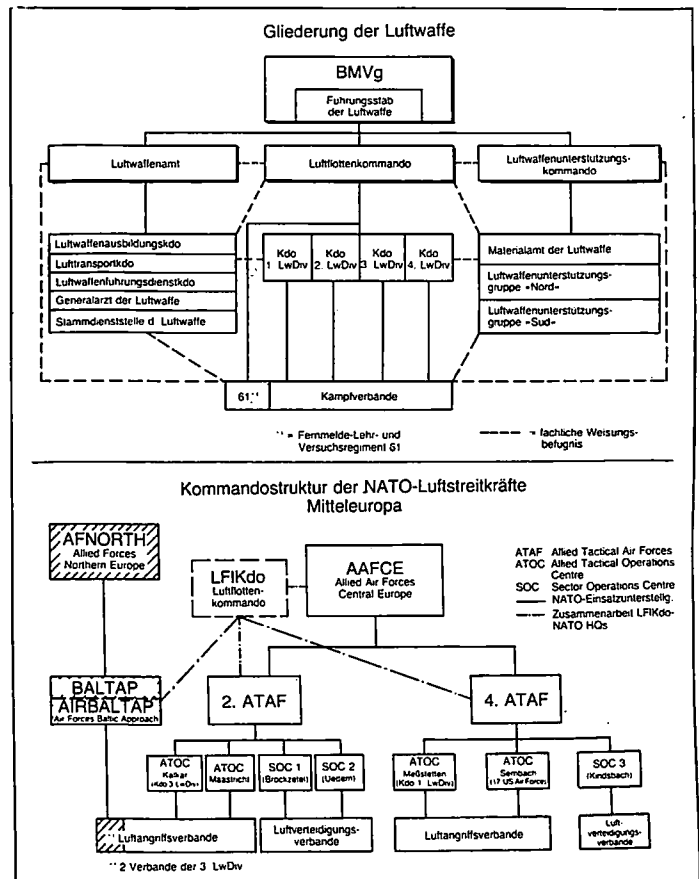
Zwei Aufklärungsgeschwader RF-4E Phantom

Eine Waffenschule F-104-G Starfighter

Zwei Flugkörpergeschwader Pershing IA

Quellenhinweis: Jahrbücher der Luftwaffe, Jahrgang 1969-75; Wehrtechnik, Jahrgang 1981-82

24 Flugabwehrraketenbatterien NIKE-HERKULES
34 Flugabwehrraketenbatterien HAWK
Zwölf Radarstellungen und 2 Tieffliegermelde- und Leitdienstabteilungen.



Bereits in Zeiten des Nicht-Krieges hat die Luftwaffe ihre Einsatzverbände auf dem Gebiet der Luftverteidigung der NATO unterstellt. Die taktischen Luftangriffsverbände sind für die Unterstellung im Kriegsfall vorgesehen. Die Luftwaffe umfaßt 56000 Soldaten und 9000 zivile Angestellte. Je eine Luftangriffs- und Luftverteidigungsdivision der Luftflotte sind mit ihren Verbänden in Regimentsstärke im nördlichen und südlichen Abschnitt der NATO-Luftstreitkräfte Europa-Mitte stationiert. Mit Ausnahme eines Jagdbomber- und eines Aufklärungsgeschwaders in Schleswig-Holstein, die dem NATO-Befehlshaber Luftstreitkräfte Nord- und Ostseezugänge (COMAIRBALTAP) in Dänemark zugewiesen sind, gehören die Verbände der 3. und 4. Luftwaffendivision zum Befehlsbereich der 2. Alliierten Taktischen Luftflotte (ATAF) und die der 1. und 2. Luftwaffendivision zu dem der 4. ATAF.

Durch die Einbeziehung der bis vor einigen Jahren nationalen Führungsgefechtsstände der 1. und 3. Luftwaffendivision in die NATO-Organisation sind die beiden Divisionskommandeure in Übungen und im Kriegsfall auch NATO-Oberbefehlshaber. Um die besonderen Stärken der Luftstreitkräfte voll zur Geltung zu bringen – nämlich hohe Flexibilität, verbunden mit der außerordentlichen Fähigkeit, Schwerpunkte zu bilden und Kräfte zu konzentrieren, sowie weite Räume rasch zu überbrücken – wurde von der NATO das Hauptquartier der Alliierten Luftstreitkräfte Europa-Mitte (AAFCE) eingerichtet.

Diesem sind die 2. ATAF und die 4. ATAF direkt unterstellt. Auch auf der Ebene unterhalb der ATAFs wurde mit der Einrichtung der Taktischen Operationszentralen (ATOC) und den Alliierten Luftverteidigungszentralen (SOC) die Führungsstränge gestrafft. In Struktur, Bewaffnung und technischer Ausstattung ist die Luftwaffe der BRD der Vorne- und Vorwärts-, „verteidigung“ optimal angepaßt.

Quelle: Wehrtechnik 2/82

Spanien: Lohnstreikaktionen

Rund 70% der 180000 Angestellten der Privatbanken haben nach Angaben der sozialdemokratischen Gewerkschaft UGT für die Erhöhung der Gehälter um 12,5% gestreikt. Der viertägige Streik – unmittelbar vor Monatsende und den Osterfeiertagen recht wirkungsvoll – richtete sich gegen das Angebot des Kapitalistenverbandes von 9,5%, was der Lohnleitlinie der Regierung entspricht. Doch nicht nur die Beschäftigten bei den Banken sind im Streik. Rund 500000 Arbeiter insgesamt führen derzeit Streikaktionen durch, wobei die UGT häufig gezwungen ist, gemeinsam mit der kommunistischen Gewerkschaft Comisiones Obreras gegen die Kapitalisten vorzugehen. Der Streik der 200000 Arbeiter des Instituto Nacional de Salud (Kanalisation) dauert an. Ebenso streiken die Arbeiter im Hotelgewerbe von Sevilla, in der Schuhindustrie, in der Kühlindustrie für gewerbliche Zwecke und in einigen Metall- und Werftbetrieben. Darüberhinaus haben die Beschäftigten der Straßenreinigung von Madrid, die Beamten der Gerichtsbehörden, der Ver-

PLO: Für ein unabhängiges Palästina

Die Hoffnung der US-Imperialisten und der westeuropäischen Imperialisten, die jordanische Regierung nutzen zu können, um der Forderung der arabischen Staaten nach einem selbständigen Palästinenserstaat entgegenzutreten, hat sich nicht erfüllt. Der PLO-Vorsitzende Arafat und der jordanische König Hussein trennten sich nach Verhandlungen am 5. April ohne die von den Imperialisten erhoffte Erklärung, die PLO werde auf die Forderungen der arabischen Gipfelkonferenz in Fes am 9. September vergangenen Jahres verzichten. Damals hat-



ten die arabischen Staaten unter anderem beschlossen: „1. Rückzug Israels aus allen arabischen Gebieten, die es 1967 okkupiert hat, einschließlich des arabischen Jerusalem ... 4. Bestätigung des Rechtes des

palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf die Ausübung seiner festen und unveräußerlichen Rechte unter der Führung der PLO ... 5. Unterstellung des Westjordanlandes unter UN-Aufsicht für eine Übergangsperiode, die wenige Monate nicht überschreitet; 6. Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als seiner Hauptstadt ...“ Die Reagan-Regierung hatte gehofft, daß Jordanien ihren Plan für eine Eingliederung des Westjordanufers und des Gasastreifen in eine jordanisch-palästinensische Föderation unterstützen und auf diese Weise der PLO in den Rücken fallen werde.

band der Ärzte an öffentlichen Kliniken sowie die Beschäftigten weiterer Betriebe der Metallindustrie Streiks für höhere Löhne angekündigt.

Portugal: Streik der Eisenbahnarbeiter

Einen sechstägigen Streik begannen die portugiesischen Bahnarbeiter am 30.3. trotz der Drohung der Regierung, streikende Arbeiter zu entlas-

sen. Der gesamte Verkehr brach zusammen. Die Geschäftsleitung erklärte, daß ihr Plan, auf Hauptlinien den Verkehr aufrechtzuerhalten, scheiterte. Am 30.3. verließ nur ein Zug Lissabon. – In der Woche zuvor hatten die Arbeiter des öffentlichen Transportgewerbes stunden- und tageweise gestreikt. Die Regierung weigerte sich, die mit der Gewerkschaft vereinbarte Lohnerhöhung zwischen 17 und 20% auszus zahlen.

Insel Grenada in Alarmbereitschaft

Die Regierung der karibischen Insel Grenada hat die Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt und die Bevölkerung aufgerufen, der Miliz beizutreten. Sie reagiert damit auf die Drohung des US-Präsidenten Reagan, die Länder der Karibik ohne weiteres als Kampfgebiet bei der Eroberung der Vorherrschaft in der Karibik zu behandeln. Letzter Anlaß war die Fernsehrede Reagans, in der er sein Konzept neuer Abwehrwaffen gegen Atomraketen propagierte. Reagan schwenkte dabei Fotos von angeblichen Stützpunkten der UdSSR in der Karibik und einer Station in Kuba, die von der UdSSR als gefälscht bezeichnet wurden. Zuvor hatte Grenada lediglich seine Verteidigungsmöglichkeiten verbessert, u.a. die Bewaffnung des Küstenschutzes und baut einen Flugplatz mit Hilfe verschiedener ausländischer Firmen. Über Angriffswaffen verfügt Grenada nicht.

FMNL/FDR: Gemeinsames Oberkommando

Gegen die Anstrengungen der US-Imperialisten, im Verein mit den salvadorianischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten den Befreiungskrieg der FMNL/FDR zu zerschlagen, haben jetzt die in der FMLN zusammengeschlossenen Armeen beschlossen, ein gemeinsames Oberkommando zu bilden. Die fünf Guerrillaorganisationen haben bisher

ihre militärischen und politischen Aktionen in einem gemeinsamen Rat koordiniert. Die US-Regierung will nicht nur jährlich 160 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe an die salvadorianische Regierung zahlen, sondern auch noch 110 Mio. Dollar für Militärhilfe im Jahr 1983 an El Salvador zahlen. Allein die von der US-Regierung geplante Militärhilfe ent-

spricht 40% des Bruttosozialprodukts El Salvador. Angesichts der zu erwartenden Ausdehnung der Regierungsgaggressionen gegen die befreiten Gebiete und um die eigene militärische Offensive zu stärken, entschlossen sich die in der FMLN zusammengeschlossenen Organisationen, ihre Truppen einem einheitlichen Oberkommando zu unterstellen. Die FMNL/FDR kann sich bei ihrer militärischen Offensive auf Selbstverwaltungsorgane in den befreiten Gebieten stützen. Radio Farabundo Marti berichtet: „Die Organe des Poder Popular haben einen festen Sitz. Ihr höchstes Gremium ist die Dorfversammlung. Diese besteht aus einem Vorsitzenden und den Verantwortlichen für Produktion, Justiz, Soziales, Sicherheit und Selbstverteidigung, die von der Dorfverwaltung aus ihren eigenen Reihen gewählt werden ... Die Produktion von Agrar- und wichtigen Bedarfsgütern erfolgt auf Gemeindeboden bzw. in Werkstätten, die ebenfalls Gemeindeeigentum sind.“



Pinochet droht erneuten Demonstrationen

In der vorletzten Märzwoche fanden in vier chilenischen Städten die größten Demonstrationen seit dem Militärputsch statt. In Santiago verteilten die verbotenen Gewerkschaftsjugendverbände Flugblätter und forderten in Sprechchören „Frieden, Arbeit und Freiheit“. Rund 250 Demonstranten wurden verhaftet. Staatspräsident Pinochet droht, künftig „mit härterer Hand“ vorzugehen.

Kanadische Indianer und Inuit

Verfassungskonferenz mit den kanadischen Regierungen teilweise erfolgreich

Am 15. und 16. März hat eine erste Verfassungskonferenz zwischen Vertretern der kanadischen Bundesregierung und der Provinzregierungen einerseits und mehreren hundert Vertretern der Indianer, Métis (Mestizen) und Inuit (Eskimos) andererseits stattgefunden. Daß das angelsächsische und französische Kanada überhaupt sich zu einer solchen Konferenz bereithalten mußte, ist ein Erfolg des Kampfes der ursprünglichen Herren über die riesigen kanadischen Landstriche, der Indianer und Inuit. Sie nennen sich heute die Ersten Nationen Kanadas, im Gegensatz zu den zweiten und dritten, nämlich den im Verlauf des Kolonialismus eingewanderten Nationen der Franzosen und Briten.

Die Regierung Trudeau und die Provinzregierungen hatten in den 1981 geführten Auseinandersetzungen um die „Heimholung“ der kanadischen Verfassung beabsichtigt, mit der Ablösung der Rechte der britischen Krone durch das kanadische Parlament auch die rechtlichen Bindungen aus der Welt zu schaffen, die zwischen den Ersten Nationen Kanadas und der britischen Krone bestanden. Erst im letzten Moment gelang es den Ersten Nationen, wenigstens durchzusetzen, daß „bestehende Rechte“ der Indianer und Inuit auch von der kanadischen Regierung anerkannt werden. Was aber diese bestehenden Rechte sind, ist strittig.

Die britische Krone hatte 1763 alle Verträge mit den Indianern zum königlichen Privileg erklärt. Alle sonstigen Abmachungen sind demnach hinfällig. Landgebiete, über deren Abtretung niemals Verträge zwischen Indianern und britischer Krone abgeschlossen wurden, betrachten daher die Ersten Nationen heute als ihr rechtmäßiges Eigentum. Die kanadische Regierung vertritt dagegen weiterhin den Kolonialstandpunkt, daß mit dem Beginn der Kolonialisierung alles Land der Krone gehört habe, die dann durch Verträge zwischen Krone und Indianern diesen bestimmte Reservate zur Nutzung überlassen hätte.

Die zugrundeliegenden Auseinandersetzungen zwischen Ersten Nationen und britisch-französischem Kanada sind also tiefgehend. Die Ersten Nationen betrachten die Verhandlungen als Verhandlungen zwischen souveränen Regierungen, die Regierung betrachtet die Probleme in erster Linie als Sozialprobleme. „Es geht darum, den legitimen Platz der Eingeborenen in der Gesellschaft als derjenigen, die zu-

erst hier waren, anzuerkennen“, erklärte ein Sprecher des Sozialministeriums.

Indianer, Inuit und Métis haben in den letzten Jahren drei große Dachorganisationen gebildet, die bei aller Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Nationen in der Lage sind, zentral mit den kanadischen Regierungen zu verhandeln: die „Versammlung der Ersten Nationen“ vertritt etwa 325 000 rechtlich anerkannte sogenannte Status-Indianer; der „Eingeborenerrat von Kanada“ vertritt nach seinen An-



Radiostation in Inuvik, Nordwestterritorien, an der Mündung des Mackenzie-Flusses gelegen.

gaben mehr als eine Million Métis und nichtanerkannte Indianer; das „Inuit-Komitee für nationale Fragen“ repräsentiert ca. 25000 Inuit.

In dem Bulletin der „Versammlung der Ersten Nationen“ schrieb deren Vorsitzender David Ahenakew: „Bei dieser Konferenz werden wir darauf hinarbeiten, eine gerechtere Beziehung zwischen den Ersten Nationen und den anderen Regierungen in Kanada herzustellen ... Was wir erreichen wollen, ist die Anerkennung und Verankerung dessen, was wir bereits haben: indianische Regierung, Titel und Rechte der Ureinwohner, Vertragsrechte.“ Der Vorsitzende der „Indianischen Vereinigung von Alberta“, Charles Wood, erklärte: „Wir haben versucht, herauszufinden, was die Regierung unter ‚bestehenden Rechten‘ versteht. Alles was wir in Erfahrung bringen konnten, ist, daß sie darunter Jagd, Fischfang und Fallenstellen versteht. Wir meinen, un-

sere Rechte umfassen verdammt viel mehr als das.“

Die Ergebnisse der Konferenz sind bescheiden, aber vorhanden. Nach uns bisher vorliegenden Informationen wurde beschlossen, weitere Konferenzen durchzuführen, womit immerhin die Existenz von Streitpunkten seitens Kanada anerkannt ist. Ferner wurde zugesagt, daß in die Verfassung aufgenommen wird, daß indianische Frauen den Männern rechtlich gleichgestellt werden. Das bedeutet, sie sollen nicht mehr wie bisher ihre Rechte als Indianerinnen verlieren, wenn sie weiße Männer heiraten. (Die Anerkennung als Indianer hat in Kanada rechtliche, nicht ethnische Grundlagen.)

Quellenhinweis: Assembly of First Nations Bulletin, Feb. 1983; Maclean's (kan. Nachrichtenmagazin), 21.3. 1983; Neues Deutschland, 19.3.1983.

Frankreich

Sondersteuer, Zwangsanleihe, Tarifierhöhungen

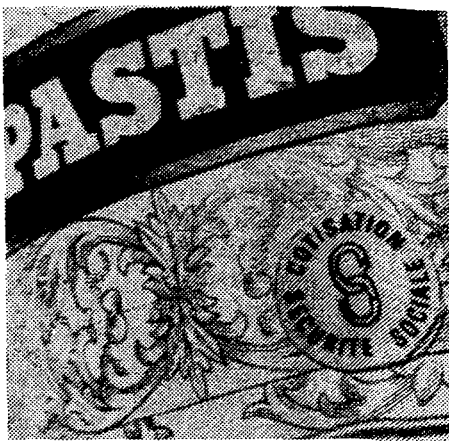
Am 25. März beschloß der französische Ministerrat eine Reihe von Maßnahmen, die laut Ministerpräsident Mauroy helfen sollen, die Inflation zu mäßigen (1982: 9,5%) und innerhalb von zwei Jahren die negative Außenhandelsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen. Im einzelnen wird der lohnabhängigen Bevölkerung folgendes zugemutet: 1. Alle Einkommenssteuerpflichtigen mit einem Steueraufkommen von mehr als 5000 FF zahlen eine Zwangsanleihe von 10% auf ihr Steueraufkommen. Diese wird spätestens in drei Jahren zurückgezahlt. 2. Zur Sanierung der Sozialversicherung wird einmalig eine Abgabe von 1% des steuerpflichtigen Einkommens erhoben. 3. Die Tarife für Gas, Strom, Verkehrsmittel und Telefon steigen um 8%, auf Alkohol über 25% wird eine zusätzliche Abgabe von 10 FF pro Liter erhoben, die zum Ausgleich des Defizits der Sozialversicherung verwandt wird; die schon 1982 dekretierte 25%ige Steuererhöhung auf Tabak muß ab 1.7. 1983 gezahlt werden. 4. Bei Reisen ins Ausland dürfen nicht mehr als 3000 FF ausgegeben werden.

Die Auswirkungen allein der Tarifierhöhungen werden erheblich sein und besonders Leute mit niedrigem und mittlerem Einkommen treffen. Zwangsanleihe und einprozentige Sonderabgabe bedeuten zum Beispiel für eine Familie mit zwei Kindern mit einem Monatseinkommen von 8750 FF (knapp 3000 DM), daß ihr zusätzlich 1284 FF im Jahr weggesteuert werden, Verheiratete ohne Kinder sehen sich sogar um 1675 FF geplündert.

Die französischen Kapitalisten trommeln seit Monaten, die Regierung müs-

se ihnen bessere Ausbeutungsbedingungen für den Konkurrenzkampf schaffen und verleihen diesen Forderungen mit Entlassungen, Investitionszurückhaltung und Kapitalflucht Nachdruck.

Sofort nach der Regierungsentscheidung vom 25.3. erklärte Kapitalistenchef Gattaz, man versuche Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, die Unternehmen warteten immer noch auf Entscheidungen, die die Zukunft vorbereiteten. Z.B. gelte es nun, das Arbeitslosengeld zu kürzen und die Leistungen einzuschränken.



Steuerplakette für die Alkoholabgabe

Die Gewerkschaften CFDT und CGT haben ziemlich scharf reagiert. Während CFDT-Generalsekretär Maire von „Methoden der Rechten“ sprach, wurde Henri Krasucki von der CGT deutlicher: „Man darf sich nicht in der Tasche irren, in die man greift ... diejenigen, die an der Macht sind, haben die Wahl, entweder die Versprechungen von Mai/Juni '81 zu halten, oder zu scheitern.“ In den nächsten Wochen sollen Gespräche zwischen Regierung und Gewerkschaften stattfinden. Man darf auf das Ergebnis gespannt sein.

Quellenhinweis: Humanité 28.3. 1983; Le Monde, 26.3. 1983; Le Figaro 28.3. 1983

Spanien

EG-Territorium – NATO-„Hinterland“

Während sich in der spanischen Regierung die Tendenzen verstärken, die NATO-Eingliederung Spaniens hinauszuzögern und einen Sonderstatus innerhalb der NATO für Spanien zu erreichen, verstärken die USA und die BRD ihren Druck auf die spanische Regierung.

Die US-Imperialisten wie die BRD entwickeln hektische Reiseaktivitäten. In den ersten Monaten der Regierung Gonzales sind bereits der amerikani-

sche Verteidigungsminister, der Außenminister und mehrere Staatssekretäre angereist. Genscher führte als alter und neuer Außenminister und als Vertreter der BRD im gegenwärtigen EG-Vorsitz mehrere Gespräche mit der spanischen Regierung.

Ein Ziel der BRD-EG-Politik besteht darin, in einer Mischung von wirtschaftlichen und politischen Pressionen für die britische Kolonie Gibraltar sowie für die spanischen Kolonialstädte Ceuta und Mellila in Marokko den Sonderstatus von EG-Territorien durchzusetzen. Spanien soll seine Kolonialstädte in Marokko – statt sie an Marokko zurückzugeben – in europäische Sonderterritorien umwandeln, wenn England dasselbe mit Gibraltar macht. Das aber bedeutet, daß Spanien praktisch für alle Zeiten auf seine Hoheitsrechte über Gibraltar verzichten mußte. Für die EG-Imperialisten wäre damit ein neuer Beweis geschaffen, wie sich aus Kolonialstützpunkten des 18. und 19. Jahrhunderts imperialistische Aggressionsbasen des 20. Jahrhunderts machen lassen.

Anders als Spanien in Marokko kann der britische Imperialismus in Spanien auf seinem Kolonialstützpunkt Gibraltar auch noch mit dem Ruf nach „Selbstbestimmungsrecht“ der „Gibraltarianer“ aufwarten. 1704 wurde der Felsen Gibraltar von den Engländern besetzt. Die spanische Bevölkerung wurde niedergemacht. Wie die Chroniken berichten, blieben von den ca. 1000 Bewohnern der Siedlung zwölf übrig. Anschließend begann die Besiedelung mit britischen Soldaten und Söldnern, deren Nachfahren heute zur Wahrnehmung des „Selbstbestimmungsrechts“ ähnlich wie die britischen Siedler auf den Malwinen aufgerufen werden.

Die Vertreter der US-Regierung, allen voran Verteidigungsminister Weinberger, sollen in Spanien die Ratifizierung des neuen spanisch-amerikanischen „Freundschaftsvertrages“ vorbereiten, der bis zum 23. Mai 1983 unterzeichnet sein muß. Für die USA wie für die gesamte NATO geht es um die Sicherung der amerikanischen Stützpunkte und Versorgungseinrichtungen in Spanien, die von strategischer Bedeutung für die Kontrolle des Mittelmeeres und für die Aggressionsplanung gegen die Sowjetunion und die Staaten des RGW sind. Dazu gehören der Flottenstützpunkt Rota, Spanien, sowie mehrere Luftgeschwader. Worum es geht, beschreibt z.B. der Militärpropagandist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung so: „Amerika sieht sich dem strategischen Zwang ausgesetzt, in Europa sein ‚Hinterland‘ politisch zu festigen und militärisch auszubauen.“

Quellenhinweis: Frankfurter Allgemeine Zeitung; El Pais; Cambio 16

Nicaragua

US-Regierung verstärkt Umsturzbestrebungen

Am 23. März trat der Sicherheitsrat der UNO auf Ersuchen der Regierung Nicaraguas zusammen. Der stellvertretende Außenminister Nicaraguas Tinico griff die US-Regierung an, weil sie verantwortlich ist für die Überfälle der aus Honduras vordringenden Söldnerbanden, die die Regierung Nicaraguas stürzen sollen. Unter unmittelbarer strategischer und taktischer Leitung von US-Offizieren und ausgerüstet mit modernen Waffen aus US-Beständen waren insgesamt 1200 Somoza-Söldner in die nördlichen Gebiete Nicaraguas eingedrungen, terrorisierten und ermordeten dort Bauern und verübten Sabotageakte. Der Verteidigungsminister Nicaraguas teilte mit, daß die Armee mit diesen Söldnereinheiten fertig würde. Die Gefahr bestünde jedoch, daß die USA mit diesen Aktionen der Somoza-Söldner einen militärischen Konflikt zwischen Nicaragua und dem nördlich angrenzenden Honduras provozieren könnten.

Nach Einschätzung der Regierung Nicaraguas beabsichtigt die Reagan-Regierung eine „Invasion in Zeitlupe“: Die konterrevolutionären Kommandos werden bei ihren Terroraktionen durch den Nachschub aus Honduras und teilweise auch Costa Rica im Süden solange gestärkt, bis sie zur Besetzung von Gebieten in Nicaragua übergehen können. Dann sei die Ausrufung einer Gegenregierung vorgesehen und Honduras würde offen Krieg gegen Nicaragua erklären. Inzwischen verbreitet auch die US-Presse undementiert, daß der US-Botschafter in Honduras Negroponte – er hat seine Karriere als US-Berater in Saigon wäh-



Ausbildung von honduranischen Soldaten durch US-Offiziere

rend des Vietnamkrieges begonnen — die gesamten Operationen gegen Nicaragua koordiniert und leitet.

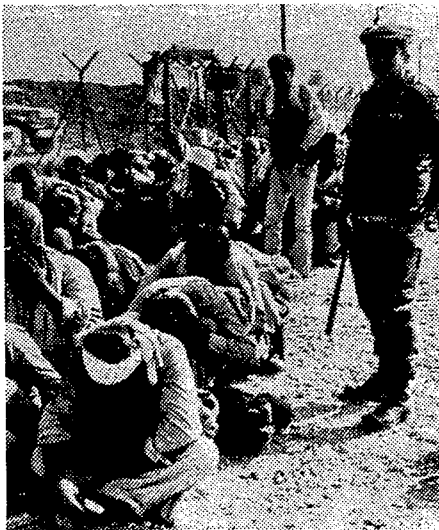
Die Regierung Nicaraguas schlug im UN-Sicherheitsrat der Regierung Honduras gemeinsame Gespräche vor. Die Botschafter der USA und Honduras erklärten, die gegenwärtigen Kämpfe seien ein innerer Konflikt in Nicaragua. Für die BRD signalisierte der UNO-Botschafter Well Unterstützung für die Pläne der US-Regierung: Nicaragua müsse die „Menschenrechte respektieren“ und den „demokratischen Einrichtungen Glaubwürdigkeit“ verschaffen. Der Sicherheitsrat der UNO faßte keinen Beschluß, empfahl aber eine „Mittelamerika-Konferenz“ zur Beilegung der bewaffneten Auseinandersetzungen.

Quellenhinweis: UZ und Süddeutsche Zeitung vom 24.3.—1.4. 1983; envio, Februar 1983

Besetztes Palästina Aufstand gegen Siedlerterror

Der Giftgasanschlag Ende März auf Hunderte palästinensische Schulkinder im besetzten Westjordanland ist der Höhepunkt von Terrorakten, die bewaffnete Siedlerbanden seit Monaten vor allem gegen Jugendliche ausüben. Vor Wochen entführten sie zahlreiche Schüler aus Al-Bireh mit einem Bus außerhalb der Stadt. Sie stürmen Schulgebäude, zerstören die Einrichtungen und hetzen die Kinder mit scharfen Hunden durch die Straßen. Zweimal innerhalb von zehn Tagen werden Autobomben vor Schulen entdeckt.

Die Lage in den besetzten Gebieten ist äußerst gespannt. Übergriffe zionistischer Siedler, der Versuch, den Tempelberg militärisch zu erobern und der Besuch von Ex-US-Präsident Carter, eines der Architekten des Camp-David-Abkommens, waren der Anlaß für massive Protestdemonstrationen. Die Palästinenser bewerfen die israelischen Truppen mit Steinen und Flaschen, errichten Barrikaden aus brennenden Autoreifen und liefern sich regelrechte Schlachten mit der Besatzungsmacht. In Beit Sahour bei Bethlehem werden die Demonstrationen mit Gewehrfeuer und Tränengas auseinandergetrieben. Über Hebron wird eine Ausgangssperre verhängt. Landstraßen werden vom Militär gesperrt, Yaabad vom Umland abgeriegelt. In Nablus belagert israelisches Militär die Altstadt, alle Zugänge werden mit schweren Eisengittern versperrt, die Versorgungslage der Bevölkerung ist kritisch. Am 21.3. kommt es zu einem Generalstreik in den besetzten Gebieten, der vollständig befolgt wird. Über die meisten Flüchtlingslager werden unbefristete Ausgangssper-



Die PLO fordert die Freilassung der Gefangenen im Südlibanon. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten unterstützen diese Forderung

ren verhängt, die Bewohner mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen terrorisiert.

Der neue israelische Kriegsminister Moshe Arens warnte die palästinensische Bevölkerung, daß er neue Methoden anwenden werde, um die Demonstrationen und das Steinwerfen der Jugendlichen zu beenden. Der Allgemeine Gewerkschaftsverband und die Berufsverbände des Westjordanlandes haben in einem Kommuniqué erklärt, daß die israelische Regierung die bewaffneten Siedler zu ihren Angriffen ermutige zur Einleitung weiteren Landraubs. Die jüngsten Terrorakte sind nur ein Spiegelbild der offiziellen israelischen Politik in den besetzten Gebieten: Die Zahl der Siedler, zu Jahresbeginn ca. 25000 (etwa 3% der Bevölkerung des Westjordanlandes) soll bis Jahresende 55000 erreichen. Schon jetzt kontrollieren die Siedler etwa die Hälfte des Bodens und verbrauchen mehr als ein Fünftel des Wassers.

Quellenhinweis: Palästina-Bulletins 10, 11, 12/83, Hsg.: Informationsstelle Palästina, Bonn; FAZ vom 26.3.1983.

Zimbabwe Die ZANU kämpft für die Einheit des Landes

Verschiedene Mitglieder der Regierung Zimbabwes haben öffentlich erklärt, daß der auf Lebenszeit gewählte Präsident der ZAPU Nkomo jederzeit wieder nach Zimbabwe zurückkehren könne. Nkomo hatte Zimbabwe am 9. März heimlich verlassen und war über die Republik Südafrika nach London geflogen. Die Regierung Zimbabwes hatte die Bewegungsfreiheit Nkomos eingeschränkt und seinen Paß eingezogen, nachdem in seinem Haus in der Matabele-Region beträchtliche Men-

gen Waffen gefunden wurden und Nkomo nicht bereit war, die Regierung zu unterstützen bei ihren Bemühungen, dem Bandenunwesen in der Region ein Ende zu bereiten.

Ein kleiner Teil der Kämpfer der Befreiungsarmee der ZAPU, der ZIPRA, hat den Befehl zur Demobilisierung und zur Abgabe der Waffen nicht befolgt, den die Regierung erlassen hatte, nachdem die Befreiungsarmeen zu großen Teilen in die Armee Zimbabwes eingegliedert worden waren. Diese ehemaligen Befreiungskämpfer versuchen, ihren Lebensunterhalt durch Raubüberfälle zu sichern. Ein großer Teil dieser Bande hat sich in Matabeleland zusammengerottet. „Sie verstehen nicht, daß wir die Landfrage nur Zug um Zug lösen können und daß die vertriebenen Bauern vorrangig mit Land versorgt werden“, erklärte der Bürgermeister von Bulawayo, der größten Stadt in der Region.

Eine andere Gruppe dieser Kämpfer hat sich von der ZAPU abgespalten. Einige von ihnen arbeiten in Südafrika mit ehemaligen rhodesischen Siedlern gemeinsam am Aufbau konterrevolutionärer Banden. Das Siedlerregime in Südafrika stützt sich bei seinen Terroraktionen gegen Zimbabwe zum Teil auf diese Banden. Der Ministerpräsident von Zimbabwe Mugabe hat die ZAPU aufgefordert, angesichts der Anstrengungen Südafrikas, alle Anliegerstaaten zu terrorisieren, die Zusammenarbeit mit der ZANU zu stärken.

Der derzeit amtierende Präsident der ZAPU Chinamano rief die ZAPU auf, jetzt Ruhe zu bewahren und die fünfte Brigade der Armee, die die Regierung im Matabeleland stationiert hat, zu unterstützen. Auf die Dauer müsse über einen Zusammenschluß der beiden Parteien beraten werden. „Das wichtigste ist die Überwindung der objektiven Schwierigkeiten. Wir haben viele Probleme von den Kolonialherren geerbt. Diese müssen wir lösen, denn wir haben, genauso wie die ZANU, für die Befreiung Zimbabwes gekämpft“, erklärte Chinamano auf einer Pressekonferenz in Bulawayo.

Pressesprecher der ZANU und der ZAPU wandten sich gegen die Hetze der internationalen Presse, die eine Erklärung der katholischen Bischofskonferenz zum Anlaß nahm, den Regierungstruppen Massaker an Schwarzen und vor allem an weißen Siedlern vorzuwerfen. Mugabe erklärte, wer Beweise für solche Massaker hätte, sollte sie beibringen. Die ZANU erklärte, sie habe nicht vergessen, welche Kräfte während des Befreiungskampfes versucht hätten, die Massaker der Siedlerarmee den Befreiungsarmeen in die Schuhe zu schieben.

Xinhua News Agency, 10. — 30. März 1983; Facts and Reports, Press cuttings on Southern Africa, Nr. F, 18. März 1983

Bericht einer Genossin: „Wir kämpfen seit Jahrzehnten um unser Land“

Der Enteignung der afrikanischen Bauern, die mit den Landgesetzen von 1913 und 1936 vollendet wurde, fügte das südafrikanische Siedlerregime Anfang der 50er Jahre die Errichtung von „Heimatländern“ hinzu, um die Ausbürgerung der Afrikaner in ihrem eigenen Land vorzubereiten. 1952 beschloß die Siedlerregierung ein neues Paßgesetz für Afrikaner, das ihnen nur beschränkten Aufenthalt außerhalb der ihnen zugewiesenen Regionen erlaubte. Der African National Congress

galen“ Projekten zu arbeiten. So habe der PAC das „Urban Resources Centre“ gegründet, das sich im Programm zur Förderung des Bewußtsein der Jugend, dem Mengen-Einkaufs-Plan und einem Alphabetisierungsprogramm hervorsetan habe.

Wir veröffentlichen im folgenden einen Bericht, den eine Genossin des PAC der Redaktion der „Politischen Berichte“ gab:

Ich war tätig im ANC seit 1952. In diesem Jahr führten wir eine Kampagne



1952 führte der ANC eine Kampagne für Gleichberechtigung durch (Bild links). 1960 demonstrierten Tausende Afrikaner für nationale Befreiung. Die Siedlerregierung richtet die Massaker in Sharpeville und Langa an (Bild rechts).



(ANC) führte Demonstrationen gegen dieses Gesetz durch. Da auf Grund der neuen Paßgesetze jeder verhaftet werden konnte, der sich „illegal“ in einem Gebiet aufhielt, erklärten die Afrikaner in großen Demonstrationen, sie seien alle „illegal“.

Gegen die erneute Verschärfung der Paßgesetze im Jahr 1960 führt der Pan Africanist Congress (PAC) den Kampf an. In den Demonstrationen wurde die nationale Befreiung gefordert. Seit 1960 ist der PAC verboten, ebenso der ANC. Immer wieder hat das Siedlerregime versucht, den PAC zu zerschlagen, dies ist bis heute nicht gelungen. In einem Prozeß gegen 18 Angeklagte und 86 „Mitverschwörer“, die wegen ihrer Arbeit für den PAC zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, „enthüllte“ die Anklage, daß der PAC sowohl militärische Auseinandersetzungen auf dem Land als auch in den Vorstädten vorbereitet und organisiert habe. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß der PAC versuche, in „le-

gegen die Verschärfung der Paßgesetze. Wir gingen vor die Polizeistationen und die Gefängnisse. Viele wurden verhaftet, ich nicht, denn die Gefängnisse waren überfüllt. Immer wenn eine Gruppe zum Gefängnis oder zur Polizeistation kam, schlug die Polizei zurück und erklärte: „Es sind genug in den Gefängnissen“. Wir gingen zurück, aber am nächsten Tag waren wir wieder da ...

Nun – in Kürze – 1960 standen wir erneut auf in einer machtvollen Bewegung gegen die Paßgesetze. Wir gingen wieder vor die Gefängnisse und Polizeistationen, nahmen die Pässe und verbrannten sie. Die Polizei schoß auf die unbewaffneten Demonstrationen. Einige Tage nach den Massakern wurden zwei Organisationen gebannt und der Ausnahmezustand ausgerufen. Dann, direkt danach, sehr früh am Morgen, kamen viele Polizisten zu meiner Wohnung und ich wurde aus meinem eigenen Haus in die Polizeistation gebracht ... Am folgenden Tag

wurde meine Gruppe ins Gefängnis gebracht, wo wir viele Frauen aus der Transkei und anderen Regionen, z.B. der Ciskei trafen. Ich glaube, zum Schluß waren wir ca. 42 Frauen und sehr viele Männer in diesem Gefängnis, die Männer waren auf der anderen Seite. Ich weiß nicht genau, wieviele sie waren, aber es waren Hunderte. In anderen Gegenden wurden ebenfalls Hunderte, Tausende verhaftet. Wir Frauen blieben in diesem Gefängnis für vier Monate. Danach ging ich zurück in den Ort, aus dem ich kam. Aber nach den Gesetzen der Siedler durften nur bestimmte Afrikaner ohne Arbeit in dieser Stadt bleiben, wenn sie eine bestimmte Ausbildung hatten oder ähnliches. Ich wurde geprüft, auf die negative Seite geworfen und aus der Stadt ausgewiesen.

Ich ging zurück in die Transkei, wo ich herkomme, und konnte zunächst nicht arbeiten, weil ich die Verbindung zu unserer Organisation verloren hatte. Dann begannen wir als Untergrundorganisation zu arbeiten. Dies war richtig. In dieser Zeit, 1962, wurde ich für längere Zeit in Haft gehalten. Ich wurde verhaftet und verhört, und als sie nichts fanden, steckten sie mich für 90 Tage ins Gefängnis. Dann verhörten sie mich wieder, als sie wieder nichts fanden, hielten sie mich weitere 90 Tage im Gefängnis, als das immer noch nichts erbrachte, kam ich zum dritten Mal für 90 Tage ins Gefängnis, und dies die ganze Zeit ohne Anklage.

Als wir 1963 im ganzen Lande arbeiteten, wurde unglücklicherweise unser Hauptquartier zerstört. Viele unserer Leitungen wurden verhaftet. Hunderte, Tausende im ganzen Land wurden wegen ihrer Unterstützung für den PAC ins Gefängnis geworfen. Aus der Transkei weiß ich, daß die gesamte Leitung der Frauenorganisation verhaftet wurde. 21 Frauen wurden festgenommen, aber Hunderte blieben zurück. Diese 21 kamen für zwei Jahre ins Gefängnis, weil sie zum PAC gehörten. Ich blieb bis 1965 im Gefängnis.

Als ich entlassen wurde, wurde ich zu meinem Bruder gebracht ... Ich durfte mich nicht rühren, den Ort nicht verlassen und hatte keine Arbeit. Nach kurzer Zeit war ich ziemlich verzweifelt, ich hatte kein Geld und keine Arbeit, wovon sollte ich leben? Das ganze dauerte zwei Jahre ...

Ich ging zurück in den Ort, in dem ich vor dem Gefängnis war, und half einer Gruppe in einem Projekt. Zahlreiche Leute waren aus der Ciskei in die Transkei gewandert, weil sie glaubten, es gebe dort ausreichend zu essen, es gebe genug für alle. Unglücklicherweise gab es überhaupt nichts für diese Leute. Als ich eines Tages in ein Zelt kam, saßen dort viele Leute um ein Feuer, auf dem ein kleiner, schwarzer

Topf stand. Ich fragte: „Es ist Mittagszeit, was wollt ihr essen?“ Die Leute sagten: „Nichts.“ Dann, als ich den Topf öffnete, fand ich nichts als Wasser. „Warum kocht ihr Wasser? Was wollt ihr essen?“ Sie antworteten: „Wir haben von unseren Nachbarn etwas Zucker erhalten, den wollten wir in das Wasser tun und es dann trinken.“ Tatsächlich hungern viele Schwarze in Südafrika. Es gibt einige, denen es besser geht, die verdienen ein paar hundert oder auch tausend Rand. Die meisten aber, die in den Vorstädten der Städte leben und auf dem Land, hungern, vor allem die Kinder, aber auch erwachsene Leute. Wenn eine Frau arbeitet, verdient sie vielleicht 30, 50, 60 Rand. Davon kann man allein nicht leben. (Amtliches Existenzminimum: ca. 200 Rand, d. Red.)

Die bestgefüllten Häuser in Südafrika sind die Gefängnisse und die Irrenhäuser. Die Gefängnisse, weil sie uns für jeden Schritt verhaften. Die Irrenhäuser sind voll mit Jungen und Mädchen, mit Frauen und Männern, die verrückt geworden sind von der dau-

ernden Unterernährung. In diesem Jahr in der Transkei war der Hunger besonders groß. Wir arbeiteten unter den Leuten und versuchten, nicht nur zu essen, sondern auch etwas zu lesen aufzutreiben. Ich ging nach Lesotho, wo ich leider keine Literatur bekam, aber das war ein Glück für mich.

Als wir zurückkamen, wurden wir verhaftet und durchsucht – aber die Polizei fand nichts. Bei dieser Verhaftung wurde ich wieder wie bei früheren Verhaftungen und wie im Gefängnis mißhandelt, sie nahmen meinen Kopf und schlugen in hin und her und warfen mich auf den Boden ...

Ich wußte, daß ich weiter gefährdet war, weil ich auf der Liste stand. Darum sollte ich das Land verlassen. Ich sagte meinen Kindern, ich ginge nach Durban, ins Krankenhaus, um meinen Hals untersuchen zu lassen. Ich hatte dauernde Schmerzen seit den Mißhandlungen. Im Krankenhaus machte der Arzt eine Röntgenaufnahme und war sehr erschrocken, als er meine Halswirbel sah: Drei sind beschädigt, der Hals ist nie mehr gut geworden.

Ängstlich fragte er mich: „Was ist mit ihnen passiert? Haben sie irgendwelchen Ärger gehabt?“ Ich sagte ihm nichts und ging weg. Das war auch gut so, denn einige Tage später wachten meine Kinder von lautem Schlagen an der Tür auf. Es standen viele Polizisten davor und fragten: „Wo ist eure Mutter?“ Die Kinder wußten nur, daß ich ins Krankenhaus gegangen war.

Im Ausland wird oft vertreten, daß die Investitionen in Südafrika dazu nützen können, das Leben der Schwarzen zu verbessern. Das ist eine Lüge. Die Lebensverhältnisse der meisten Schwarzen sind miserabel und sie haben sich nicht gebessert. Die Imperialisten investieren Jahr für Jahr mehr in unserem Land. Wir kämpfen seit Jahrzehnten um unser Land. Warum gab es die Aufstände in den 50er und 60er Jahren? Warum gibt es Jahr für Jahr größere Streiks? Warum immer wieder Aufstände der Schulkinder? Wenn es uns gut ginge, oder auch nur besser, wäre das nicht nötig.

Quellenhinweis: Mafube, Nachrichtenbrief des PAC, Ausgabe Dezember 1982, zu beziehen über: M. Ph. Mogkadi, Butzstr. 17, 4600 Dortmund 15

Erfolge der schwarzen Gewerkschaft Saawu trotz Verfolgung in der Ciskei

Die Sicherheitspolizei der Ciskei hat ohne Begründung Mitte März sechs Führer der Saawu (Südafrikanische Vereinigte Arbeiterunion) erneut festgenommen. Die Saawu hat dem Druck, den die Südafrikanische Regierung mit dem Registrierungsgesetz seit zwei Jahren auf die Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter ausübt, standgehalten und sich nicht registrieren lassen. Der Präsident der Saawu, Thomazile Gqueta, und der Vizepräsident, Sisa Njikelana, wurden jetzt zum achten Mal innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre, also seit Gründung der Gewerkschaft, eingesperrt; dies, obwohl die Anklage wegen Subversion aufgrund des Terrorismusgesetzes gegen sie fallengelassen werden mußte.

Gqueta und der Generalsekretär Sam Kikane mußten sich nach ihrer letzten Inhaftierung in psychiatrische Behandlung begeben wegen der Folgen der Elektroschocks, mit denen sie gefoltert worden waren. Alle drei gehörten zu der Gruppe von 19 Gewerkschaftsführern, gegen die im letzten Jahr ermittelt wurde. Die Sicherheitspolizei erlitt jedoch eine teilweise Niederlage. Zehn der Inhaftierten mußten, auch wegen mangelnder Zeugen, ohne Anklageerhebung wieder freigelassen werden, gegen drei mußte die Anklage fallengelassen werden. Vier wurden entlassen und verbannt, einer stand vor Gericht

und mußte freigesprochen werden. Einer, Neil Aggett, kam in der Haft zu Tode.

Der Grund für die wütende Verfolgung der Gewerkschaftsführer ist die Kraft, die die Saawu im Kampf für die Interessen der schwarzen Arbeiter entwickelt. Sie versteht sich selber als Einheitsgewerkschaft, in der Arbeiter verschiedener Branchen sich organisieren können und bemüht sich in letzter Zeit auch um die Organisation von Farmarbeitern, Hausgehilfen und Arbeitslosen. Sie unterstützt den Kampf der Schwarzen gegen die Paßgesetze und das System der Wanderarbeit. Auf diesem Gebiet arbeitet sie mit schwarzen Bürgerrechtsorganisationen zusammen.

Ihre rund 10000 Mitglieder wohnen größtenteils in der schwarzen Vorstadt von East London, Mdansane, die die Siedlerregierung zur Ciskei geschlagen hat. Die Saawu ist terroristischen Unterdrückungsversuchen sowohl Südafrikas wie der angeblich unabhängigen Verwaltung der Ciskei ausgesetzt. Im Dezember 1982 ließ Generalleutnant Sebe, Chef der Staatssicherheitspolizei der Ciskei, Razzien in Mdansane durchführen. Er erklärte, diese hätten sich gegen Zellen der Befreiungsorganisationen gerichtet, sich aber nicht auf Gewerkschafter konzentriert.

Die Saawu hat im Februar neben der staatlich anerkannten Südafrikanischen Chemiarbeitergewerkschaft an



2000 Bergarbeiter ließ das Siedlerregime im Herbst letzten Jahres in ihre „Heimatländer“ ausweisen, weil sie für mehr Lohn und eine Gewerkschaft streikten.

Verhandlungen mit Vertretern der Sprengstoffindustrie teilgenommen. Es gelang ihr, einen Mindestlohn von 328 Rand im Monat durchzusetzen, 17 Rand mehr, als von den Gewerkschaften, die sich der Regierungspolitik unterwerfen, erreicht wurden. Die Saawu hat erklärt, daß sie auch in Zukunft nicht Teil der Industrieräte werden will, in denen die registrierten Gewerkschaften staatlich kontrolliert werden. Sie kämpft dafür, daß neu entstehende Gewerkschaften an nationalen Lohnverhandlungen teilnehmen können, ohne diesen Räten beitreten zu müssen.

Quellenhinweis: FAZ 21.3. 1983; Facts and Reports, Press Cuttings On Southern Africa, Amsterdam, Januar – März 1983



„Das Gespenst“

„Scheiße für die Polizei“ und andere Anstößigkeiten eines Heilands

Zwar handelt Herbert Achternbuschs neuester Film von einem religiösen Thema, aber er wird sicherlich nicht im Rahmenprogramm des kommenden Deutschen Katholikentages in München zu sehen sein.

Der Film erzählt in mehreren Bildern eine Geschichte über Jesus Kruzifixus. Derselbe ist der 42. Heiland in der Geschichte eines Klosters, der aber etwas ganz Besonderes macht. Weil er die Schnauze voll hat sowohl vom Hängen an den Balken als auch von der Bosheit von Kirche und Kirchenvolk, steigt er vom Kreuz herunter und verkriecht sich zunächst als Schlange, dann als Erlösergestalt ins Bett der Oberin. Was tun jetzt mit diesem Heiland?

Die Oberin beschäftigt ihn in der verrotteten Klosterküche – als Ober, gut genug für die beiden versoffenen Stammgäste Poli und Zisti, zwei Schandis von der Münchner Polizei. Ihre Sauferei wird wüst und ihr Gespräch ungehobelt rüde: Eine Demonstration der Borniertheit staatlicher Gewalt und der Vergatterung auf diese. Schließlich verlangen die Bullen vom Ober ein Glas Scheiße. Dem Ober bleibt nichts anderes übrig, als in Gestalt des Heilands auf dem Christkindlmarkt und am Viktualienmarkt in München um „ein bißchen Scheiße für die Polizei“ zu betteln, wo ihm jedoch eindringlich von Faschingsmasken deutlich gemacht wird: „Die Polizei ist

selber Scheiße und macht nur Scheiße.“

Achternbuschs Verachtung von Kirche und Staat ist direkt und treffend. Wortspielereien, ähnlich denen Karl Valentins, sind ein Mittel dazu. Das, was er diesen Ober weiland Heiland tun und sagen läßt, hat keinen Schein mehr von Göttlichkeit, und die Darstellung der Polizei nimmt jeden Respekt.

Vollends angewidert wird man von staatlicher Autorität durch die nächsten Saufgäste, römische Legionäre, die gerade von einer Kreuzigung kommen, und dem Opfer Edelmüt bescheinigen, weil es sich nicht gewehrt hat. Geschichtliche Kontinuität ist dargestellt.

Während in sommerlicher Zeit der Ober alias Jesus mit seiner Chefin auf einem Wiesweg daherwandelt, wird er von der Oberin neugierig auf sexuelle Rührung gemacht, womit er aber nichts anzufangen weiß, weil allein schon der Gedanke daran einer schweren Todsünde gleichkommt. Da hält der Jesus es lieber mit dem Gelüst auf Essen und Trinken. Als die Oberin darauf hinweist, daß Brot und Wein aus dem Brotzeitkorb göttliches Fleisch und Blut seien, erklärt er dies so entschieden für einen Schmarren, wie es heutzutage noch viele glauben.

Im Verlauf seines Ausflugs trifft der Herabgestiegene auf einen Bauern, der ihm sein Leid klagt. Die Kirche verlange seit Generationen Zehntabgaben von seiner Familie. Pro-

zessieren helfe nichts, er wisse nicht, ob er vor Gericht Recht bekäme, meint der Bauer. Der Heiland pflichtet bei und erklärt den Fall schlitzohrig für erledigt, wenn der Bauer ihm zehn Mark gebe. Die Oberin hält ihn nämlich ziemlich kurz.

Mit der Zeit wird der Oberin das Ganze mit dem Jesus zu viel, und sie möchte ihn gerne dem Bischof anvertrauen. Der aber will den Heiland nicht einmal sehen und palavert nur in den sattsam bekannten Amtskirchenphrasen. Der Heiland probiert es auf eigene Faust, es bleibt ihm aber nur der Auftritt als billiger Zauberer.

Der Film ist erfrischend in seiner meist humorvollen Frechheit gegen Kirche und Staatsautorität und macht nicht halt vor „Verunglimpfung“. Die Bischofskonferenz wird dem Achternbusch mit dem Paragrafen der Gotteslästerung drohen, weil der Film wie ein heftiger Fluch gegen kirchlich verordnete Gottesgläubigkeit wirkt. Die Schwäche des Films liegt in seiner Grundlinie: Sie ist theologisch und verteidigt das „reine“ oder „unverfälschte“ Christentum gegen die Verkommenheit von Kirche und Welt, die dem Herrgott nur noch die Existenz als Gespenst übrig läßt, so nach dem Karfreitagsmotto „... und der Herr weinte bitterlich“. Trotzdem: Für Kirche und CSU ist Achternbusch ein Ferkel. Allein das macht den Film schon amüsant.

Kinderaustragen um jeden Preis

Gar nicht heiter ist der Zweck, den B. Späth mit seinem als „Heiterer Roman“ angekündigten Büchlein „Seitenstechen“ verfolgt. Seine Konstruktion, daß ein Student seine Schwangerschaft entdecken muß, verhilft ihm dazu, alle Argumente, die die Obrigkeit für den Schwangerschaftsabbruch bei einer Frau zähneknirschend immerhin zugestehen muß, auszuräumen. Der Schwangere will das Kind allen physischen und sozialen Widrigkeiten zum Trotz bekommen. Die medizinische Indikation für eine Abtreibung nach §218 widerlegt er selber damit, daß diese legale Möglichkeit für Männer nicht vorgesehen ist. Da er von dem katholischen Verlag, bei dem er Geld für's Studium verdient, selbstverständlich entlassen wird und bei einer neuen Arbeit aus „natürlichen“ Gründen keinen Anspruch auf Schwangerschaftsurlaub hätte, eröffnet sich die Familie als Zuflucht. Seine „liberalen“ Eltern, ältere, wenn auch aufstrebende kleine Geschäftsleute, zahlen willig, nachdem der Sohn musterhaft das Semester mit Klausur und Schein beendet hat. Schmachhaft gemacht wird der Vorgang einem jüngeren, intellektuellen Publikum durch eine Liebesgeschichte, die mit ihren Wirren auch bloß dazu dienen soll, das Reinbleiben und Reifwerden für die Ehe durchs Kinderkriegen glänzend zu bestätigen. Richtig märchenhaft ist der Schluß: Das Studentenehepaar zieht gleich in eine größere Wohnung, weil ein Kind schließlich Platz zum Krabbeln braucht.

Bernd Späth, Seitenstechen, Knaur TB 1028, 5,80 DM

„Der Kürbis wird nie ausgegraben“

Der Ugander Okot p'Bitek schrieb „Lawinos Lied“ 1966. Das Lied, die Anklage der Ehefrau Lawino gegen ihren Mann, der sie wegen ihrer Verbundenheit mit den Stammes-traditionen als dumm und rückschrittlich verachtet, erzielte eine große Wirkung für den Befreiungskampf der afrikanischen Völker, weil der Verfasser für sein Lied Elemente der mündlich überlieferten Literatur eines Stammes in Uganda, der Atscholi, nutzte. Damit knüpfte Okot p'Bitek an der traditionellen Überlieferung an und betonte die Eigenständigkeit und den literarischen Reichtum der Stammes-

kulturen. Okot p'Bitek steht am Beginn einer Entwicklung, in der die afrikanischen Schriftsteller lernten, die kulturellen Stammestraditionen im Kampf gegen die koloniale und imperialistische Unterdrückung zu nutzen und zu stärken. In dem Lied greift Lawino ihren Mann an: „Hör mich an, Otschol, mein Gatte: Die Sitten unserer Väter sind gut, und ihre Gebräuche sind gesund, nicht ausgehöhlt ... Die Sitten der Fremden verstehe ich nicht, doch verachte ich sie darum noch lange nicht – warum verachtest du die Sitten deines eigenen Volkes? Hör zu mein Mann: Du bist der Sohn eines Häuptlings – der Kürbis auf dem Hof des alten Heimes wird nie ausgegraben.“ Denn: Die überlieferte Form, die Lebensmittel zu produzieren, hatte Nahrung und Leben der Familien gesichert. Durch die Zerstörung der bäuerlichen Produktion und der Bedingungen für das Nomadenleben der Stämme sicherte das imperialistische Kapital die Kolonialherrschaft. Warum der Unterdrückung auch noch zustimmen und die unterdrückte Kultur selber verächtlich machen? Lawino: „Die Ohren meines Mannes sind taub ... die Schmähungen der Fremden, die sagen, die Lieder der Schwarzen sind wertlos, erkennt er nicht als solche. Höre mein Gatte, hör meinen Ruf! Du willst es nicht wissen ... aber du benimmst dich wie der Hund eines Weißen ... wenn sein Herr ihn ruft, klemmt er den Schwanz zwischen die Beine. Die Hunde der Weißen sind wohlherzogen, denn sie verstehen Englisch! Während der Herr ißt, liegen sie an der Tür und warten auf die Reste.“

Okot p'Bitek, Lawinos Lied, Ullstein Nr. 30 129, DM 7,80

Befreiung der Frau, wie sie nicht geht

Frau von Trotta befaßt sich in ihrem Film „Heller Wahn“ mit der Emanzipation der Frauen. Dadurch, daß sie die Unterdrückung als Erscheinung in der jeweiligen privaten Sphäre zeigt, scheint diese aus den persönlichen Beziehungen zu entspringen. Scheinbar hängt es von jeder Frau selber ab, ob sie sich davon befreien kann oder die Kraft nicht aufbringt. Historische Vorbilder werden angeführt, die eine der Hauptfiguren, Olga, Lehrerin für Literatur, ihren Schülern darstellt. Ihr Lieblingsthema sind Frauen der Romantik aus den gehobenen Schichten, die zu ihrer Zeit den Versuch un-

ternahmen, nicht etwa im Bereich der Produktion und der technischen Wissenschaften, sondern der Philosophie und der schönen Künste, den Männern gleichzukommen. Mittels der vornehmlich zitierten Caroline von Günderode, die durch Selbstmord endete, wird der Rahmen abgesteckt, der die Möglichkeiten auch der modernen Frauen umschließen soll. Entweder sie leisten soviel wie Männer, oder nur Verzweiflung bleibt übrig. Die zweite Hauptperson im Film, Ruth, ist eine von ihren Jugenderlebnissen gequälte junge Frau. Sie schafft es nicht, die schlechte Ehe ihrer Eltern und den Selbstmord ihres Bruders, der Maler war wie sie, zu bewältigen. Filmisch wird dies ausgedrückt in ihrer Unfähigkeit, etwas anderes zu malen als Kopien, und die nur trübe in Schwarzweiß. Sie hat den Beruf als Lehrerin aufgesteckt, traut sich kaum unter Leute und fürchtet sich zu telefonieren, ist also nicht in der Lage, selbständig Verbindungen her-



Olga und Ruth: Solidarität ohne Effekt

zustellen. Ihr Mann, ein berufsmäßig im Fernsehen schwafelnder Friedensforscher, bestärkt sie in ihrer Schwäche. Ermutigt wird sie bloß von Olga, die sie auf eine Vortragsreise mitnimmt und ihr bei der Vorbereitung einer Bilderausstellung hilft. Nachdem die Ausstellung vom Ehemann hintertrieben worden ist, unternimmt Ruth den zweiten Selbstmordversuch. Sie hat ihn sich öfters ausgemalt, im Film durch ebenfalls schwarzweiße Darstellung abgehoben von der vorgehenden Wirklichkeit. Einen Ausweg eröffnet der Film nicht. Er endet damit, daß Ruth ihren Mann erschießt und im folgenden Prozeß die Beihilfe Olgas zum Mord als besondere Leistung der Freundschaft unter Frauen preist. Dankenswerterweise sind auch diese Szenen in Schwarzweiß, so daß zumindest nicht die Behauptung steht, dies sei der Weg zur Befreiung.

„Technologietransfer“

Schwerpunkt Genforschung: Die BASF kassiert

Anfang des Jahres 1982 hat der BASF-Konzern mit der Universität Heidelberg eine Vereinbarung geschlossen. Diese Vereinbarung sieht den Aufbau eines „Zentrums für Molekulare Biologie“ vor. Das Zentrum wird seine Arbeit in den nächsten Wochen aufnehmen. Die Initiative für diese Einrichtung ging von der BASF aus. Sie wird in den nächsten fünf Jahren jährlich 1 Million DM für die Kosten aufbringen. Ziel des Zentrums: „Die inländische Forschung auf diesem Gebiet soweit vorantreiben, daß der Anschluß an die internationale Entwicklung nicht verloren geht.“ Der Dekan der biologischen Fakultät dazu: „Es sollen hochqualifizierte Molekularbiologen herangezogen werden, die auch für die biotechnischen Labors der Industrie geeignet sind.“ Der Vorstandssprecher der BASF, Quadbeck-Seeger: „Es ist möglich, daß die BASF auf diesem Gebiet tätig wird, dann brauchen wir gute Leute.“

Das Zentrum soll sich mit „Genforschung“ befassen. Das industrielle Ziel dieser Forschungen ist weniger „Genmanipulation“ etc., wenngleich der eine oder andere Kampfstoff dabei abfallen mag. In erster Linie geht es der chemischen und pharmazeutischen Industrie darum, den Einfluß von Mikroorganismen, insbesondere Bakterien und Viren, auf die genetische Struktur von Pflanzen zu erforschen bzw. die industrielle Ausnutzung von chemischen Prozessen, die durch den Stoffwechsel von Bakterien ausgelöst werden, zu entwickeln. So ist es möglich, Insulin produzierende Bakterien zu züchten. Es ist möglich, genetisch manipulierte Pflanzen zu züchten, die angelich weniger Düngemittel benötigen und widerstandsfähiger sind. Die diesbezüglichen Forschungen in den USA sind wesentlich weiter gediehen als in der BRD, gerade der pharmazeutische Sektor der BASF sowie der Düngemittelbereich geraten unter Druck.

Die Entwicklungskosten sind immens. Sie sollen nun im wesentlichen auf die öffentlichen Haushalte abgewälzt werden. Während die BASF sich mit ihrer steuerlich günstig abzusetzenden Einlage von 5 Mio. DM praktisch den vollen Zugriff auf die Forschung sichert, wird das Land Baden-Württemberg in der ersten Aufbaustufe 31 Mio. DM beisteuern. Ein längst fälliger Neubau von Ausbildungseinrichtungen in der Biologie wird möglicherweise entfallen – am Institut fehlen grundlegende Ausstattungen für Bibliotheken und studentische Praktika. Der Standort Heidelberg ist für die Kapitalisten ideal. Dort befindet sich die größte Konzentration von Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Mikrobiologie. Der Haushalt aller dieser Einrichtungen liegt in der Größenordnung des regulären Haushaltes der Universität Heidelberg.

Der direkte Kontakt zwischen Industriekonzern und Professoren ist das vornehmste Ziel solcherart landeseigener Forschungsförderung. Das Stichwort heißt „Technologietransfer“. Im Furtwanger Modell wird dies seit 1982 erprobt:

Es wird hierbei Professoren von Fachhochschulen ermöglicht, „zugunsten der mittelständisch strukturierten Wirtschaft Entwicklung- und Beratungstätigkeiten als Dienstaufgabe zu übernehmen; die Lehrverpflichtung wird entsprechend dieser Aufgabe vermindert“ (LT-Drucksache 8/3269). Aufgrund der „positiven Erfahrungen“ hat die Landesregierung seit Januar einen Regierungsbeauftragten für Technologietransfer ernannt. Weitere noch bestehende gesetzliche Hindernisse werden gerade beseitigt. So war 1974 bestimmt worden, daß „Drittmittel“ (Mittel, die nicht aus dem regulären Haushalt stammen) im Landeshaushalt aufgeführt werden müssen, desgleichen ihre Verwendung. Als Reaktion auf einen Korruptionsskandal in Heidelberg, wo am Physikalischen Institut Industriegelder in erheblichem Ausmaß unterschlagen wurden. Dieses „administrative Hindernis“ für direkte Auftragsforschung soll wieder beseitigt werden. Den Drittmitteln wird die Funktion einer Kontrolle der Effizienz der Forschung zugewiesen: „Dem neuen Institut werden fast ausschließlich Drittmittel zur Verfügung stehen, die ihm zufließen, wenn und solange die Forschungstätigkeit des neuen Instituts erfolgreich bleibt“ (LT-Drucksache 8/2686). Die Nebentätigkeitsverordnung für Lehrpersonal, namentlich Professoren, wurde im Juni 1982 geändert. Bisher mußte jede außeruniversitäre Tätigkeit angemeldet und genehmigt werden, wobei strenge Maßstäbe anzuwenden

waren. Jetzt wird die Genehmigung zu einer Formsache, „sofern die Bruttovergütung 12000 DM pro Jahr nicht übersteigt.“

Das gesamte Konzept wird offensiv und offen vertreten: „Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hängt entscheidend von der Fähigkeit zur Innovation und damit von der Verfügbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse ab“ (LT-Drucksache 8/2686). Zur öffentlichen ideologischen Absicherung werden gemeinsame Kongresse von Industrie und Professorenschaft abgehalten. Die Vortragsreihen des „studium generale“ werden dazu genutzt, um den „Dialog zwischen Hochschule und Wirtschaft auszubauen.“ Sicherlich ist die baden-württembergische Landesregierung, die übrigens von der F.D.P.-Oppositionsfraktion in diesem Punkt heftig unterstützt wird, wie schon oft ein Vorreiter in der BRD. Ähnliche Entwicklungen finden aber in allen Bundesländern statt. Bundesweite Kritikbemühungen von Studentenvertretungen und Vertretungen der Hochschulbeschäftigten gegen diesen Einsatz der Hochschulen als Forschungsabteilungen der Industrie sind überfällig.

Quellenhinweis: Landtagsdrucksachen 8/1767, 8/2686, 8/3269, 8/3351; Abschlußbericht der Forschungskommission Baden-Württemberg; versch. Ausgaben der Mitteilungen über Wissenschaft und Kunst

Nachkriegsordnung

Deutscheuropa-Strategie, NATO und Westeuropäische Union (I)

Während der sogenannten zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffs den Vertrag über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG, abgeschlossen zwischen den Benelux-Ländern, Frankreich, Italien und der BRD am 27.5. 1952) kommt es im Bundestag am 3.12. 1952 zu einer ziemlich denkwürdigen Feststellung des seinerzeitigen Bundeskanzlers Dr. K. Adenauer: „Meine Damen und Herren, wie die Dinge sich entwickelt haben, verneint derjenige, der die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verneint, damit auch Europa ... Wer Europa verneint, ist der Totengräber des deutschen Volkes, weil er dem deutschen Volke die einzige Möglichkeit nimmt, sein Leben, so wie es ihm wertvoll und teuer ist, sein freies, auf christlichen Grundsätzen aufgebautes Leben fortzuführen“ (Stenographische Berichte/240. Sitzung, Blatt 11 140). Und zwar ist diese Feststellung insofern denkwürdig, als sie völlig unverhüllt zur Fortsetzung des „europäischen Einigungskrieges“ (v. Ribbentrop/Außenminister des „Dritten Reiches“) mit anderen Mitteln – nämlich vermittels der Ausnutzung politisch-militärischer Allianzbildungen (NATO, EVG bzw. WEU) – aufruft; dies ist der wahre – nämlich deutscheuropamäßige – Sinn hinter jenem Schlagwort der 50er Jahre, demzufolge der „heiße“ Krieg (d.h. der zweite Weltkrieg) durch den „Kalten Krieg“ abgelöst worden sei. Es ist in diesem Zusammenhang zunächst von Vorteil, sich der Tradition der Deutscheuropa-Strategie zu vergewissern; denn von Anbeginn hat das deutsche Kapital sowohl den „Vereinigungs“-Krieg wie auch die Allianzbildung als legitime, sich notwendig ergänzende Mittel zum Zwecke der Durchsetzung seiner Expansionsinteressen propagiert.

Im folgenden soll zum Beleg dafür aus dem 1841 veröffentlichten Werk „Das nationale System der Politischen Ökonomie“ von Friedrich List zitiert werden – jenem politisch-publizistischen Vertreter der frühen deutschen Fabrikanten-Vereine bzw. Propagandisten des deutschen Zollvereins als Kern eines kontinentaleuropäischen „Großwirtschaftsraums“ nach dem Vorbild der USA:

„Große Bevölkerung und ein weites, mit mannigfaltigen Naturfonds ausgestattetes Territorium sind wesentliche Erfordernisse der normalen Nationalität, sie sind Grundbedingungen der geistigen Bildung wie der materiellen Entwicklung und politischen Macht ... Eine nicht durch Meere und Gebirgsketten arrondierte Nation ist den Angriffen fremder Nationen bloßgestellt ... Territorialabgeben der Nationalkörper wird abgeholfen entweder vermittels der Erbfolge ... oder durch Kauf ... oder durch Eroberung ... In der neuesten Zeit hat man ein viertes Mittel zur Anwendung gebracht ... nämlich die Vereinigung der Interessen verschiedener Staaten durch freien Vertrag. Erst durch ihren Zollverein ist die deutsche Nation zu einem der wichtigsten Attribute ihrer Nationalität gelangt. Jedoch ist diese Maßregel nicht als vollständig zu betrachten, solange sie nicht auf das ganze Küstenland von der Mündung des Rheins bis zur Grenze von Polen (d.h. bis zur Memel bzw. einer mittleren Linie quer durch die heutige VR Polen, d. Red.) mit Einschluß von Holland und Dänemark sich erstreckt. Eine natürliche Folge dieser Vereinigung ist die Aufnahme beider Länder in den deutschen Bund, folglich in die deutsche Nationalität, womit letztere zugleich erlangen wird, was ihr zur Zeit noch

fehlt ... Wir ... von unserem nationalen Standpunkt aus, sagen und behaupten: Holland ist nach seiner geographischen Lage, wie nach seinen Handels- und Industrieverhältnissen und nach Abstammung und Sprache seiner Bewohner, eine deutsche, in Zeiten deutscher Nationalerwürfnisse von Deutschland abgetrennte Provinz, ohne deren Wiedereinverleibung in den deutschen Bund Deutschland einem Haus zu vergleichen ist, dessen Thüre einem Fremden gehört ... An eine vernunftgemäße Territorialeinteilung ist jedoch zur Zeit darum noch nicht zu denken, weil diese Frage durch mannigfaltige Interessen anderer Natur durchkreuzt wird. Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß die Gebietsarrondierung unter die wesentlichsten Bedürfnisse der Nationen zu rechnen (ist, d. Red.), daß das Streben nach derselben ein legitimes (ist, d. Red.), daß sogar in manchen Fällen der Krieg dadurch zu rechtfertigen ist ... Einer engeren Vereinigung des europäischen Continents steht aber zur Zeit nichts so sehr im Wege, als daß das Centrum desselben noch immer nicht die ihm naturgemäß gebührende Stellung einnimmt ... Würde dagegen Deutschland mit ... Holland, Belgien und der Schweiz sich als kräftige commerciale und politische Einheit constituiren, würde dieser mächtige Nationalkörper mit den bestehenden ... aristokratischen Interessen die Institutionen des Repräsentativsystems verschmelzen, insoweit beide mit einander verträglich sind, so könnte Deutschland dem europäischen Continent den Frieden für lange Zeit verbürgen und zugleich den Mittelpunkt einer dauernden Continentalallianz bilden ... Betrachten wir die unermeßlichen Interessen, welche den Continentalnationen der Seesuprematie (d.h. dem Konkurrenten bzw. Rivalen England, d. Red.) gegenüber gemeinschaftlich ist, so werden wir zur Erkenntnis geführt, daß diesen Nationen nichts so sehr noth thue, als Einigung, und daß ihnen nichts so verderblich sei als Continentalkrieg (d.h. mit militärischen Mitteln ausgetragene ökonomische Konkurrenz gegeneinander, d. Red.) ... Im natürlichen Lauf der Dinge wird Nordamerika ... die Seemacht von Großbritannien ... weit überragen ... So wird in einer nicht allzu entfernten Zukunft die Naturnotwendigkeit, welche jetzt den Franzosen und Deutschen die Stiftung einer Continental-Allianz gegen die britische Suprematie gebietet, den Briten die Stiftung einer europäischen Coalition gegen die Suprematie von Amerika gebieten. Alsdann wird Großbritannien in der Hegemonie der vereinigten Mächte von Europa Schutz, Sicherheit und Geltung gegen die amerikanische Uebermacht und Ersatz für die verlorene Suprematie suchen müssen und finden ...“ (1)

Somit war bereits im Anfangsstadium der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in den verschiedenen deutschen Ländern vollständig klar, daß jegliche „Herstellung der Einheit der Nation“ von seiten dieser „Fabrikanten“ lediglich als expansionistisches Zwischenprojekt zwecks Aufrichtung eines deutsch-mitteuropäischen „mächtigen Nationalkörpers“ begriffen wurde, welcher sodann die Vormachtstellung über den gesamten Kontinent sicherstellen sollte bzw. die Führung einer solchen „Continental-Allianz“ gegenüber nicht-kontinentalen und außereuropäischen Rivalen bzw. „Großwirtschaftsräumen“ gewährleisten sollte. Sowohl im ersten Weltkrieg (2) als auch im zweiten Weltkrieg verfolgten die jeweiligen Monopolbourgeoisien bzw. Reichsregierungen die Verwirklichung dieser Deutscheuropa-Strategie, d.h. die „Neuordnung Europas“ bzw. „Einigung Europas“ vermittels militärischer Gewalt. Es ist in diesem Zusammenhang tatsächlich nicht verwunderlich, daß sich z.B. in den Äußerungen der nationalsozialistischen Reichsregierung historische Rückblicke finden, welche den expansionistischen Zweck diverser Projekte der „Nation-Bildung“ enthüllen:

„Eines der wichtigsten Ziele dieses Krieges ist die Herstellung der wirtschaftlichen Freiheit Europas ... Die Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Europas ... bedeutet keineswegs, daß Europa sich von der übrigen Welt wirtschaftlich abschließen will. Es hat sich in der Geschichte stets gezeigt, daß der Zusammenschluß wirtschaftlicher Großräume die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen des neuen Großraums zur übrigen Welt nicht beeinträchtigt, sondern im Gegenteil ganz erheblich gefördert hat. (Z.B. deutscher Zollverein – 1834, d. Red. – und Deutsches Reich – 1871, d. Red. – Vereinigten Staaten von Amerika) ...“ (3)

Es ist eingangs festgestellt worden, daß hinsichtlich der Aufrichtung eines Deutsch-(Mittel)-Europa das deutsche Kapital von Anbeginn sowohl den „Vereinigungs“-Krieg als auch die Allianzbildung als legitime, sich notwendig ergänzende Mittel zum Zwecke der Durchsetzung seiner Expansionsinteressen begriffen bzw. propagiert hat. So etwa hatten die deutsche Monopolbourgeoisie bzw. die jeweiligen Reichsregierungen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen verschiedene Zollunions-Projekte betrieben, die am Widerstand der ökonomischen Konkurrenten bzw. Rivalen des reichsdeutschen Imperialismus scheiterten – vor allem jenes Projekt einer Zollunion mit „Deutsch-Österreich“ und den südosteuropäischen Balkanländern.

Es sind diese Zusammenhänge, die der Ministerialdirigent Dr. Schlöterer am 3.10. 1940 anläßlich einer Besprechung mit Vertretern der „Reichsgruppe Industrie“ (heute: BDI) über Probleme der „europäischen Großraumwirtschaft“ mit folgenden Feststellungen rückblickend charakterisiert: „... in den letzten Jahren hat man in Europa vernünftige wirtschaftliche Lösungen, die durch Zusammenarbeit mit Deutschland

hätten gefunden werden können, mit politischen Mitteln verhindert ... Man hat diese Pläne nicht akzeptiert, weil England und Frankreich protestierten. Es waren in den letzten Jahren in Europa unsachliche politische Widerstände am Werke, die eine vernünftige Zusammenarbeit der europäischen Länder mit Deutschland verhinderten. Diese politischen Widerstände müssen in Europa gebrochen werden.“ (4)

Tatsächlich waren diese „politischen Widerstände“ der Konkurrenten bzw. Rivalen bis zum Überfall auf die UdSSR (21.6. 1941) im großen und ganzen „gebrochen“ worden. Es ist nun ziemlich interessant, daß sowohl der faschistische Reichsaußenminister v. Ribbentrop als auch der „antifaschistische Widerstandskämpfer“ C. Goerdeler (im Zusammenhang mit dem Hitler-Attentat vom 20.6. 1944 verhaftet und später hingerichtet) die kriegsentscheidende Niederlage der Hitlerwehrmacht in Stalingrad (Winter 1942/43) zum Anlaß für die Formulierung gleichlautender Nachkriegs-Pläne nehmen. Und zwar lassen sich diese Überlegungen allesamt mit der Formel „Sicherung der Ergebnisse des Europäischen Einigungskrieges“ zusammenfassen (5):

– „Friedenssicherung in Europa. Es muß die Aufgabe der neuen europäischen Ordnung sein, die Ursachen zu beseitigen, die in der Vergangenheit zu innereuropäischen Kriegen Anlaß gegeben haben. Die Zeit der europäischen Binnenkriege muß beendet und der europäische Partikularismus überwunden werden ... Die Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des innereuropäischen Friedens liegt ... in einer europäischen Politik, die verhindert, daß sich die europäischen Länder feindlich gegenüberstehen“ (v. Ribbentrop zu den „Aufgaben des Europäischen Staatenbundes“ / 9.9. 1943)

– Es „scheint uns der Zusammenschluß der europäischen Völker zu einem europäischen Staatenbund geboten. Sein Ziel muß sein, Europa vor jeder Wiederkehr eines europäischen Krieges vollkommen zu sichern. Jeder europäische (Konkurrenz-, d. Red.) Krieg ist glatter Selbstmord. Die Zeit ist reif, diesen idealen Gedanken in die Wirklichkeit zu übersetzen, weil mit ihm die realen Interessen übereinstimmen ... Ein ständig tagender europäischer Wirtschaftsrat soll zunächst für die Beseitigung aller Verkehrshemmnisse ... Aufhebung der Zollgrenzen usw. sorgen. Wenn dieser Prozeß eine gewisse Entwicklung erreicht hat, werden gemeinsame politische Einrichtungen begründet. Als solche kommen in Betracht: ein europäisches Wirtschaftsministerium / eine europäische

Wehrmacht / ein europäisches Außenministerium.“ (C. Goerdeler in seiner Denkschrift „Der Weg“ / Herbst 1943)

Die faschistische ebenso wie die „antifaschistische“ Nachkriegsplanung zielte auf Allianzbildung zwecks endgültiger Ausschaltung kontinentaleuropäischer Konkurrenzkräfte; der relative Unterschied bestand lediglich darin, daß v. Ribbentrop diese Allianzbildung zu diktieren hoffte, während Goerdeler sie als Ergebnis eines Teil-Waffenstillstandes (mit den imperialistischen Rivalen Großbritannien und USA) auszuhandeln gedachte. An diese Zwecksetzung hat die westdeutsche Monopolbourgeoisie bzw. die seinerzeitige Bundesregierung bruchlos anknüpfen können; Adenauer – und das führt uns an den Anfang dieses ersten Teiles zurück – hat das folgendermaßen formuliert: Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sei deswegen von existentieller Bedeutung für „das deutsche Volk“, „weil er ganz losgelöst von den Problemen, die die Niederlage Deutschlands und die bedingungslose Kapitulation mit sich gebracht haben, in allererster Linie dazu bestimmt ist, für 50 Jahre in Westeuropa einen Krieg unter den europäischen Völkern unmöglich zu machen ... Er dient bei weitem, in erster Linie und in der Hauptsache dem eben von mir gekennzeichneten Zweck der *Befriedung Europas*. Er ist ein Instrument des Friedens von größter Bedeutung.“ (Stenographische Berichte des Bundestages / 221. Sitzung, 9.7. 1952, Blatt 9792; Hervorhebungen im Original). Wenngleich zwar diese EVG schließlich doch nicht zustande gekommen ist, so konnte dennoch die soeben skizzierte Zwecksetzung im Rahmen des Beitritts der BRD zur Westeuropäischen Union (WEU) bzw. NATO realisiert werden – darauf wird im zweiten Teil einzugehen sein.

(1) abgedruckt auszugsweise in: R. Opitz (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals, Köln 1977, S. 45ff; (2) dazu u.a. F. Fischer, Griff nach der Weltmacht – Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, und: ders., Krieg der Illusionen – Die deutsche Politik von 1911–1914, Düsseldorf 1961 bzw. 1969; (3) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie E: 1941–1945, Bd. VI – 1. Mai bis September 1943, Göttingen 1979, Aufzeichnung des Ministerialdirektors Clodius „Führerhauptquartier“, 20.8. 1943, S. 419f; (4) abgedruckt bei D. Eichholtz (Dokumentenanhang), Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 1, Berlin/DDR 1969, S. 367ff; (5) abgedruckt in R. Opitz, a.o., S. 961 bzw. S. 970

Graphit-/Kreidezeichnung



Parkbank am Spielplatz, ulr., Kunstgruppe Ravensburg

NACH 45: 2 WEGE DER SOZIALVERSICHERUNG

Am 14. Dezember 1946 beschloß das vom Alliierten Kontrollrat eingerichtete Sozialversicherungs-Komitee den Entwurf für ein "Gesetz über die pflichtgemäße Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten in Deutschland".

Maßgebend für diesen Entwurf wurde durch den Standpunkt des sowjetischen Vertreters die Position, die SPD und KPD mit der Vereinigung zur SED einnahmen. Der Entwurf sah die Bildung einer einheitlichen Versicherungsorganisation für Rentenversicherung, Krankenversicherung und Unfallversicherung auf Länderebene vor. Die Zersplitterung des Kassenwesens, besonders in der Krankenversicherung, sollte aufgehoben werden, Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten sollten fortfallen. Die Vertreter in den Verwaltungsorganen sollten sich wie 2:1 auf Versicherte und ihre Arbeitgeber verteilen. Sämtliche abhängig Beschäftigte einschließlich der Beamten sowie Selbständige mit nicht mehr als 5 Beschäftigten sollten versicherungspflichtig werden.

Die Kapitalisten machten erwartungsgemäß gegen den Reformplan Front, die Vertreter der Versicherungswirtschaft organisierten Kampagnen zur Mobilisierung der Angestellten und der Bauern.

Im Februar und im Oktober 1947 er suchten dagegen die 3. und 6. "Vier-Zonen-Konferenz" der Gewerkschaften den Alliierten Kontrollrat ausdrücklich, "das in Aussicht stehende Gesetz über die Neuregelung der deutschen Sozialversicherung umgehend zu verabschieden". Der sowjetische Vertreter Marschall Sokolowski verlangte im Januar 1948 im Kontrollrat die unverzügliche Annahme des Gesetzentwurfs, Clay lehnte ab.

Bereits 1945 wurde auf dem Stadtgebiet von Berlin mit dem Versicherungsaufbau nach den oben beschriebenen Grundsätzen begonnen. Die Sowjetische Militärverwaltung erließ im Januar 1947 ein entsprechendes Gesetz auf Vorschlag des FDGB. Mit dem Bruch der Alliierten Abkommen übergaben die Westalliierten auch die Sozialgesetzgebungskompetenz zunächst an den "Wirtschaftsrat" der "Bizone" (USA, GB) im August 1948. Damit erhielt die westdeutsche Bourgeoisie die Möglichkeit, mit der Bildung ihrer Machtorgane die Reform der Sozialversicherung zu unterdrücken.

Quellenhinweis: Schieckel, Gegenwartsprobleme der Sozialversicherung, München 1948; Hockerts, Hans Günter: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart 1980

"NAZI- UND KRIEGSBE- WÄLTIGUNG" - FINANZIELL

Wiedergutmachung: Rund 16540 Mio. DM Entschädigungsleistungen für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung werden bis 1961 ausgezahlt.

Besatzungskosten: Die gesamten haushaltsmäßigen Aufwendungen für Besatzungs- und Besatzungsfolgekosten (einschl. der späten Stationierungskosten) werden bis 1961 mit 69352 Mio. DM angegeben.

Kriegsopferversorgung: Von 1950 bis 1961 sind 40371 Mio. DM Versorgungsleistungen aufgeführt.

"Vertriebenen-" u. ä. Hilfen: Gesamtaufwendungen 1950-61 von 21026 Mio. DM.

Lastenausgleich: Mit den Mitteln eines Ausgleichsfonds ohne öffentliche Beteiligung sollte ein Ausgleich zwischen "erhaltenen Vermögen" und "durch den Krieg

oder die Kriegsfolgen eingetretenen Verlusten" bewirkt werden. Bis 1961 werden folgende Zahlungen (Mio. DM) angegeben:

Hauptentschädigung:	2116
Renten	10684
Hausratsentschädigung	8531
Sparerentschädigung	2236
Darlehen für:	
-gewerbliche Wirtschaft	2223
-Landwirtschaft	1722
-Wohnungsbau	10219
Sonstiges	2539
Gesamt	40270

Neben öffentlichen Zuschüssen hierfür in Höhe von 9029 Mio. DM wurde die Finanzierung geleistet durch eine Vermögensabgabe, eine Hypothekengewinnabgabe und eine Kreditgewinnabgabe: in einer Höhe bis zu 3-4% jährlich auf die festgestellte Bemessungsgrundlage in einem Zeitraum bis 1979.

Quellenhinweis: BM der Finanzen, Die finanzielle Liquidation des Krieges, o.J.

Finanzen der Rentenversicherung (III) Liquidation der Rücklage nach 45

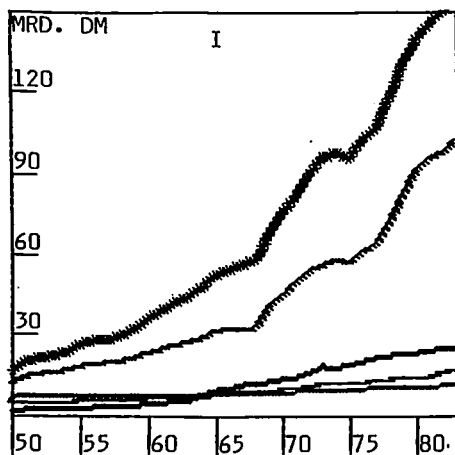
Die Entscheidung, in der Rentenversicherung von der Ansammlung eines Deckungskapitals und damit von Versicherungsgrundsätzen abzurücken zugunsten einer Finanzierung der laufenden Renten durch die laufenden Beitragseinnahmen, ist alles andere als eine "Schutt- und Asche"- Nachkriegsentscheidung:

1. Die Schulden des Reiches werden auf 70-75% des Vermögens der Sozialversicherungsträger zur Kapitulation geschätzt, d.h. ca. 16,5 Mrd. RM hatte das Reich verpulvert. Mit dieser Summe hätten auf dem Gebiet der BRD die Rentenausgaben von 1950 bis 1952 bezahlt werden können. Mit der "Währungsdeformation" 1948 wurde das wieder angesammelte Vermögen der Versicherungsträger erneut vernichtet, durch eine entschädigungslose Abwertung von 10:1. Der 1949 in Vorbereitung der BRD-Gründung beschlossene staatliche Zuschuß entsprach dem früheren Reichszuschuß an die Rentenversicherung nur zu 40%. Daraus ergibt sich eindeutig, daß das besonders erdrückende Elend der Rentner in den 50er Jahren nicht aus grundsätzlichen Fehlern des Versicherungssystems folgte, sondern aus dem Umgang der Bourgeoisie damit.

2. Der Gesetzentwurf des Kontrollrates, über den nebenstehend berichtet wird, sah in seiner Finanzkalkulation bei einem Gesamtbeitrag von 20% immerhin 3%-Punkte vor für den Wiederaufbau eines Deckungskapitals in der Rentenversicherung (Hockerts, aaO. S. 44).

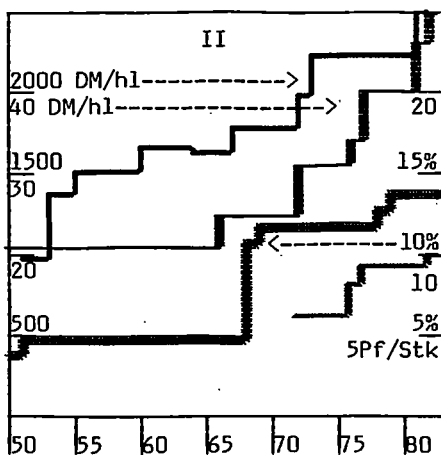
Es gab also zu einem sehr frühen Zeitpunkt bereits die klare Entscheidung für die Wiederherstellung der Versicherungsgrundsätze in der Rentenversicherung. Mit dem Gesetzentwurf hat sich die westdeutsche Bourgeoisie auch dieser Position entledigt. - Andererseits zeigt der Lastenausgleich z.B. im Zusammenhang der oben aufgeführten Finanzmaßnahmen, daß die Kapitalisten im Rahmen ihrer Interessen sich sogar für (bescheidene) Vermögensübertragungen bereitfinden konnten: vorwiegend für die Angehörigen des Mittelstands, Selbständige, Bauern, Geldbesitz.

3. Die 1956 dingfest gemachte Entscheidung gegen die Ansammlung von Kapital in der Rentenversicherung stand weiter in unmittelbarer Beziehung zu zwei weitreichenden Programmen der Adenauer-Regierung: Aufrüstung und "sozialer Wohnungsbau". Sicher ist, daß eine Kapitalbildung in den Kassen der Rentenversicherungen diese zu einem kraftvollen "Engagement" im Wohnungsbau in die Lage versetzt hätte. Die Angestelltenversicherung hatte damit bereits begonnen - es wurde ihr eigens untersagt. - Mittel für den Aufbau einer Finanzgrundlage in der Rentenversicherung waren also zweifelsfrei da. Die Finanzbourgeoisie hat sie den Lohnabhängigen verweigert und damit den Weg verfolgt, heute die Beitragszahler zur Kasse zu bitten und den Rentnern das Hungertuch zu bieten: Das Bankrott- Gespenst Rentenversicherung hat seinen festen Platz und Nutzen.

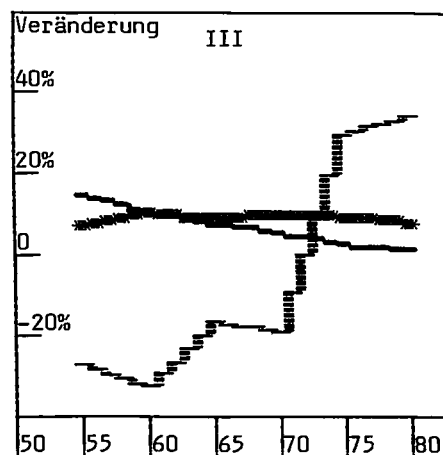


Die Kurven von oben nach unten (am rechten Bildrand):

* Indirekte Steuern gesamt; ^ Umsatzsteuer; . Mineralölsteuer; - Tabaksteuer; Trinkbrandweinsteuer.

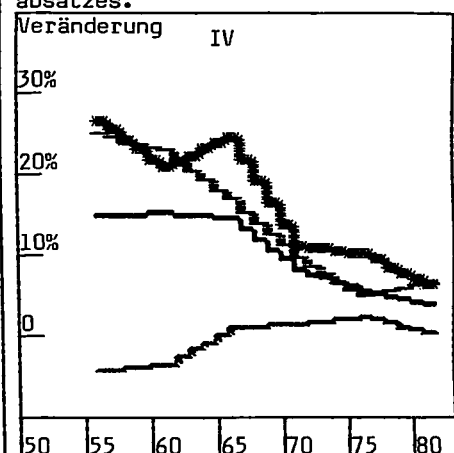


Entwicklung der Steuersätze:
 . Steuersatz Branntwein in DM/hl;
 - Steuersatz Benzin in DM/hl;
 * Mehrwertsteuersatz in %
 ^ Steuersatz Zigaretten in Pfg./Stück.

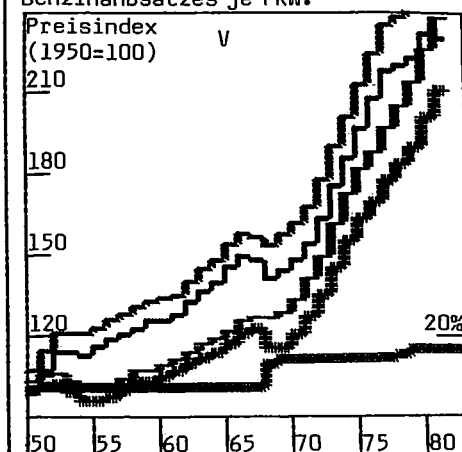


Die Kurven von oben nach unten (am rechten Bildrand):

- Veränderungsrate des Feinschnittverbrauchs je Einwohner; * Veränderungsrate des Tabaksteueraufkommens; . Veränderungsrate des steuerpflichtigen Zigarettenabsatzes.



* Veränderungsrate des Mineralölsteueraufkommens; - Veränderungsrate des PKW - Bestandes; . Veränderungsrate des steuerpflichtigen Bezinabsatzes; ^ Veränderungsrate des steuerpflichtigen Benzinabsatzes je PKW.



Preisindex (1950=100)
 ^ Preisindex für Lebensmittel (1950=100) mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz; - Preisindex für Kleidung mit vollem Mehrwertsteuersatz; . Preisindex für Lebensmittel ohne Mehrwertsteueranteil; # Preisindex für Kleidung ohne Mehrwertsteueranteil; * der volle Mehrwertsteuersatz.
 (Daten für 4-Personen-Arbeitnehmerhaush. mit mittl. Eink.)

Indirekte Steuern: Mittel zur Senkung der Reproduktion

Schaubild I verdeutlicht noch einmal, wie gewaltig die Bourgeoisie die indirekten Steuern in die Höhe getrieben hat. Daß mit diesen Steuern vor allem die Lohnabhängigen Haushalte mit niedrigem Einkommen belastet werden, haben wir im 1. Projekt dieser Serie dargestellt. Daß es ihr auch mit den Steuererhöhungen gelungen ist, sie auf die Lohnabhängigen abzuwälzen beweist diese Untersuchung. Entscheidend ist dabei, ob die Steuerüberwälzung auf die Preise gelingt. Per Gesetz ist die Erleichterung dieser Überwälzung durch vielerlei Bedingungen zur Rückerstattung geregelt. "Bei der Überwälzung wird zwischen der Fortwälzung, d.h. Überwälzung über höhere Warenpreise, oder der Rückwälzung, d.h. Lohnsenkungen oder Steuersenkungen für die Kapitalisten, ...unterschieden." In seinem Gutachten über die Belastungswirkung der Umsatzsteuer stellt Kitterer im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft fest, daß die Überwälzung der Mehrwertsteuererhöhung 1978 in Form einer Rückwälzung über niedrige Lohnerrhöhungen und Entlastungen bei der Einkommenssteuer durchgesetzt wurde, die Mehrwertsteuererhöhung 1979 über eine Preiserhöhung. Für die Lohnabhängigen Haushalte bedeuten beide Formen der Überwälzung eine weitere Einschränkung ihrer Reproduktion. An der Erhöhung der Tabaksteuer läßt sich das deutlich sehen. Um 15,5% wurden die Steuererträge auf Zigaretten 1967, um 16,1% 1977 erhöht und als Preiserhöhung überwältzt. Der Absatz von Zigaretten ging daraufhin 67 um 2,3% und 1977 sogar um 10,1% zurück. Jeder Prozentpunkt Steuererhöhung bewirkte 1967 ein Absatz-

minus von 0,2 und 1977 von 0,6 Prozentpunkten. Demgegenüber nahm der Feinschnittverbrauch 1977 um 140,9% zu. Die letzten Preiserhöhungen wirkten so stark, daß "Billigzigaretten" auf den Markt kamen, natürlich von schlechterer Qualität. Für die Mineralölsteuer zeigt sich Ähnliches anlässlich der Steuererhöhung 1973 durch eine Verminderung der Absatzsteigerung. Bewirkten 1967 und 72 Steuererhöhungen um 1 Prozentpunkt eine Absatzsteigerung von 0,6 Prozentpunkten, so verringerte sich die Absatzsteigerung dementsprechend 1973 auf 0,2 bei einer Steuererhöhung um 1 Prozentpunkt. Daß sich diese Entwicklung mit der Steuererhöhung 81 noch verstärkt, zeigt die Wirkung auf die Preiserhöhungen 1976-80. Die Veränderungsrate des steuerpflichtigen Absatzes je PKW sinkt auf -2,0 ab.

Aber nicht nur über Steuererhöhungen treibt die Bourgeoisie das Steueraufkommen in die Höhe und senkt die Reproduktion. Schon allein die Inflation erhöht das Mehrwertsteueraufkommen, da sie prozentual auf den Preis aufgeschlagen wird. Andererseits treibt die Mehrwertsteuer schon ohne jede Steuersatzerhöhung die Preissteigerung in die Höhe. Ein Produkt, das 100 DM kostet + 13 DM Mwst, kostet nach einer Preissteigerung 104 DM + 17,50 DM Mwst, ist also um 4,50 DM teurer. Schaubild V verdeutlicht diese Entwicklung. Zusätzlich zwingt der wachsende Steueranteil und der damit höhere Anteil der Konsumquote am Einkommen die Lohnabhängigen Haushalte zu wachsender Verschuldung, was weiter zur Verstärkung der Inflation führt.

1. Mai

Keine besondere Kritik am Konservatismus



„Arbeit für alle, Mitbestimmung – Prüfsteine der Demokratie – DGB“ übertitelt den diesjährigen Maiaufzug. Der DGB fordert „Maßnahmen zur Beschleunigung des Wachstums“ und „Arbeitsplätze“. Die Rolle der SPD in den Gewerkschaften ist übel: Kritik am Konservatismus wird unterdrückt und Kämpfe gegen Kapitalisten und Staat vermieden. Mit der Beherrschung der Gewerkschaften will die SPD ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen.

17. Juni

BRD-Imperialisten bekräftigen großdeutsche Ansprüche

Keinen stillen Gedenktag „an die Brüder und Schwestern drüben“ – nein, die westdeutsche Bourgeoisie beabsichtigt dieses Jahr am 17. Juni eine lautstarke Bekräftigung ihrer Ansprüche auf Großdeutschland. Zur Vergrößerung der Anhängerschaft von Wiedervereinigungsabsichten planen das „Kuratorium unteilbares Deutschland“, die Vertriebenenverbände und ähnliche Or-

ganisationen vor und am 17. Juni Demonstrationen und Kundgebungen. Aktionen gegen die „deutschlandpolitische Offensive“ der Reaktion wären zu wünschen. Bisher rufen die Marxistische Gruppe und der BWK für den 17. Juni zu einer Demonstration in Bonn auf unter der Losung: Gegen den BRD-Imperialismus! Gegen die deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg!



Lohnrahmentarifvertrag II

IG-Metall will mehr Einfluß auf Arbeitsorganisation



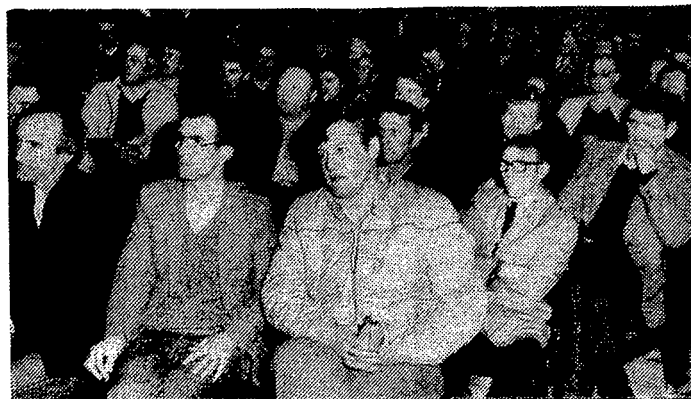
Mit der Forderung nach einem Lohnrahmentarifvertrag für die Tarifgebiete Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern versucht die IG Metall, mehr Einfluß auf Arbeitsinhalte und Arbeitsabläufe in den Betrieben zu bekommen. Die Kapitalisten haben den vorgelegten Entwurf als „Schritt in den DDR-Staat“ bezeichnet. Inwieweit unterscheidet sich

dieser Entwurf von früheren Rahmentarifverträgen, welche Veränderung vorhandener Arbeitsplätze würde seine vollständige Durchsetzung bedeuten, bei welchen Forderungen ist der härteste Widerstand der Kapitalisten zu erwarten? Anhand eines Betriebes der Computerindustrie sollen in Baden-Württemberg diese Fragen beleuchtet werden.

Großbritannien

Streiks gegen intensivere Schweißauspressung

Mehr als vier Wochen streikten viertausend Automobilarbeiter bei Ford Halewood gegen die willkürliche Entlassung eines Arbeiters wegen angeblicher Beschädigung eines Wagens. Die Kapitalisten wundern sich, daß der Streik „trotz hoher Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen“ steht. Die Gründe für diesen und andere Streiks liegen in der ungeheuren Steigerung der Arbeitsintensität in Großbritannien Industriebetrieben.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457